

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

## **Wortprotokoll** der 3. Sitzung

**Arbeitsgruppe**  
**Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-**  
**beteiligung und Transparenz unter Berück-**  
**sichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben,**  
**Schacht Konrad und Morsleben**

Montag, den 17. Oktober 2014, 09.30 Uhr  
Sitzungssaal E. 200  
Paul-Löbe-Haus  
Konrad-Adenauer-Str. 1  
Berlin

Vorsitz:

- Ralf Meister  
(Sitzungsleitung)
- Hartmut Gaßner

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1** **Seite 5**

Begrüßung

### **Tagesordnungspunkt 2** **Seite 7**

Beschlussfassung über die Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 3** **Seite 8**

Vorsitz der Arbeitsgruppe

### **Tagesordnungspunkt 4** **Seite 8**

Gäste

- Ergebnis der Kontaktaufnahme  
in den Regionen Asse, Gorleben,  
Schacht Konrad und Morsleben
- Tableau möglicher weiterer Gäste

### **Tagesordnungspunkt 5** **Seite 25**

Relektüre des AkEnd

### **Tagesordnungspunkt 6** **Seite 18**

Verbesserung des Internetauftritts der  
Kommission

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

## **Tagesordnungspunkt 7**

**Seite 25**

Fortschreibung des Arbeitsprogramms  
(insbesondere Sitzungsgestaltung 2014  
und Öffentlichkeitsbeteiligung)

## **Tagesordnungspunkt 8**

**Seite 60**

Verschiedenes (u. a. Zuschriften)

Kommission  
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe  
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1  
Gesellschaftlicher Dialog,  
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Teilnehmer:

Ralf Meister (Vorsitz)  
Hartmut Gaßner (Vorsitz)  
Prof. Dr. Gerd Jäger  
Sylvia Kotting-Uhl  
Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla  
Dr. Matthias Miersch  
Erhard Ott  
Eckhard Pols

Für Min Garrelt Duin: Michael Geßner  
Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker  
Für Jörg Sommer: Fabian Spörer

## Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich grüße Sie ganz herzlich an diesem Morgen zu unserer Arbeitsgruppensitzung. Ich freue mich, dass fast alle schon da sind. Ich begrüße besonders diejenigen, die zum ersten Mal in diesem Kreis sind, Herr Geßner, Herr Becker, Herr Spörer. Sie sind als Vertreter hier: Herzlich willkommen! Wir hatten auch angekündigt, dass für Herrn Untersteller Herr Niehaus als Vertreter dabei ist, aber das ließ sich für ihn terminlich nicht einrichten. Wir erwarten noch Herrn Grunwald, und wir haben eine Entschuldigung wegen Krankheit von Herrn Thomauske. Mit Ihrem Einverständnis habe ich ihm - auch im Namen dieser Arbeitsgruppe - schriftlich schon beste Genesungswünsche übermittelt.

Wir haben, bevor wir offiziell in die Tagesordnung eintreten, eine Sache anzusprechen, die eine Irritation zumindest auslöste bzw. eine Reaktion provozierte. Herr Jäger, wenn Sie mit einigen Sätzen noch einmal kurz sagen, wie die Verabredung ist, bevor in der Kommission dann über die Klage gesprochen wird.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Gelegenheit, vorab noch einmal kurz zu erwähnen, was zurzeit insbesondere auch in der Öffentlichkeit diskutiert und auch berichtet wird, und zwar im Zusammenhang mit den Schritten, die wir eingeleitet haben, um bestimmte Punkte gerichtlich klären zu lassen. Dort ist sehr vieles überinterpretiert, falsch interpretiert dargestellt worden. Deswegen wäre es sehr wichtig, dass wir das für die Kommissionsarbeit klarstellen. Wir hatten in der Arbeitsgruppe 2 dieses Thema bereits angesprochen. Dort ist der Wunsch geäußert worden, es in

der Kommission als Ganzes zu thematisieren, was ich sehr begrüße.

Vielleicht kurz in zwei Sätzen, worum es uns geht. Wir stellen mit diesen gerichtlichen Schritten den Atomausstieg keineswegs in Frage. Wir stellen auch nicht das Endlagersuchgesetz in Frage, sondern wir haben, wo aus unserer rechtlichen Sicht durch diese Gesetze Vermögensschäden entstanden sind, diese geltend gemacht, was im Übrigen auch vor dem Hintergrund des Aktiengesetzes die Pflicht von Vorständen ist. Also keine generelle Ablehnung der entsprechenden Gesetze, sondern ganz konkreter Punkte, zum Beispiel jetzt jüngst bei dem Endlagersuchgesetz gegen die Festlegung, dass die Castoren nicht mehr nach Gorleben können, wo ein vollfunktionsfähiges Lager mit allen Einrichtungen vorliegt, sondern auf Zwischenlager verteilt werden. Wir sind der Auffassung, dass die dadurch entstehenden Kosten nicht von uns zu tragen sind. Wir sind sehr wohl bemüht, an dieser Lösung zu arbeiten. Es geht ganz konkret in diesem speziellen Fall um die Frage der Kostentragung.

Das vielleicht als kurze Erläuterung der Thematik. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir das in der Kommission dergestalt bearbeiten können, dass mehr Transparenz und mehr Verständnis für diese Vorgänge entsteht und dass auch die eine oder andere Berichterstattung auch aus der Kommission heraus - einige Kommissionsmitglieder haben sich in der Öffentlichkeit dazu geäußert - dann vielleicht aus meiner Sicht etwas sachlicher wird. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich habe vergessen, die Besucherinnen und Besucher zu begrüßen. Herzlich willkommen. Ich begrüße die Stenografin, die den Dienst hier übernimmt. Herzlichen Dank.

Es ist mangels entsprechender Kapazitäten nicht möglich, den Livestream heute ins Parlamentsfernsehen zu übertragen. Dadurch ist die Gelegenheit gegeben, dass alles in einem Wortprotokoll stenografisch aufgezeichnet wird. Da wir Sie, verehrte Dame, als einzige Stenografin hier haben, bedeutet es, dass wir nach zwei Stunden eine Pause machen. Das passt, glaube ich, aber auch ganz gut, dass wir also zwei Stunden arbeiten und dann Ihnen und auch uns die Gelegenheit zur kurzen Unterbrechung geben.

Generell ist es angezeigt, dass wir nach wie vor davon ausgehen, dass die Arbeitsgruppensitzungen auch im Parlamentsfernsehen übertragen werden. Es waren Kapazitätsgrenzen, die das erzwungen haben. Die Situation hat nicht die positive Zustimmung der Vorsitzenden erhalten, sondern folgt der Sachlage.

Herr Spörer, Sie haben sich gemeldet.

**Fabian Spörer:** Ich wollte nachfragen. Ich finde es schon relativ wichtig, dass es eine Aufzeichnung gibt, und auch, dass man zeitnah die Sitzung verfolgen kann. Wäre es nicht möglich, einfach eine Audioaufzeichnung anstelle der Videoaufzeichnung als Notlösung live ins Internet zu stellen?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Vielleicht wäre das eine Alternative für die Zukunft. Ich glaube nicht, dass es jetzt realisierbar ist. Ich gucke einmal kurz nach links.

(Herr Dr. Janß: Das ist nicht möglich!)

Das ist nicht möglich. Aber dass das zukünftig als eine Option festgehalten wird, wenn die Fernsehübertragung nicht möglich ist, sollten wir ruhig festhalten. Herzlichen Dank.

Ich gehe davon aus, dass die Gäste, die heute als Vertreter anwesend sind, wie verabredet auch in der Arbeitsgruppe ein Rederecht haben. Es steht noch unter einem gewissen Vorbehalt einer entsprechenden Kommissionsentscheidung, aber ich glaube, wir sollten an dieser Stelle entsprechend verfahren.

Noch mal herzlich willkommen, und eine Einladung zur offensiven Mitgestaltung der Debattenkultur in diesem Kreis.

**Abg. Eckhard Pols:** Herr Vorsitzender, das heißt also, dass wir jetzt den Beschluss der Kommission abwarten, wie es mit der Stellvertretung aussieht, und erst einmal tolerieren, dass Herr Spörer hier ist. Habe ich das so richtig verstanden?

**Vorsitzender Ralf Meister:** So ist es. Das haben Sie richtig verstanden. Nicht nur Herr Spörer, sondern auch Herr Becker, Herr Geßner und auch Herr Niehaus.

**Abg. Eckhard Pols:** Vielleicht können Sie, weil ich die Herren nicht kenne, die Herren darum bitten, sich vorzustellen, damit man sie einordnen kann und weiß, für wen sie hier sind.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Es war auch vorgesehen, dass wir Ihnen jetzt eine Gelegenheit geben zu wenigen persönlichen, vorstellenden Sätzen. Herr Spörer, wenn Sie beginnen mögen.

**Fabian Spörer:** Vielen Dank. Ich bin hier als Vertreter für Herrn Sommer von der Deutschen Umweltstiftung. Ich bin generell sein Assistent in der Endlagerkommission und arbeite ihm zu. Heute vertrete ich ihn, da er aus persönlichen Gründen nicht anwesend sein kann.

Aber ich sehe auch, dass das Thema Stellvertreter dringend geklärt werden muss, da ich hier ein bisschen im luftleeren Raum hänge und dankbar sein muss, dass mir das Rede-recht zuerkannt wird. Vielen Dank auf jeden Fall.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Becker.

**Thorben Becker:** Ich bin als Vertreter für Klaus Brunsmeier vom BUND hier. Ich bin Jurist, arbeite seit 2005 in der Geschäftsstelle des BUND, im Moment als Leiter des Bereiches Atompolitik, und unterstütze Herrn Brunsmeier auch in der Arbeit der Kommission.

Ich fände es auch gut, wenn eine grundsätzliche Klärung herbeigeführt würde, weil das für uns tatsächlich von zentraler Bedeutung ist. Herr Brunsmeier ist ehrenamtlich für den BUND tätig. Das heißt, er hat weitere ehrenamtliche Verpflichtungen, und er hat auch noch einen Beruf. Es wird sicherlich öfter vorkommen, dass er Termine nicht wahrnehmen kann.

**Michael Geßner:** Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Michael Geßner. Ich leite die Abteilung Energie, Kerntechnik und Bergbau und bin Geologe von der Ausbildung her. In meinem Geschäftsbereich ist sowohl die Leitung der Bergaufsicht als auch der Atomaufsicht von Nordrhein-Westfalen.

Ich habe auch Herrn Duin und vorher Herrn Voigtsberger bei der Diskussion um das Standortauswahlgesetz begleitet.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herzlichen Dank. Auch wir hoffen, dass es eine Klärung in der Kommissionsarbeit gibt, aber ich glaube, dass es praktikabel und sinnvoll ist, dass wir

jetzt so verfahren, auch - so finde ich - mit einer besonderen Berücksichtigung, dass Vertretungen genau von den Personen, die heute hier sind, von den Vollmitgliedern der Arbeitsgruppe rechtzeitig angezeigt worden sind. - Danke schön.

Es sollte Ihnen ein Buch vorliegen oder es wird Ihnen vorgelegt werden: „Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Auswahl eines Atommüllendlagers unter Berücksichtigung des Standortauswahlgesetzes“ von Dennis-Sebastian Blum. Das ist eine Magisterarbeit, die gerade erschienen ist. Magisterarbeiten werden normalerweise nicht in hohen Auflagen aufgelegt, was dazu geführt hat, dass wir zurzeit zehn Exemplare vorliegen haben, die wir verteilen werden. Das geht, glaube ich, auf eine Anregung von dem Vorsitzenden Herrn Gaßner zurück. Eine interessante Lektüre, die dann sicherlich auch dazu führen könnte, dass man Herrn Blum vielleicht einmal zum Gespräch einlädt. Das müsste man allerdings erst einmal abwarten. Jedenfalls ist es eine Magisterarbeit, die in den Kern des Themas hineingreift. Das wird verteilt.

## **Tagesordnungspunkt 2** **Beschlussfassung über die Tagesordnung**

Sie haben die Tagesordnung in den vorliegenden Punkten gesehen. Es gibt einen Vorschlag, dass wir Tagesordnungspunkt 6 - Internet - vor die Tagesordnungspunkte 5 und 7 ziehen, die wir in einem engen Zusammenhang behandeln wollen und die die dominierenden Punkte sind, und dass wir den Tagesordnungspunkt 6 mit knappen Informationen einführen, weil wir am 28. November 2014 eine ausführliche Präsentation bekommen werden. Ich würde dann einige Punkte noch benennen, in welche Richtung jetzt intensiv gearbeitet wird und wie die Präsentation voraussichtlich dann am

28. November 2014 erfolgen wird. Aber wir sollten das jedenfalls vorziehen und die Tagesordnungspunkte 5 und 7 zusammenfassen. Sind Sie damit einverstanden? - Danke schön.

Sie haben das Protokoll der 2. Sitzung vorab erhalten. Uns lagen keine Einwände gegen das Protokoll vor. Dennoch wollte ich hier noch einmal zurückfragen: Sie sind einverstanden - es sind keine Einwände gekommen -, dass es jetzt so nach außen gehen kann und veröffentlicht wird? - Einverstanden. Herzlichen Dank.

### **Tagesordnungspunkt 3** **Vorsitz der Arbeitsgruppe**

Dazu habe ich nur die kurze Information, dass Herr Gaßner und ich uns darauf geeinigt haben, dass wir diese Sitzung im Wechsel moderieren, dass wir uns an dieser Stelle auch inhaltlich intensiv austauschen und - das hatten wir vorab schon gesagt - einen völlig gleichberechtigten Vorsitz wahrnehmen. Dazu noch der Hinweis, dass ich heute moderiere, weil Herr Gaßner die umfänglichen Tagesordnungspunkte einbringt, die er auch erarbeitet hat. Das wollte ich Ihnen rein informell zur Kenntnis geben.

### **Tagesordnungspunkt 4:** **Gäste**

Dazu vielleicht einige ausführlichere Informationen über das Vorgehen von Herrn Gaßner und mir. Wir haben in der letzten Sitzung den Auftrag erhalten, dass wir in den vier Regionen Asse, Schacht Konrad, Morsleben und Gorleben Kontaktaufnahmen durchführen mit dem Ziel, uns Personen benennen zu lassen, die wir zu unseren Sitzungen mit einem temporären Gaststatus einladen könnten.

Da nicht nur die fachlich-sachlichen Situationen vor Ort völlig unterschiedlich sind, sind auch die Beteiligungskultur und die Struktur, in der diese Beteiligung dort stattfindet, sehr unterschiedlich, was dazu geführt hat, dass wir unterschiedlich vorgegangen sind. Wir haben uns vorab Informationen geholt, haben uns ausgetauscht, wen man anschreiben kann, haben in alle vier Regionen einen Einladungsbrief zu einer Telefonkonferenz ausgesandt und haben darauf Rückmeldungen von bisher drei Regionen erhalten. In der vierten Region, in Schacht Konrad, läuft das Verfahren der Empfehlung einer Person noch. Aber aus den Regionen Gorleben, Morsleben und Asse gibt es Reaktionen.

Herr Gaßner und ich haben, glaube ich, zweimal Telefonkonferenzen über mehrere Halbstundentermine geführt. Die letzte ist übrigens gestern erst erfolgt. Sie können sich vorstellen: Dafür ist der Zeitraum dann doch relativ knapp, wenn man in einen solch diversen, komplexen Prozess hineingeht und dort Entscheidungsempfehlungen haben will. Wir würden Ihnen drei Personen empfehlen, von denen wir glauben, dass sie in diesem temporären Gaststatus mit Rederecht eine Bereicherung für die Arbeitsgruppe wären und zugleich in besonderer Weise auch die Beteiligungskompetenz in diesen Regionen abbilden könnten.

Ich beginne hinten. In der Asse-Begleitgruppe hat ein Gespräch mit Herrn Fuder stattgefunden. Herr Fuder ist Mitglied in der Asse-Begleitgruppe und ist zugleich seit wenigen Monaten in dieser Begleitgruppe auch mit der Öffentlichkeitsarbeit und damit auch für die Kommunikation der Beteiligungsform, die dort stattfindet, beauftragt. Herr Fuder selbst ist mit einer kleinen Agentur freiberuflich aktiv. Er ist im Mediatorischen



ausgebildet, kennt seit 30 Jahren die Situation vor Ort und ist durch die Grünen oder über den Koordinierungsrat dann in die Asse-Begleitgruppe delegiert worden. Das Telefonat mit Herrn Fuder gab Herrn Gaßner und mir die Überzeugung, dass es sinnvoll wäre, ihn in unsere Arbeitsgruppe aufzunehmen. Sie finden auch im Internet einzelne Informationen zu Herrn Fuder.

Etwas schwieriger ist die Situation für den Bereich Gorleben gewesen. Man kann unvermindert sagen, dass die aktuelle Situation, die publizistisch über die Frage der Arbeit der Kommission, aber unter anderem auch über die Klage, die erhoben worden ist, relativ angespannt und schwierig ist, sodass sich dazu eine Empfehlung von einer Person ergeben hat, die in der Gorlebener Situation tief verankert und dort auch tätig gewesen ist, aber nicht im engsten Kreis der Bürgerinitiativen. Dabei geht es um die Mediatorin Frau Ulrike Donat, Rechtsanwältin, als Mediatorin ausgewiesen, die seit vielen Jahren, auch Jahrzehnten vor Ort Beteiligungen in dieser Region mediatorisch, in anderen Zusammenhängen auch anwaltschaftlich begleitet hat.

Wir haben mit ihr persönlich den Kontakt noch nicht aufgenommen. Es erschien uns aber sinnvoll, auf sie zuzugehen, weil es nach den Gesprächen mit Vertretern dort, auch mit dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative, nicht möglich zu sein scheint, sonst jemanden aus diesem Kreis zu gewinnen, da das im Moment ein sehr sensibles Feld ist.

Wenn ich den dritten Vorschlag mache, dann können wir über alle drei Personen direkt sprechen.

Völlig anders ist die Lage konkret auch in Morsleben. Dazu gibt es eine Empfehlung

von Herrn Gaßner und mir nach einem längeren Telefonat mit Herrn Fox. Herr Fox ist Mitglied der Bürgerinitiative, seit vielen Jahren in dem Bereich aktiv und jetzt auch in den Fragen der Stilllegungssituation einer der aufmerksamsten Beobachter.

Zu den drei Personen kann man sagen, dass die Empfehlung dieser Namen nicht nur jeweils aus einem Kreis und aus einer Region erfolgt ist, sondern dass es auch Querverweise gab, was für die Vernetzung spricht, was aber auch für eine ausgewiesene Kompetenz in diesen Bereichen spricht.

Es sind also folgende drei Namen im Gespräch: Herr Fuder, Herr Fox und Frau Donat.

In „Schacht Konrad“ ist erst vorgestern Nachmittag eine Debatte darüber geführt worden, ob und wen man empfehlen könnte, ohne dass uns bisher ein Ergebnis erreicht hat. Wir haben versucht, es gestern noch mal einzuholen, aber das gab es noch nicht. Deswegen an drei Stellen schon ein namentlicher Vorschlag.

Ich sage Ihnen noch eine Ergänzung zu der Debatte, die wir jetzt führen: An einer solchen Stelle hat eine gewisse Transparenz auch Nachteile. Ich muss gestehen, dass ich an diesem Punkt eigentlich dankbar bin, dass wir keinen Livestream haben, denn wir reden hier über Personen und über die Einschätzung von Personen. Es wird sich in dem Wortprotokoll wiederfinden, aber das muss auch sein. Wir müssen auch eine Diskussion über Namen führen. Dennoch bedeutet das, glaube ich, eine besondere Sensibilität. Darauf wollte ich einfach noch einmal hinweisen.

Bitte schön, Herr Pols. Sie hatten sich gemeldet.

**Abg. Eckhard Pols:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vorweg gesagt: Zu Herrn Fuder und Herrn Fox kann ich gar nichts sagen, da ich die Herren persönlich nicht kenne.

Aber zu dem Bereich Gorleben hätte ich die Ergänzungsfrage, mit wem Sie dort Kontakt aufgenommen haben. Das wäre ganz interessant.

Wenn wir eine Person nehmen - Sie haben das noch einmal betont -, die wirklich über Jahrzehnte und auch aus ihrer Position bzw. Profession heraus eine gewisse Neutralität an den Tag legen musste, halte ich die Person Ulrike Donat nicht für unbedingt geeignet. Ich würde eher vorschlagen, dass wir den ehemaligen Oberkreisdirektor Herrn Klaus Poggendorf berufen sollten.

Bevor wir aber eine Auswahl treffen, sollten wir die potenziellen Bewerber generell einmal anhören, damit wir sie zu Gesicht bekommen und gegebenenfalls auch die eine oder andere Frage an sie stellen können. Ich halte es für sinnvoll, dass sie sich selbst vorstellen.

Vielleicht noch zur Person Poggendorf: Herr Poggendorf war in Lüchow-Dannenberg Oberkreisdirektor von Anfang der 70er-Jahre bis Anfang der 90er-Jahre. Vielleicht ist er Ihnen vom Namen her bekannt. Herr Poggendorf hat auch ein Buch über diese Zeit geschrieben. Er ist in dem Sinne also auch ein Zeitzeuge und kann auch das Pro und Contra der ganzen Historie sehr gut einordnen und differenziert betrachten. Von daher halte ich in diesem Fall - gerade auch durch das Reizwort „Gorleben“ - die Person Klaus Poggendorf eigentlich für die richtige und würde

doch gerne auf Frau Donat verzichten, weil sie durch ihre Tätigkeit als Rechtsanwältin doch schon in eine Schiene einzuordnen wäre. Ich glaube auch nicht, dass sie seit Jahrzehnten, wie Sie es gesagt haben, dabei ist. Ich würde hier sehr auf Neutralität setzen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Miersch.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich sehe das völlig anders, Herr Kollege Pols. Ich glaube, die Grundfrage ist erst einmal die, was wir von diesen Personen erwarten. Es sind keine Kommissionsmitglieder. Deswegen brauche ich auch keine persönliche Vorstellung der Personen. Vielmehr ist es mir wichtig, dass wir von den Initiativen akzeptierte Personen beteiligen. Wenn die beiden Vorsitzenden - ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass sie alles getan haben, um Personen zu eruieren, die genau diesen Anforderungen gerecht werden - diese Personen vorschlagen, dann freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit den dreien.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Frau Kotting-Uhl.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ich denke, es war bei Asse vielleicht noch am einfachsten. Ich kann mir vorstellen, dass es bei Morsleben relativ schwierig ist, weil da nicht so eine richtige Szene - so will ich es einmal nennen - bekannt ist. Bei „Konrad“ wird es auch nicht so schwierig sein, glaube ich. Gorleben ist von daher vielleicht ein bisschen schwierig, weil diese Initiativen nicht ganz homogen sind, sondern auch etwas unterschiedliche Schwerpunkte und Einschätzungen haben.

Ich würde trotzdem gerne einen Vorschlag machen bzw. Sie fragen, ob Sie da auch Kontakt aufgenommen haben. Wer nun sicher

schon immer dabei und in gewisser Weise auch betroffen ist, ist die Familie Bernstorff. Ich habe einmal Frau Anna Bernstorff bei einem Fachgespräch erlebt und fand es eigentlich sehr überzeugend. Das würde ich gerne vorschlagen, dass man zumindest da noch einmal Kontakt aufnimmt.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Becker.

**Thorben Becker:** Ich würde dem zustimmen, was Herr Miersch gesagt hat. Ich finde tatsächlich auch, dass es bei den Gästen nicht um eine objektive oder neutrale Darstellung geht, sondern es geht tatsächlich darum, eine möglichst echte Darstellung von dem zu liefern, was die Initiativen in den letzten Jahren empfunden haben und was sie erlebt haben, und diese Erfahrung weiterzugeben. Insofern halte ich die Person Ulrike Donat für das Wendland tatsächlich für eine sehr gute Wahl, weil sie, glaube ich, bei allen, die dort in den Initiativen aktiv sind, akzeptiert ist, ohne dass sie jetzt durch die Funktion eine direkte Vertretung hätte. Das wäre in der Tat schwierig. Ich glaube, dass sie zusätzlich über ihre Erfahrungen und über ihr Know-how im Bereich Mediation und auch Öffentlichkeitsbeteiligung hinaus - sie hat dazu teilweise schon veröffentlicht - durchaus noch Beiträge leisten könnte. Insofern würde ich das sehr begrüßen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich würde mich noch nicht zu den Personen äußern. Das kann ich auch nur eingeschränkt tun, weil ich sie nicht unmittelbar kenne. Ich möchte allerdings vorab noch einmal auf die grundsätzlichen Fragen, die wir auch in der letzten Sitzung erörtert haben, zurückkommen, was uns vielleicht die Diskussion um die Personen etwas erleichtert.

Herr Meister, Sie hatten eingangs davon gesprochen, dass wir über Gäste sprechen, und zwar über temporäre Gäste. Es wäre für mich sehr wichtig, dass wir ein gemeinsames Verständnis haben, dass wir jetzt über Personen sprechen, die uns in einer bestimmten Phase mit einer bestimmten Erwartungshaltung hier begleiten, wo wir dann auch entsprechende Verbindungen zu Personengruppen herstellen, und dass das zeitlich begrenzt und auch inhaltlich ein Stück weit fokussiert ist. Das wäre aus meiner Sicht ein wichtiger Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir in der weiteren Arbeit ebenfalls immer wieder Gelegenheit haben werden, Personen zu ergänzen und zum Beispiel auch gewählte Vertreter aus den Regionen einzuladen; dann wieder zu bestimmten Themen und über bestimmte Zeiträume.

Das wäre mein Verständnis. Mir wäre sehr daran gelegen, wenn wir uns austauschen würden, ob das das allgemeine Verständnis ist. Dann würden wir uns sicherlich auch leichter tun, jetzt Personalentscheidungen zu treffen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Geßner und Herr Ott, und dann binde ich das einmal zusammen.

**Michael Geßner:** Ich denke auch, wir müssen uns noch einmal damit beschäftigen, was diese Gäste eigentlich tun sollen. Wenn wir einen möglichst ungefilterten Blick auf die Schwierigkeiten, die in den letzten Jahrzehnten bestanden haben, bekommen wollen, dann geht es nicht darum, eine möglichst große Neutralität darzustellen.

Weiterhin finde ich die Anmerkung von Herrn Jäger, dass ein Gaststatus keine dauerhafte Mitgliedschaft in diesem Gremium bedeutet, sondern dass zu Einzelpunkten jemand eingeladen wird und zu anderen Punkten zu bestimmten Sitzungsterminen nicht unbedingt eingeladen wird, wichtig. Das entschärft, glaube ich, auch die Debatte darüber, ob es Quasi-Arbeitsgruppenmitglieder werden. Darum geht es gar nicht. Es geht darum, dass wir zu diesen Punkten einen möglichst guten Input und objektiven Input dazu bekommen, wie das wahrgenommen wurde. - Nein, falsch. Es ist eigentlich sogar ein subjektiver Input, wie das in den letzten Jahren wahrgenommen wurde. Deswegen wäre ich auch dafür, dass wir diese Debatte, ob es nun die richtigen Personen waren, die Sie mit viel Mühe ausgesucht haben oder nicht, nicht zu stark auf die Spitze treiben. Ansonsten werden wir uns wahrscheinlich die nächsten drei Sitzungen überhaupt nicht auf irgendeine Gästeliste einigen können. Deswegen würde ich, weil ich alle Personen nicht persönlich kenne, die Auswahl von Seiten der Einladungen her erst einmal grundsätzlich nicht in Frage stellen wollen.

**Erhard Ott:** Ich habe durchaus das Vertrauen und Zutrauen zu den beiden Vorsitzenden, dass sie nach den Gesprächen mit den Initiativen die richtigen Vorschläge in die Diskussion einbringen und dass das auch akzeptiert werden kann. Ich halte es unbedingt für notwendig, dass wir in der Tat aus den Initiativen heraus auch von den Initiativen akzeptierte Vorschläge zu Personen bekommen, die dann als temporäre Gäste bei der Arbeit der Kommission und der Arbeitsgruppe mitwirken. Von daher ist das in der Tat dann keine neutrale Darstellung, sondern sehr subjektiv aufgrund der Erfahrungen, die über Jahre oder sogar Jahrzehnte in den Regionen gemacht worden sind.

Ich will in Bezug auf einen Punkt, den Herr Jäger angesprochen hat, noch einmal einen Hinweis geben, weil das beim letzten Mal mit Blick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung der Kommission und der Arbeitsgruppe auch schon Thema war. Wir müssen gucken, wie wir mit den Diskussionen in die Breite der Gesellschaft kommen. Es sind ja nicht nur Initiativen, auf die es bei der Entwicklung von Kriterien und öffentlicher Beteiligung ankommt, sondern auch andere Institutionen. Ich würde es für wichtig halten, dass wir das Thema noch einmal aufgreifen, das auch schon benannt worden ist. Beispielsweise sollten auch die kommunalen Spitzenverbände angesprochen werden, inwieweit sie hier sinnvollerweise - zumindest temporär - mitarbeiten könnten - möglicherweise auch andere Institutionen oder Organisationen - , um genau den zweiten Schritt auf den Weg zu bringen, nämlich um auch die gesellschaftliche Diskussion breiter zu führen als nur mit regionalen Vertretern.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herzlichen Dank für das jedenfalls weitestgehende Zugeständnis an dieser Stelle in Bezug auf die Auswahlkompetenz von Herrn Gaßner und mir.

Herr Spörer, wenn es in der Sachlage einen neuen Aspekt gibt, bitte schön.

**Fabian Spörer:** Wenn ich schon einmal die Chance habe, hier zu sprechen, dann will ich es auch nutzen.

Ich finde es natürlich extrem wichtig, dass die Initiativen gehört werden. In der Vergangenheit sind Fehler gemacht worden, die nicht wieder passieren dürfen; das ist klar. Aber ich finde, man muss darauf achten, dass man auch die zukünftigen Generationen einbezieht, dass man also Jugendvertreter

findet, die an der Kommissionssitzung teilnehmen können; denn das sind diejenigen, die am Ende das Problem haben und mit dem Prozess umgehen müssen. Deswegen finde ich, dass man auch überlegen sollte, welche Gäste diesbezüglich in Frage kommen könnten und wie man sie in den Prozess einbinden könnte.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herzlichen Dank, Herr Spörer. - Ich glaube, das ist ein Aspekt, der sozusagen hohe Relevanz hat, allerdings nicht direkt jetzt zum Fokus „Gäste einladen“ in diesen Status, weil wir darin unter anderem auch den Aspekt aufgenommen haben, dass diese Arbeitsgruppe in der erweiterten Aufgabe ein Zusammenschluss von zwei grundlegenden Arbeitsgruppen ist, die eingerichtet werden sollten, mit einem besonderem Rekurs auf die Erfahrungen Öffentlichkeit und Beteiligung in den Regionen selbst.

**Abg. Eckhard Pols:** Herr Spörer, Sie sagten, dass die Initiativen hier auch gehört werden sollen. Herr Spörer, die Initiativen hatten die Möglichkeit, sich an dieser Kommission zu beteiligen. Die Initiativen wie auch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg haben sich dieser Arbeit hier verweigert. Das möchte ich nur noch einmal von vornherein klarstellen. Die Möglichkeit bestand also, als ständiges Mitglied hier mitzuarbeiten, nicht nur temporär, wie es gefordert wird, sondern auch kooperativ dabei zu sein. Nur zur Klarstellung. Es ist am Anfang keiner ausgeschlossen worden, hier ständig mitzuarbeiten.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Sicherlich werden Jugendliche, Schülerinnen, Schüler, die kommenden Generationen, in einer besonderen Weise im Blick bleiben müssen. Das ist völlig klar. Ich glaube, es gab vor einer oder

zwei Wochen noch einmal eine Tagung in Loccum, ein Schülerforum genau zu diesem Gesichtspunkt. Uns hier muss klar sein, dass das eine der zentralen Aufgaben auch in der öffentlichen Beteiligung sein muss, allerdings nicht unter dem Aspekt „Gaststatus“.

Ich würde das gerne noch einmal aufnehmen, Herr Jäger. Wir haben diese Gespräche so geführt, dass wir mit dem Begriff „temporärer Gaststatus“ gearbeitet haben. Es gab zwischen Herrn Gaßner und mir die Vereinbarung, dass dieser temporäre Gaststatus im Maximum bis zum Sommer 2015 währen könnte. Das heißt, wenn wir davon ausgehen, dass wir Personen benennen, die vielleicht in der nächsten oder in der übernächsten Sitzung dabei sind, hätten die als Bruttozeitraum maximal ein halbes Jahr für die Sitzungen, an denen sie teilnehmen könnten. Das wäre insofern auch sinnvoll, um a) tatsächlich die regionalen Erfahrungen, was Beteiligung der Öffentlichkeit angeht, abzufragen, b) aber auch den zentralen Punkt zu klären, wie es uns gelingt, die regionalen Perspektiven so substanziell weiter zu bearbeiten, dass wir auch unter dem Öffentlichkeitsgesichtspunkt eventuell vor Ort sind. Dazu kommen dann eben auch noch die anderen Personen, aber unter diesem Gesichtspunkt mit einer klaren Begrenzung, so ist es kommuniziert worden. Einen solchen Vorschlag haben wir selbst gegenüber den betroffenen Personen so explizit noch gar nicht gemacht, aber für uns jedenfalls besteht eine Begrenzung bis zum Frühsommer/Sommer 2015.

Zu der Person Frau Donat würde ich tatsächlich gerne noch etwas ergänzen. Das Gespräch, das wir mit dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative, Herrn Donat, geführt haben, ergab, dass es uns vermutlich nicht oder kaum gelingen wird, jemanden zu finden,

der in einem recht breiten Konsens von den unterschiedlichsten Richtungen - -

**Abg. Eckhard Pols:** Deswegen habe ich ja auch den Vorschlag gemacht, Herrn Poggen-dorf zu benennen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich halte den Vorschlag für verwegen, dass es sozusagen eine Akzeptanz in den unterschiedlichsten Richtungen gäbe. Das müsste man noch prüfen. Es ist schwer, sonst jemanden zu finden, der die weitestgehende Akzeptanz des gesamten Bereiches dort findet. Daher haben wir den Vorschlag gemacht, von unserer Seite aus auf Frau Donat zuzugehen.

Wir müssen jetzt damit umgehen, in einem sehr begrenzten Zeitraum Personen mit einem Votum einladen zu können oder noch einmal ergänzend andere Personen anzusprechen, was allerdings dazu führen könnte, dass wir vielleicht bis ins neue Jahr brauchen, bis wir Personen finden, die eine Akzeptanz vor Ort und in dieser Gruppe finden und die zugleich auch über die Fach- und Sachkompetenz und über die Erfahrung in diesem Bereich verfügen.

Mein Vorschlag wäre sonst tatsächlich, dass wir auf Herrn Fuder, Herrn Fox und Frau Donat zugehen und sie fragen, ob sie bereit wären.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Mit den Vorzeichen, die Herr Jäger benannt hat.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ja, klar.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Vielleicht noch eine kleine Ergänzung. Es wäre aus meiner Sicht sehr wichtig, wenn wir mit dem Grundverständnis in der Tat daran gehen und das auch vermitteln, dass wir selbst angesichts

der Zeithorizonte, die Sie genannt haben, eine gewisse Flexibilität behalten. Wenn wir nachher in das Arbeitsprogramm einsteigen, wird uns sicherlich allen klar werden, welche gigantische Aufgabe wir vor uns haben und wie wenig Zeit wir dafür zur Verfügung haben. Dann sollte es uns möglich sein, auch noch einmal neu zu takten, wann welche Themen kommen bzw. wann Gäste relevant wären, sodass dann die Flexibilität auch der jetzt schon Angesprochenen da ist, dass sie auch Verständnis haben, wenn wir aus Gründen der Arbeitsökonomie bzw. der Effizienz vielleicht früher andere Personen dazu bitten müssten.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Eine solche Flexibilität muss da sein, müsste dann aber vorab sicherlich auch kommuniziert werden. Dennoch würden wir das Zeitfenster erst einmal so ausloten, wie ich es vorgeschlagen habe.

Stimmen Sie dem zu, dass wir in dem Punkt so vorgehen? - Herzlichen Dank. Wir würden vermutlich dann erst in der Sitzung am 28. November 2014 beratschlagen können, wie wir in Bezug auf Schacht Konrad vorgehen.

Es gibt einen Gesichtspunkt, der in diesem Zusammenhang ergänzt bzw. der noch angesprochen werden müsste. Es gibt Gäste, zum Beispiel auch Herr Fuder, die die Anfrage nach einem Verdienstausschuss für die Teilnahme gestellt haben. Soll diese Frage an die Kommission gehen, oder sollen wir sie hier behandeln?

(Abg. Eckhard Pols und Abg. Dr. Matthias Miersch: Das kann nur direkt an die Kommission gehen!)

- Okay. Dann werden wir das direkt an die Kommission geben und dort beratschlagen.

Wir haben uns eben noch einmal kurz verständigt, wie schnell wir in Bezug auf Schacht Konrad personell für den Gaststatus weiterkommen. Wir müssen tatsächlich noch einmal überlegen, ob es so lange hinausgezögert wird oder ob man die Vorsitzende einlädt. Dazu müssten wir als Vorsitzende uns noch einmal verabreden.

In Bezug auf den Punkt „Tableau möglicher weiterer Gäste“ stellt sich auch die Frage, welche Personen sollen bzw. müssen unter welchen Bedingungen für den Sachverhalt, den wir hier behandeln, eingeladen werden. Dazu liegen uns Vorschläge vor. Herr Jäger hat vier Landrätinnen bzw. Landräte vorgeschlagen. Eben tauchte dieses Thema ja auch auf. Herr Dürr ist vorgeschlagen. - Die entsprechende Unterlage von Herrn Jäger ist noch nicht verteilt worden?

(Abg. Eckhard Pols: Nein, ich jedenfalls habe sie nicht! - Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich bin davon ausgegangen, dass sie über die Geschäftsstelle verteilt wird!)

Gut, aber das können wir schnell einfangen. Herr Jäger, wenn Sie es direkt einführen. Sie haben vier Namen genannt.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Es waren die gewählten Vertreter aus den eben genannten Regionen: Frau Steinbrügge für den Landkreis Wolfenbüttel, Herr Walker als Landrat Landkreis Börde für Morsleben, Frau Klingebiel als Bürgermeisterin der Stadt Salzgitter sowie Jürgen Schulz als Landrat Lüchow-Dannenberg, einfach der Logik folgend, dass das die gewählten Vertreter der Region sind.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Hinzu kam der Vorschlag von Herrn Untersteller, Mario Dürr, Bürgermeister von Neckarwestheim

und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland, zu benennen.

Das sind die Vorschläge. Wir haben uns letztes Mal so verabredet, dass wir in Bezug auf die Regionen schon konkret einen Arbeitsauftrag hatten und uns hier noch in einem „Sammlungsstadium“ befinden. Die Frage ist, ob wir das unter diesem Gesichtspunkt verpflichtend weiterbehandeln müssen oder ob wir sie so zur Kenntnis nehmen, dass wir sie bei den Punkten, die jetzt auch kommen - wie wir unsere Arbeit in Zukunft ausrichten und wie wir sie auch regional mit einem bestimmten Fokus versehen könnten -, unter Tagesordnungspunkt 1 Tagesordnungspunkt 2 aufrufen.

Dazu müsste es eine kurze Einschätzung geben. Mein Vorschlag wäre, dass wir sie in diese inhaltliche Debatte aufnehmen und sie nicht unter dem gleichen Gesichtspunkt jetzt verhandeln, also dauerhafter oder temporärer Gaststatus. - Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich sehe eine gewisse Differenzierung zwischen den zwei Gruppierungen, die gerade genannt worden sind. In Bezug auf die gewählten Vertreter würde ich Ihrem Vorschlag folgen, dass wir sie gezielt zu den entsprechenden Punkten des Arbeitsprogramms zu uns bitten.

Etwas anders gelagert ist es sicherlich beim Vertreter einer Standortgemeinde, wo das Thema Zwischenlagerung letztendlich dahintersteht und er das repräsentativ für andere Standorte ebenfalls betrachten kann. Hier gibt es einen sehr starken inhaltlichen Zusammenhang, und zwar sowohl im engen Sinne - inhaltlich - als auch, was die

Kommunikation und die Öffentlichkeitsarbeit angeht. Das wäre sicherlich eher jemand, der auch in die erste Kategorie eingeordnet werden könnte oder sollte.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Miersch.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich würde das eigentlich für alle gewählten Vertreter so sehen, wie Sie es skizziert haben, Herr Meister. Letztlich geht es jetzt um die grundsätzliche Frage: Welches Arbeitsprogramm nehmen wir uns vor, und wann sind die Erfahrungswerte dieser Personen tatsächlich auch abrufbar? Das ist auch alles aufwändig, weil sie hierher kommen müssen. Deswegen würde ich das ein bisschen zurückstellen wollen und erst einmal die Debatte über das Arbeitsprogramm führen, um dann zu überlegen, an welchen Stellen wir die entsprechenden Personen ansprechen. Denn auch die Gemeinden, die von der Zwischenlagerung betroffen wären, haben in Bezug auf das Thema Öffentlichkeitsarbeit im Suchprozess möglicherweise viel mehr einzubringen. Ich wünsche mir, dass wir uns schnellstmöglich mit der Frage Öffentlichkeitsarbeit der Kommission und auch unserer Runde beschäftigen. Ich glaube, diesbezüglich sind sie noch nicht so sehr gefordert und gefragt. Deswegen wäre mein Petitum, nicht zwischen Bürgermeistern, Standortgemeinden bzw. Zwischenlagern zu differenzieren.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Kudla.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich schließe mich der Meinung von Herrn Miersch an. Wir sollten auch nicht zwei verschiedene Arten von Gästestatus haben. Das fände ich nicht gut. Wir müssen uns bei allen Gästen darüber im Klaren sein, dass es sich nicht unbedingt um eine Beschreibung der Ist-Si-

tuation handelt, wenn hier einzelne Darstellungen über den Ablauf beispielsweise in Gorleben erfolgen, sondern dass das die Darstellung dessen ist, wie derjenige oder diejenige das empfunden hat. Deswegen halte ich es für schwierig, immer nur einen Vertreter beispielsweise einer Bürgerinitiative einzuladen. Ich spreche mich daher dafür aus, aus dem gewählten politischen Bereich und von der Bürgerinitiative jeweils verschiedene Personen zum gleichen Punkt anzuhören.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Frau Kotting-Uhl.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ich kenne die von Herrn Jäger vorgeschlagenen Personen nicht alle. Sind diese Personen denn alle schon länger dabei? Das halte ich für relativ wichtig. Wenn sie alle gleichwertig dabei sein sollen, müssten wir schon wissen, ob sie mit dieser Sache auch etwas zu tun haben. Es ist relativ entscheidend, um aus einem Erfahrungshintergrund heraus Eindrücke geschildert zu bekommen, dass diese Personen erst vor zwei Jahren gewählt wurden und vorher nichts damit zu tun hatten. Ich würde darum bitten, vorher noch einmal zu ergründen, ob auch ein „geschichtliches Dabeisein“ mitgebracht wird.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Gaßner.

**Hartmut Gaßner:** Ich würde gerne das, was Herr Jäger intendierte und was Sie jetzt nachgefragt haben, noch einmal zusammenführen wollen, dass wir nämlich grundsätzlich die Aufgabenstellung hatten, einerseits dem Arbeitsgruppennamen entsprechend die speziellen Regionen repräsentiert zu sehen und dass wir auf der anderen Seite ein bestimmtes Verständnis hatten, dass sich die Frage, wie sich Öffentlichkeitsbeteiligung gestalten sollte, nicht in der Auswertung der Erfahrungen dieser Region erschöpfen soll.



Das ist jetzt eine stärkere Fokussierung auf Erfahrungen mit Öffentlichkeitsbeteiligung.

Im Übrigen haben wir die Gespräche mit den Personen auch mit dem Tenor geführt, dass wir sie gerne als Erfahrungsträger für Öffentlichkeitsbeteiligung hätten und nicht als Repräsentanten der dortigen Gesamtstruktur oder - anders ausgedrückt - der Sachthematik. Wir brauchen jetzt keinen Spezialisten für die Rückholung bei der Asse. So haben wir es zum Beispiel mit Herrn Fuder besprochen. Deshalb kann ich mir durchaus vorstellen, dass auch Frau Donat hier einen Beitrag leisten kann, wenn sie ihre Mediationserfahrung einbringt.

Das heißt wiederum, wir sollten zunächst einmal versuchen, die Konzeptionierung von Öffentlichkeitsbeteiligung zu erörtern. Dann müssen wir sehen, ob es Korrektive bedarf, weil die Darstellungen den Sachstand möglicherweise nicht ausreichend wiedergeben.

Außerdem sollten wir, wie Herr Meister vorgeschlagen hat, dann in die Regionalisierung unserer Arbeit einsteigen, wobei wir auf jeden Fall Träger für diesen Prozess und diese Diskussion benötigen. Dem sollten wir nicht vorweggreifen, indem wir so viele Personen einladen. Insofern teile ich die Auffassung von Herrn Miersch. Deshalb würde ich noch mal für den Vorschlag werben, den wir Ihnen unterbreitet haben, erst einmal die Regionen repräsentiert zu sehen, und zwar im Sinne von Beteiligungskonzepten. Dann werden wir relativ schnell zu einer Konzeptionierung der Arbeit der Kommission kommen müssen. Dort ist durch die verschiedenen Beiträge, die inzwischen schriftlich vorliegen, ein Regionalelement ganz stark verankert. Wir müssen uns überlegen, wie wir das wiederum erschaffen. Das wird nicht aus-

schließlich darüber gehen, dass wir die entsprechenden Personen in unsere Sitzungen einladen, sondern auch, dass wir hingehen. Deshalb würde ich vorschlagen, die weitere Liste der Gäste nicht zu verlängern, bevor wir nicht konzeptionell einen Schritt weiter sind.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Findet das weitgehend Zustimmung? - Herr Pols und dann Herr Jäger.

**Abg. Eckhard Pols:** Wenn ich mir einmal die vier Landräte bzw. den einen Bürgermeister aus Salzgitter anschau: Ist das an die Personen gebunden, oder ist von Ihrer Seite, Herr Meister, wiederum eine Stellvertretung vorgesehen?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich weiß nicht genau, ob ich die Frage richtig verstehe. Wir haben im Prinzip noch einmal zusätzlich alle Mitglieder dieser Arbeitsgruppe gebeten, mögliche Gäste - neben den Regionen mit der Öffentlichkeits- und Beteiligungskompetenz - zu benennen. Darunter sind dann Vertreter der Kommunen und der Landkreise genannt worden. Jetzt fragen wir uns momentan, in welchem Zusammenhang, wann, wie und in welcher Verbindlichkeit wir sie jetzt schon einbinden.

**Abg. Eckhard Pols:** Meine Frage lautet: Kann Herr Schulz zum Beispiel seinen ständigen Vertreter schicken?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich glaube, das würde erst relevant, wenn wir uns entscheiden, dass wir einen Sachverhalt haben, zu dem wir Herrn Schulz hören wollen. So habe ich es jedenfalls verstanden. Im Augenblick sind wir noch nicht so weit, dass wir über diese Frage schon debattieren, sondern nur

über den Status, den diese Personen bekommen sollen. Da hatte ich eben noch mal den Zwischenruf und Vorschlag von Herrn Gaßner mit der Bitte um Zustimmung aufgerufen. - Herr Jäger hatte sich auch noch gemeldet.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich würde dem zustimmen wollen. Allerdings würde ich damit eine Bitte verbinden, und zwar aus rein praktischen und pragmatischen Gründen. Wenn wir das heute so beschließen, können wir die nächsten Schritte gehen und den Kreis auch erweitern. Wir müssen immer sorgfältig darauf achten, dass wir noch arbeitsfähig bleiben. Ich komme gerne noch einmal auf den Punkt zurück, den wir eben besprochen hatten. Wenn wir gleichzeitig vereinbaren könnten, dass wir das als ständigen Tagesordnungspunkt haben - insbesondere dann, wenn wir jetzt einen Schritt nach vorne zu unserem Arbeitsprogramm gehen, das wir aufrufen -, wie es sich mit dem Einladen und Ansprechen von weiteren Gästen verhält, könnte ich damit sehr gut leben.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herzlichen Dank, Herr Jäger. Ich glaube, es ist kein Problem, dass wir das als ständigen Tagesordnungspunkt aufnehmen, der sich a) zwangsläufig durch die Debatte, aber b) dann auch formaliter durch das Eintragen in die Tagesordnung jeweils realisieren wird. - Okay. Dann stelle ich Zustimmung dazu fest.

Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt und ziehen jetzt den Tagesordnung 6 vor.

## **Tagesordnungspunkt 6** **Verbesserung des Internetauftritts der Kommission**

Wir hatten darum gebeten und mit der Geschäftsstelle verabredet, die das weit vorgearbeitet hat, dass heute oder in Kürze ein Tableau vorgestellt wird, was in Bezug auf einen verbesserten Internetauftritt der Kommission möglich sei. Aufgrund der Arbeiten von Herrn Dr. Janß und von Frau Gäbler sind Ergebnisse vorgelegt worden, die deutlich zeigen, dass man viel mehr Potenzial hat als bisher. Es gab einen Hinweis von Herrn Dr. Janß, der in dem Dialog mit der Bundestagsverwaltung an dieser Stelle eine Rolle spielte. Einige von Ihnen kennen die Ergebnisse, die aus der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ vorgelegt worden sind. Man kann einsehen, wie diese Enquete-Kommission, die von 2010 bis 2013 getagt hat, ihren Auftritt inklusive der Beteiligungsmöglichkeiten ins Netz gebracht hat.

Wir schlagen vor, dass uns die Ergänzungen, die möglich sind, tatsächlich auch anhand von Folien bzw. im Bildschirmformat am 28. November 2014 skizziert werden und dass wir dann darüber entscheiden.

Nach wie vor ist mein erster Eindruck aus den Gesprächen, die ich verfolgt habe, dass es durchaus sinnvoll ist, dass wir erst einmal im Bereich der Bundestagsverwaltung und der Möglichkeiten, die sich dort bieten, bleiben, auch was die Archivierungsmöglichkeit betrifft. Man hat in diesem Kontext ganz andere Varianten, als wenn wir extern etwas beauftragen und rausgeben und damit eigentlich auch aus den Jahrhunderten der Existenz des Deutschen Bundestages und der Archivierung seiner Geschichte herausfallen könnten. Insofern glaube ich, dass es sinnvoll ist, dass wir es uns am

28. November 2014 erst einmal anschauen und dann darüber diskutieren, was uns noch fehlt.

Gibt es Rückfragen, Ergänzungen oder Hinweise dazu? - Frau Kotting-Uhl.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Die Argumente, die Sie vorgetragen haben, sind natürlich stichhaltig. Aber ich sehe auf der anderen Seite auch Folgendes: Es gibt einfach bestimmte Verfahrensregeln, Gewohnheiten und Pfade, die zu verlassen relativ schwierig sind. Ich will einmal auf die beiden in meinen Augen bestehenden Hauptdefizite eingehen, die wir im Moment in Bezug auf unseren öffentlichen Auftritt haben.

Erstens. Es ist ungeheuer schwer zu finden. Ich bin kein Technikfreak, aber ich bin Mitglied dieser Kommission und weiß ungefähr, wo ich das finden müsste, und trotzdem musste auch ich suchen, um diese Homepage tatsächlich zu finden. Wie soll das jemand finden, der von außen kommt und der sich dafür interessiert?

Außerdem geht es auch um die Art der Darstellung. Beispielsweise werden die Ministerauftritte besonders hervorgehoben. Dadurch wird der Eindruck erweckt, das sei das Wichtigste, was wir hier tun. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Art der Darstellung und die Möglichkeit, die entsprechende Homepage zu finden, genügen absolut nicht dem Anspruch, dem wir uns stellen müssen.

Zweitens. Vor allem vor dem Hintergrund, dass uns das Standortauswahlgesetz zu einer Beteiligung der Öffentlichkeit auch während der Arbeit der Kommission verpflichtet - was wir bisher nicht tun; bisher informieren wir lediglich -, halte ich die Verteilung von Tischvorlagen für keine angemessene Form

der Beteiligung der Öffentlichkeit. Ich halte es dringend für notwendig, dass wir einen interaktiven Internetauftritt haben. Ich weiß, dass damit zusätzliche Arbeit verbunden ist und dass das auch Ressourcen bindet. Ich meine aber, dass das unabdingbar als erster Schritt einer Beteiligung der Öffentlichkeit ist. Ich weiß nicht, ob das in den üblichen Bundestagsverwaltungsformaten überhaupt möglich ist. Das müsste man noch eruieren. Ich hätte dazu gerne eine Meinungsäußerung Ihrerseits.

Wir hinken dem Auftrag des Standortauswahlgesetzes, wie wir in dieser Kommission die Öffentlichkeit beteiligen sollen, absolut hinterher. Ich bin jetzt nicht diejenige, die nur Kritik äußern will, denn mir ist völlig klar, dass es am Anfang einfach seine Zeit braucht, bis alles seine Pfade gefunden hat. Aber ich glaube, an dieser Stelle müssen wir uns jetzt wirklich Gedanken machen, wie wir es schaffen, dass wir diesen Auftrag erfüllen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Dr. Janß, dann Herr Miersch und Herr Becker.

**MR Dr. Janß:** Danke schön, dass Sie mich kurz antworten lassen.

Ich sehe im Kern zwei Aspekte. Der eine - Sie sprachen es an - ist die Auffindbarkeit des Internetauftritts überhaupt. Insoweit sehe ich jedenfalls schon eine Verbesserung, bei den Suchmaschinenergebnissen. Zwischenzeitlich habe ich den Internetauftritt mit dem Begriff „Endlagerkommission“ jedenfalls auf Platz 1 gesehen. Darüber hinaus gibt es weitere Möglichkeiten. Ich glaube, manche URL-Bezeichnungen sind in dem Bereich noch nicht vergeben. Dabei denke ich beispielsweise an den Begriff Endlager, der reserviert ist. Die Kommission kann sich

dafür entscheiden, und sei es nur zur Weiterleitung zu dem Internetauftritt, der weiterhin im Rahmen des Bundestages stattfindet. Das nur generell zur Auffindbarkeit der Seite.

Zweiter Punkt: Auffindbarkeit innerhalb der Seite, Einbindung von Instrumenten zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Ich fürchte, gerade Sie, die Sie mit den Seiten des Bundestages näher vertraut sind, sind vielleicht ein wenig erschreckt gewesen bei dem Hinweis auf Internetseiten aus der vergangenen Wahlperiode. Die Entwicklung, die uns aufgezeigt wurde, ist eine ganz andere. Es soll ein Konzept vorgestellt werden, basierend auf das responsive Design, sehr zeitgemäß ausgelegt auf mobile Endgeräte, Smartphones, Tablets, das insbesondere auch berücksichtigen soll, dass die Information leichter auffindbar ist. Alleine wenn man derzeit die nächsten Sitzungstermine sucht, sucht man eben an mehreren Stellen, um sie zusammenzutragen. An dieser Stelle können wir vorab begrenzt Abhilfe schaffen, indem eine Terminübersicht eingestellt wird. Aber das lässt sich im Rahmen des künftigen Internetauftritts eleganter lösen.

Genauso könnten dort in einer moderneren Form, als es noch in der letzten Wahlperiode der Fall war, auch Instrumente zur Öffentlichkeitsbeteiligung eingepflegt werden, nicht nur ein Forum, sondern gegebenenfalls zu verschiedenen Themen auch mehrere Foren. Es ist auch der Auftrag ergangen, zu bedenken, dass Blogs bzw. Zuschriften eingestellt werden können. Diesbezüglich könnten wir, wenn die Kommission in ihrer nächsten Sitzung schon Zuschriften veröffentlichen möchte, gegebenenfalls sofort reagieren. Es wäre zwar noch nicht so schön wie künftig, aber es könnte sofort reagiert werden.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Miersch und dann Herr Geßner.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich schließe mich vollumfänglich den Worten von Frau Kotting-Uhl an und verweise noch einmal auf die Ausführungen von Herrn Sommer vom 2. Oktober 2014. Herr Spörer wird darauf möglicherweise eingehen wollen. Seinerzeit sind bereits einige Punkte genannt worden - Stichwort Barrierefreiheit usw. -, die ich für unerlässlich halte.

Herr Dr. Janß, ich bin sehr gespannt auf die Präsentation, verhehle aber nicht, dass ich durchaus Zweifel habe, ob das, was augenblicklich - hier jedenfalls - an Internetpräsenz vorhanden ist auch für die Abgeordneten etc., wirklich den Ansprüchen gerecht wird. Wir werden ganz neue Formen auch der medialen Begleitung und der Beteiligungsmöglichkeit eröffnen müssen.

Insofern ist das, was wir hier leisten, als Vorarbeit für die Gesamtkommission zu sehen. Von daher meine ich, dass wir sehr schnell - gegebenenfalls auch durch Externe, wenn es die Verwaltung oder die Administration nicht leisten können - handeln können. Mir ist durchaus bewusst, dass bei Herrn Dr. Janß dann die ganzen Fragen von Vergaberecht usw. eine Rolle spielen. Trotzdem muss es in den nächsten Wochen stehen, denn jetzt werden wir beäugt, und wenn wir unseren Ansprüchen jetzt nicht gerecht werden, haben wir ein großes Problem. Deswegen bitte ich darum, möglichst auch gleich ins Auge zu fassen: Sollte das mit den Bordmaterialien, die wir haben, nicht leistbar sein, dann müssen wir schleunigst einen zweiten Weg andenken.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Geßner.

**Michael Geßner:** Damit hat Herr Miersch alles gesagt, was ich sagen wollte.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Spörer.

**Fabian Spörer:** Ich habe auch nicht mehr allzu viel hinzuzufügen. Ich bin dankbar für die Beiträge, in denen vieles von dem angesprochen wurde, was wir uns überlegt hatten und was uns aufgefallen war.

Ich wollte noch mal kurzfristig nachfragen, warum Zuschriften nicht veröffentlicht werden. Bei einigen wurde explizit vermerkt, dass sie veröffentlicht werden dürfen. Es wäre doch sicherlich kein größeres Problem, sie als PDF auf die Website zu stellen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Es gibt gleich noch eine Antwort dazu. - Zunächst Herr Ott, dann Herr Becker und Herr Jäger.

**Erhard Ott:** Ich kann das sehr kurz machen. Ich kann mich den Worten von Frau Kottling-Uhl und von Herrn Miersch nur anschließen. Auch ich halte es für wichtig, dass wir sehr kurzfristig, wenn die Präsentation erfolgt, an die Umsetzung gehen. Wir sind jetzt schon einige Monate im Amt und beschäftigen uns immer noch mit formalen Fragen. Das halte ich für unzureichend.

**Thorben Becker:** Auch von meiner Seite volle Zustimmung zu dem, was gesagt wurde.

Ich habe noch zwei Anregungen. Zum einen: Ich halte die Darstellung der Sitzungen für hochgradig verbesserungswürdig, sodass man das tatsächlich vernünftig mitverfolgen kann, und vor allen Dingen auch die Auffindbarkeit der einzelnen Themen hinterher. Im Moment haben wir die Situation, dass ich

mir einen fünfstündigen Livestream angucken kann oder auf das Wortprotokoll warte. Wie man es besser machen kann, dazu muss man sich nur die Website des Bundesrates angucken, die in dem Fall wirklich vorbildlich ist. Auf das Level sollten wir versuchen zu kommen. Dort kann ich mir schon während der Sitzung die Videos zu den einzelnen Tagesordnungspunkten angucken. Wenn die Sitzung läuft, ist auf der Internetseite unter dem Video das jeweilige Dokument zum jeweiligen Tagesordnungspunkt zu sehen. Das ist, glaube ich, ein Standard, der von einer anderen öffentlichen Institution gesetzt wurde, an dem sich diese Bund-/Länderkommission orientieren kann und sollte.

Damit komme ich zu einem zweiten Punkt, der vielleicht sehr technisch klingt, der aber, glaube ich, tatsächlich sehr wichtig ist. Wir brauchen in diesem Auftritt eine Newsletter-Funktion, und zwar nicht in dem Sinne, dass wir presstextartig informieren, sondern so, wie wir es BUND auch in formellen Verwaltungsverfahren fordern, dass sich nämlich Personen, die sich interessieren, unaufgefordert Termine und wesentliche Materialien von den Vorsitzenden zum Beispiel der Kommission und auch der Arbeitsgruppen, im Internet ansehen können und dass darüber informiert wird. Wir können nicht erwarten, dass Leute ständig auf die Website gucken, um festzustellen, welche neuen Informationen vorhanden sind, sondern wir müssen darauf hinweisen, sobald ein neuer Termin feststeht. Ich weiß, dass es für viele, die sich für die Arbeit der Kommission interessieren, relativ überraschend kam, wann die nächste Arbeitsgruppensitzung stattfindet, weil man das natürlich nicht ständig nachverfolgt. Ich glaube, dass es durchaus ein sehr hoher Anspruch ist, wenn man in eine solche Richtung geht. Möglicherweise muss man dann alles, was in Richtung Interaktivität, Beteiligungsformate und Ähnliches

geht, vielleicht tatsächlich davon abtrennen und extern vergeben. Ich meine, dass wir in diesem Bereich sehr schnell vorankommen müssen, und sehe es auch so, dass wir diesbezüglich einen sehr großen Nachholbedarf haben.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Da zurzeit die namentliche Abstimmung läuft: Sind Sie einverstanden, Herr Jäger, dass wir Herrn Pols und Herrn Miersch vorziehen?

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich muss nicht mehr sprechen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Okay. - Herr Pols.

**Abg. Eckhard Pols:** Ich stimme meinen beiden Vorrednern Frau Kotting-Uhl und Herrn Miersch vollumfänglich zu. Ich könnte es kurz machen wie Herr Geßner, möchte aber noch auf einen Punkt eingehen.

Herr Dr. Janß, ich habe den Eindruck, dass von Seiten der Verwaltung ein bisschen auf die Bremse getreten wird. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie uns vorstellen, wie wir es machen können; denn die Öffentlichkeit und auch wir selber haben einen hohen Anspruch an diesen Arbeitskreis Öffentlichkeit, denn wir wollen die größtmögliche Transparenz herstellen. Ich erwarte eigentlich von der Bundestagsverwaltung, dass sie uns Wege aufzeigt, wie wir dahin kommen, entweder über eine eigene Domain oder über den Link „Endlagersuchkommission unter „bundestag.de“. Das muss doch möglich sein. Sie müssen in Ihrem Hause doch auch Spezialisten haben, die die Seite tagaktuell pflegen können. Dazu erwarte ich von Ihnen eine konkrete Antwort. Ansonsten diskutieren wir wirklich noch das nächste und übernächste Mal darüber, wie wir das machen. Ich gebe Herrn Ott Recht, dass wir das zügig

umsetzen sollten. Sonst werden wir unglaublich, gerade in diesem Arbeitskreis.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich möchte kurz einschreiten und die Geschäftsstelle in Schutz nehmen. Die Verschiebung dieses Punktes ist ein Ergebnis des Beschlusses der Vorsitzenden. Es wäre durchaus möglich gewesen, heute eine Präsentation vorlegen zu lassen, die vermutlich dann aber doch so umfänglich und in einer so ausführlichen Debatte gelaufen wäre, dass wir zentrale Punkte über Zielfeststellungen unserer Arbeit wahrscheinlich nicht hätten besprechen können.

Herr Gaßner und ich sind übereingekommen, dass das Internet ein zentrales, wichtiges Schlüsselmedium für den öffentlichen Auftrag ist, aber mitnichten das einzige und mitnichten auch das, was die Debatte, die wir im Augenblick führen, transportieren muss, sondern man muss sehr kurzfristig auch Zielvorstellungen insgesamt transportieren. Deswegen haben wir gesagt, wir ziehen das an dieser Stelle zurück und geben den Zwischenbericht, dass gearbeitet wird. Darin sind genau die betreffenden Punkte angesprochen, Herr Pols, dass es nämlich darum geht, dass in der Geschäftsstelle auch eine Redaktion vorgehalten wird. Ferner sind darin auch viele Aspekte aufgegriffen worden, was das Videomaterial und den Livestream angeht.

Deswegen haben wir entschieden, dass wir das auch am 28. November 2014 besprechen können. Wir haben jetzt schon einen signifikanten Anstieg der Nutzung zu verzeichnen. Es wird nach wie vor Kritik geäußert, was man nüchtern feststellen muss. Aber unsere Einschätzung war, dass es am 28. November 2014 nicht zu spät ist. Dass der Druck auf dieses Medium hoch bleibt, ist uns völlig

klar. Man muss aber auch einschränkend sagen: Es ist nicht das einzige Medium, was nachher die Frage beantworten darf: Wie wollen wir die öffentliche Beteiligung strukturieren? - Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich möchte gerne noch einmal die Dringlichkeit, die die Kolleginnen und Kollegen angesprochen haben, unterstützen. Mir scheint ein Punkt zeitkritisch zu sein, nämlich die Frage, ob wir die Aufgabe intern - wenn ich das mal so sagen darf - leisten können oder ob man externe Unterstützung braucht. Wenn ich mir vorstelle, dass von der Abfolge her der 28. November 2014 die Konzeption darstellt und dass bis dahin nicht geklärt ist, dass es dann auch relativ zügig umgesetzt werden kann, dann scheint mir das ein großer Zeitverzug zu sein. Es wäre sicherlich erheblich schöner, wenn man die Entscheidung darüber, ob man es mit Bordmitteln schafft oder ob man es nach außen geben muss, vorher früher treffen könnte, indem Sie beispielsweise mit den Vorsitzenden die Frage klären und wir das möglicherweise in der nächsten Kommissionssitzung am 3. November 2014 entscheiden oder zumindest vorentscheiden können. Dann würde sich das ganze Vorhaben deutlich beschleunigen.

Wenn ich dann noch eine Anregung geben darf: Hier im Verlauf der Diskussion sind schon zahlreiche Hinweise gegeben worden, wie der Internetauftritt gestaltet sein soll. Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, dass jeder, der noch weitere Hinweise hat, sie der Geschäftsstelle einfach zur Verfügung stellt. Ich habe auch noch eine ganze Liste. Es macht jetzt keinen Sinn, dazu auch noch die einen oder anderen Ausführungen zu machen, sondern ich würde sie Ihnen gerne zur Verfügung stellen. Sie sammeln das, und

dann haben wir sozusagen die Grundlage des Konzepts.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Kudla und Herr Spörer mit dem Ende dieser Debatte zu diesem Punkt.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Zwei Hinweise noch zur Internetseite. Über die Sitzungen wird meistens als Erstes im Zusammenhang mit den Ministerauftritten berichtet. Das ist bereits angesprochen worden. Das finde ich auch unglücklich, muss ich ganz ehrlich sagen. Bei allem Respekt vor den beiden Ministerinnen und vor dem Minister - die Auftritte waren interessant, sie haben uns Informationen gegeben, aber sie haben uns in unserer eigentlichen Arbeit nicht sonderlich weitergebracht. Es erweckt auch einen etwas falschen Eindruck, wenn mit als Erstes darüber berichtet wird. Das kann man sicherlich noch ändern, und ich möchte auch vorschlagen, dass das geändert wird.

Punkt 2 betrifft die Gesamtgestaltung der Seite. Die Seite ist nach meinem Eindruck auf Information ausgelegt. Das ist einerseits durchaus richtig. Allerdings würde ich die Seite etwas einladender gestalten, und zwar gleich am Anfang, damit die Bevölkerung etwas mehr den Eindruck hat, sie kann Stellungnahmen an die Geschäftsstelle schicken, die dann auch diskutiert werden. Die Bevölkerung kann Ideen einbringen. Sie kann zu einzelnen Punkten, die in der nächsten Sitzung diskutiert werden, vorab Stellungnahmen einbringen. Das sollte mit als Erstes herausgestellt werden, damit die Seite einladend und nicht nur als reine Informationsseite wirkt.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Spörer.

**Fabian Spörer:** Ich kann es eigentlich ganz kurz machen. Ich wollte nur noch einmal darauf eingehen, dass immer wieder gesagt wird, das Internet kann nicht das einzige Beteiligungsmedium sein. Ich glaube, es ist auch überhaupt keine Frage, dass das nicht so sein kann. Dennoch wird meiner Meinung nach in dieser Runde teilweise unterschätzt, was heutzutage möglich ist. Herr Gaßner hatte geschrieben „Internetbeteiligung über Chatrooms“. Ich glaube, das war aus dem AkEnd übernommen. Seit 2002 ist im Internetbereich natürlich sehr viel passiert. Vielleicht sollte man dazu doch einmal Externe anhören und sich erzählen lassen, was heutzutage überhaupt möglich ist. Ich glaube, man kann nicht die Bundestagsverwaltung, deren Kernkompetenz das nicht unbedingt ist, dazu zwingen, ein komplettes Konzept vorzulegen.

Für mich wäre das Internet auf jeden Fall der erste Anlaufpunkt, wenn ich mich beteiligen wollen würde. Das mag für andere anders sein. Es ist aber für viele in meiner Generation normal, und natürlich sollte man dann jedem den Zugang möglichst niedrigschwellig ermöglichen, der für ihn oder sie am geeignetsten erscheint.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herzlichen Dank noch einmal für den Zusatz, Herr Spörer.

Erstens. Am 28. November 2014 wird die Präsentation in dieser Arbeitsgruppe stattfinden. Bis zum 3. November 2014 wird den Arbeitsgruppenmitgliedern von Seiten der Bundestagsverwaltung umfangreiches schriftliches Material über den geplanten Internetauftritt vorgelegt, sodass die Entscheidung am 28. November 2014 dann schon eine ist, die mit Kommentierungen und Ergänzungen vorab arbeiten kann.

Einen Detailpunkt möchte ich noch aufnehmen: Die Arbeitsgruppe empfiehlt der Kommission, Zuschriften, die mit dem Zusatz „zur Veröffentlichung“ versehen sind, vorab im Internet zu veröffentlichen. Dabei handelt es sich um eine Kommissionsentscheidung. Deswegen kann es nur eine Empfehlung sein, die wir abgeben.

Stimmen Sie diesen Punkten zu? - Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Was ich jetzt noch vermisst habe, ist die Frage „make or buy“, wenn ich das einmal so bezeichnen darf. Sehen Sie eine Möglichkeit, dass wir die Entscheidung in dieser Frage vorziehen, dass Sie also zu einer Einschätzung kommen, ob es möglicherweise nicht doch sinnvoll ist, Dritte einzuschalten?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Das bezieht sich vor allen Dingen auf das Zeitfenster zwischen dem 3. und dem 28. November 2014. Es wäre eine Last, wenn Sie dies auf die Vorsitzenden übertragen würden. Wir würden es übernehmen, aber - -

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich hätte einen anderen Vorschlag: Vielleicht könnte die Geschäftsstelle auch in Kenntnis dessen, was jetzt erwartet wird, noch einmal eine kritische Prüfung durchführen und einen Vorschlag möglicherweise schon für die Kommission unterbreiten, und zwar dahingehend: Es zeichnet sich ab, dass man das mit den vorhandenen Strukturen nicht leisten kann. In der Kommission kann dann grünes Licht gegeben werden, eine Vergabe schon einmal vorzubereiten.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Alle Arbeitsgruppenmitglieder wären dann allerdings auch ab dem 3. November 2014 mit in der



Koverantwortung zu der Entscheidungsfindung. Das heißt, dann könnte von der Geschäftsstelle durchaus an dem Punkt auch eine Frist gesetzt werden, beispielsweise bis zum 10. oder 15. November 2014, wie diesbezüglich zu verfahren ist. Können wir so verbleiben? Dann wird eine Entscheidung schon so vorbereitet, dass man in die eine oder in die andere Richtung gehen kann. Okay? - Gut. Herzlichen Dank.

Das war der Abschluss vom Tagesordnungspunkt 6, den wir vorgezogen haben.

Wir kommen jetzt zurück zu **Tagesordnungspunkt 5**. Vielleicht machen wir an dieser Stelle eine kurze Pause.

Unterbrechung der Sitzung von 10.51 bis 11.38 Uhr)

**Vorsitzender Ralf Meister:** Wir legen für Sie jetzt noch einmal zur Kenntnis die Kommissionsdrucksache 27 aus, und zwar ergänzend zu der Debatte, die wir über das Internet geführt haben. Dabei handelt es sich um eine Beratungsunterlage von Herrn Sommer, die mit in das Tableau der gesamten Reaktionen kommt, die wir gehört haben. Das nehmen wir noch zur Kenntnis. Es tut uns leid, dass das vorab nicht erfolgt ist.

Ich möchte Sie, bevor wir gleich in die Auseinandersetzung mit dem AkEnd einsteigen und Herr Gaßner das Wort ergreift, noch darauf hinweisen, dass ich gestern sehr spät abends - mir ist das allerdings erst heute Morgen über das Büro zugestellt worden - die Absage von Schacht Konrad habe, die Einladung, einen temporären Gaststatus zu haben, anzunehmen. Allerdings will ich hinzufügen - das wird in dem Schreiben von Frau Schönberger deutlich -, dass sie durch-

aus das Interesse bekundet, wenn Erfahrungen gewünscht sind, direkt vor Ort das Gespräch zu suchen. Das heißt, wir werden sie im Augenblick nicht im Gaststatus hier haben, aber wir nehmen durchaus diese einladende Geste zur Kenntnis, um in dem anderen Zusammenhang darauf zurückkommen.

Dann rufe ich jetzt auf:

### **Tagesordnungspunkt 5 Relektüre des AkEnd**

### **Tagesordnungspunkt 7 - Fortschreibung des Arbeitsprogramms (insbesondere Sitzungs- gestaltung 2014 und Öffentlichkeitsbeteili- gung)**

Zunächst wird jetzt in dem ersten Stadium eine Einführung von Herrn Gaßner in der Auseinandersetzung mit dem AkEnd unter dem Gesichtspunkt Beteiligung und Öffentlichkeit gegeben wird.

Im Folgenden gibt Hartmut Gaßner den Anwesenden Erläuterungen zu der Powerpoint-Präsentation „Darstellung der Grundzüge des Konzepts der Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem AkEnd-Bericht sowie Einstieg in eine vergleichende Betrachtung des StandAG-Beteiligungskonzepts

**Hartmut Gaßner:** Vielen Dank. Ich habe es gerne übernommen, die Aufgabenstellung in der Arbeitsgruppe „Schwerpunkte der Arbeit des AkEnd“ vorzustellen. Ich glaube, dass die Auseinandersetzung mit dem AkEnd eine Aufgabe ist, die sich der Kommission insgesamt stellt, sodass wir, bezogen auf das Beteiligungskonzept wiederum in besonderem Maße aufgerufen sind, uns mit diesem Konzept AkEnd auseinanderzusetzen.

Das AkEnd-Konzept verlangt aus meiner Sicht einen bestimmten Respekt, alleine mit Blick darauf, dass sich ein größerer Kreis über dreieinhalb Jahre auf etwas verständigt hat, was wir nicht unhistorisch beiseitelegen können. Andererseits werden wir in der Pflicht sein, uns damit auseinanderzusetzen, ob und wieweit es Blaupause für das sein kann, was wir hier tun, oder inwieweit sich Rahmenbedingungen auch geändert haben.

Ich habe den AkEnd-Bericht erneut gelesen, wie wahrscheinlich viele von Ihnen. Ich bin auf das Büchlein des jungen Kollegen Blum gestoßen, das Ihnen ausgeteilt wurde, weil er Ihnen teilweise Inhaltsangaben und teilweise Reflektionen liefert und es sich relativ leicht liest. Ich glaube, es umfasst 80 Seiten.

Ich bin dann in einem weiteren Schritt, den wir, was meine Darstellung angeht, aber auch abtrennen und gliedern wollen, dazu gekommen, zu sagen: Wenn wir uns mit dem Konzept des AkEnd auseinandersetzen, dann sollten wir auch im Ausblick schon eine Vorstellung davon haben, was wir daraus lernen. Um dieser Frage nachgehen zu können, schien es mir wichtig zu sein, auch in eine Betrachtung einzusteigen, was denn das Standortauswahlgesetz für unsere Beteiligung vorsieht, und zwar für die Beteiligung an der Kommissionsarbeit.

Damit ist in der Betrachtung der Konzeption des AkEnd eigentlich schon die Hauptthese eingeflochten. Ich gehe davon aus, dass die Arbeitsgruppe - so, wie sie es in der letzten Sitzung schon angesprochen oder diskutiert hat und wie es heute auch schon einige Male angeklungen ist - sich zunächst mit der Frage befassen wird: Welches Konzept der Beteiligung entwickeln wir für die Kommissionsarbeit? Wie kann die Öffentlichkeit sinnvoll an der Kommissionsarbeit beteiligt werden?

Deshalb haben Sie von mir noch zwei weitere Papiere erhalten, die ich teilweise unter einen Vorbehalt stelle. Ich wollte sie Ihnen relativ schnell liefern. Wenn ich eine längere Bearbeitungszeit gehabt hätte, hätte ich sie wohl zusammengeführt. Ich hatte keine Zeit, sie kurzzufassen. Das heißt, es ist ein Stück weit auch ein schriftliches Nachdenken, das ich Ihnen geliefert habe, das aber die These zunächst unterstreichen sollte: Wir müssen als Arbeitsgruppe ein Beteiligungskonzept haben, wir müssen als Kommission ein Beteiligungskonzept haben, und wir müssen uns dann natürlich mit dem Beteiligungskonzept, das nach unserer Arbeit liegt, beschäftigen, was dann unter dem Schlagwort der Evaluierung zu sehen ist.

Ich werde manche Aspekte nur relativ schnell streifen. Ich gehe einmal davon aus, dass wir ein bestimmtes Vorverständnis haben. Gleichzeitig ist es bei einer Darstellung eines Gesamtkonzepts nicht möglich, bei allem nur darüberzurauschen. Ich möchte Sie bereits jetzt darauf aufmerksam machen, dass ich relativ am Ende der Folien auch schon damit begonnen habe, bereits einen Vergleich der Konzepte, die sich im AkEnd widerspiegeln, und dessen, was wir im Standortauswahlgesetz für die verschiedenen Phasen finden, vorzunehmen. Ich werde versuchen, auch noch da hinzukommen, um dann auf die Diskussion überzuleiten: Was lehrt uns das?

Zunächst und nicht unwichtig ist Folgendes: AkEnd hat die Arbeit in drei Phasen eingeteilt. Die erste Phase ist die, die er dahingehend beschreibt, dass die zweieinhalb Jahre zu einem Bericht geführt haben. Die zweite Phase ist die, dass man davon ausgegangen ist, dass der AkEnd-Bericht - das, was er an Kriterien und an Verfahrensschritten vor-

schlägt - in einer breiteren politischen Debatte stattfindet und dass es dann in einer dritten Phase zu einer Verfahrensdurchführung kommt. Diese drei Phasen scheinen mir sehr wichtig zu sein, weil sie ein Stück weit auf uns übertragbar sind. Es wird ein Diskussionspunkt sein, wie weit sie übertragbar sind.

Hier sehen Sie noch einmal im Wortlaut die Mandatierung, die der AkEnd für sich selber gesehen hat, und der Schlusssatz, wonach die Arbeiten der Phase I jetzt mit einer Übergabe von Empfehlungen Ende 2002 ans Bundesumweltministerium abgeschlossen wurden (vgl. Seite 4).

Jetzt folgt nach den Vorstellungen des AkEnd auf Grundlage des Berichtes der gesellschaftliche Dialog. Uns wurden schon Überlegungen von Herrn Brunsmeier vorgelegt, und auch meine Überlegungen gehen dahin, dass wir sehen müssen, wie weit wir analogisieren, wie weit wir übertragen, wie weit wir uns in dieser Phase II wiederfinden. Der AkEnd hat hier jedenfalls einen großen Schwerpunkt gelegt, um dann, nachdem das Verfahren auf eine breite Legitimationsbasis gestellt ist, in die tatsächliche Verfahrensdurchführung zu kommen.

Ich würde für unsere Terminologie sagen: Verfahren durchführen heißt: Durchführung des Standortsuchverfahrens, und das heißt in der Vorstufe, das ist das, wo die Öffentlichkeit, wo der Deutsche Bundestag erwartet, dass die Kommission dann im Zuge einer Evaluierung Stellung dazu nimmt, ob und inwieweit das, was die Verfahrensdurchführung dann erbringen soll, auf einer hinreichenden Basis stattfindet. Die Verfahrensdurchführung ist jedenfalls noch eine Weile hin, und es wird auch unser Ziel sein, dafür strukturierende Vorstellungen zu vermitteln.

Die Auswertung dieses Berichts ist von mir natürlich ein Stück weit subjektiv, auch dergestalt, dass ich versucht habe, bestimmten Fragen nachzugehen. Eine der Frage, die sich durch das, was ich Ihnen vorgelegt habe zieht und was ich auch vorschlage, dass es ein roter Faden bei unseren nächsten Arbeiten sein sollte, ist die Frage: Welche Ziele verfolgt man mit der Öffentlichkeitsbeteiligung? Dazu hat sich der AkEnd zunächst auf der Ebene von Prinzipien geäußert. Ich würde die Prinzipien nicht mit Zielen gleichsetzen wollen, aber wir müssen uns auf jeden Fall damit beschäftigen - das erlaube ich mir, wiederholend immer wieder einzuführen und zu fragen -: Was sind die Ziele?

Ein strukturierendes Moment, das auch der AkEnd aufgegriffen hat, sehen Sie hier (vgl. Seite 7): Er will einen Dialog haben. Er will, dass es eine Transparenz gibt. Er will eine faire Verteilung der Kompetenzen haben. Er will die Beteiligung als Kontrolle verstanden wissen. Er will die Beteiligung als Zukunftsgestaltung und weist auch darauf hin, dass Beteiligung nicht Einbahnstraße sein soll, sondern dass es auch heißt, Verantwortung mit zu übernehmen. Das ist dort ausführlicher angeführt. Es wird für uns auf jeden Fall von Bedeutung sein, uns damit auseinanderzusetzen, wenn wir uns darauf verständigen sollten, dass wir die Ziele des Beteiligungsprozesses, den wir vorschlagen, erst einmal fokussieren, um dann Ableitungen vornehmen zu können.

Für die Phase I, also während der Arbeit des AkEnd, wo wir uns noch nicht genau verortet haben, ob wir da sind oder ob wir nicht schon in Phase II sind, habe ich Ihnen dargelegt, dass der AkEnd drei Formen von Öffentlichkeit fokussiert hat (vgl. Seite 8). Das eine ist nach der Terminologie des AkEnd

die interessierte Öffentlichkeit, die über das Internet angesprochen sein sollte. Dann hat der AkEnd Diskussionen mit der Fachöffentlichkeit geführt, und es gab die breitere Öffentlichkeit.

Wir finden im Standortauswahlgesetz, wenn ich soweit vorgreifen darf, keine Differenzierung von Öffentlichkeit. Wir müssen uns also auch darum kümmern und uns darum bemühen, einen Begriff davon zu bekommen: Wovon sprechen wir, wenn wir von Öffentlichkeit sprechen? Hier haben Sie schon einmal drei Begriffe von Öffentlichkeit.

Die Phase II - nach dem AkEnd - war notwendig, anders als wir sie vorfinden. Die Phase I des AkEnd endete nämlich mit der Vorlage des Berichts. Man kann sagen, man hatte schon geahnt, was kommen könnte, dass es nämlich keine Fortsetzung erfährt, sprich: Das, was jetzt hier steht (vgl. Seite 9): Ein institutioneller Beginn war dem AkEnd zunächst einmal nicht gegönnt, denn wir haben tatsächlich nicht die Beschlussfassung der Bundesregierung gehabt, wie sie hier diskutiert war oder wie wir sie jetzt zehn Jahre später vorfinden, dass wir das Standortauswahlgesetz bei aller Kritik zumindest als ein deutliches Startzeichen haben. Das hatte der AkEnd-Prozess nicht.

Er hat dann vorgeschlagen, es müsste zu einem institutionellen Beginn kommen, und hat dann aus dem Zusammenwirken von Naturwissenschaftlern, von Sozialwissenschaftlern, von Menschen, die sich mit Beteiligungsprozessen auskennen, einen relativ interessanten Begriff gewählt. Er sagte nämlich: Wir brauchen ein „Dialogisches Feld“, in dem die zukünftige Diskussion stattfinden soll. Er war dann auch davon ausgegangen, dass die Diskussion in diesem „Dialogischen Feld“, in dessen Zentrum wiederum eine

Verhandlungsgruppe stehen sollte, dann wiederum irgendwo eingespeist werden muss und dass es auch zu einer institutionellen Verarbeitung kommt. Hier sehen Sie das noch einmal grafisch dargestellt (vgl. Seite 11).

Hier sehen Sie das eigentliche „Dialogische Feld“, das - wenn ich da einen kurzen Vorgriff machen darf -, wenn ich mir angucke, wie die Verhandlungsgruppe zusammengesetzt sein sollte, durchaus starke Ähnlichkeiten mit den Zusammensetzungen der Kommission hat, ohne jetzt auf Einzelheiten eingehen zu wollen, einfach um zu signalisieren: Da war schon der Gedanke gewesen, dass eine breite gesellschaftliche Repräsentanz dazu führt, dass diese Verhandlungsgruppe zu Ergebnissen kommt, die eine gesellschaftliche Basis darstellen, die Legitimität ausstrahlt.

Aber - um noch mal wieder zurückzugehen - diese Verhandlungsgruppe war jetzt nicht für sich alleine gesehen, sondern man hatte die Vorstellung davon, dass dieses „Dialogische Feld“ entstehen soll. Da fällt natürlich schon einmal auf, dass die Verhandlungsgruppe umrahmt ist. Wenn wir jetzt analogisieren, dann haben wir hier auch eine starke Geschäftsstelle, auf die wir zurückgreifen können. Wir haben keinen Projektbeirat. Es ist in dem Sinne eine Überlegung gewesen, dass die Verhandlungsgruppe sich auch wissenschaftlicher Unterstützung versichert, neben der Verhandlungsgruppe selber.

Außerdem hatte man die Vorstellung, dass es eine Verbindungslinie zwischen der allgemeinen Öffentlichkeit und der Verhandlungsgruppe über sogenannte virtuelle Foren gibt. Um sich in diesen virtuellen Foren bewegen zu können, gab es die Vorstellung, dass es eine Redaktionsgruppe gibt, die die

Aufgabe haben sollte, das, was in den virtuellen Foren vorgebracht wird, so aufzubereiten, dass die Verhandlungsgruppe es diskutieren kann, dass die Verhandlungsgruppe es dann aber auch diskutiert, und dass das, was in der Verhandlungsgruppe diskutiert wird, dann wiederum über die Redaktionsgruppe in die Foren zurückgespiegelt wird. Von daher ist das jetzt nicht nur ein Chatroom im alten Sinne, sondern das können wir dann auch für den 28. November 2014 mitnehmen. Es gab schon relativ weitgreifende Vorstellungen, wie die Arbeit über das Internet so erfolgt, dass es tatsächlich ein Dialog ist.

Dann sehen Sie, dass es regionale Foren geben sollte, sodass die allgemeine Öffentlichkeit auch über den Zwischenschritt regionale Foren beteiligt ist (vgl. Seite 11). Dann haben wir hier auch schon das von Herrn Spörer heute bereits angesprochene wesentliche Element der Arbeit mit den jungen Menschen, die aufgrund der langen Dauer von dem Thema in einer besonderen Weise betroffen sind.

Die Grundaussage des „Dialogischen Feldes“, die ich jetzt erst verankern möchte, lautet: Dialog. Wir werden später noch einmal zurückkommen, dass wir im Standortauswahlgesetz eine Begrifflichkeit vorfinden, die „dialogorientiert“ lautet. Wenn wir uns also mit den Zielen des Beteiligungsprozesses beschäftigen und dann später zu den Formen kommen, müssen wir uns auch mit der Frage auseinandersetzen: Was meint der Gesetzgeber, wenn er von einem Dialog zu einem dialogorientierten Prozess übergeht? Darauf werde ich noch einmal zurückkommen. Auf jeden Fall ist es wichtig, beim AkEnd eine bestimmte Vorstellung zu finden. Es wird auch nicht selten, wenn von dem

AkEnd gesprochen wird, zitiert, was dort unter Dialog verstanden wird. Darauf müssten wir auf jeden Fall zurückkommen.

Wichtig ist hier - ich habe die Terminologie teilweise schon übernommen - die Terminologie des gesellschaftlich getragenen Modells. Wichtig scheint mir auch zu sein, dass unter Dialog auch verstanden wurde, dass das, was vorgeschlagen wird, besser wird. Ein Ziel des AkEnd im Beteiligungsprozess ist also eine Verbesserung der Vorschläge des AkEnd.

Das ist selbstredend: Das ist die Aufgabenstellung der Verhandlungsgruppe, das ist die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppe. Das ist die Organisationsstruktur, noch einmal in einer anderen Weise aufgenommen. (vgl. Seite 13, 14 und 15)

Wie sollte die Öffentlichkeit unter dem Gesichtspunkt der Mitwirkung beteiligt werden? (vgl. Seite 16)

Ich habe Ihnen in einem späteren Schritt einmal thesenartig vorbereitet, dass es die Information, die Mitwirkung und die Mitbestimmung gibt. Das ist jetzt eine Terminologie, die ich gewählt habe, um es relativ neutral zu machen, um aber auch die deutlichen Unterschiede zwischen informiert zu sein und aufgerufen zu sein, in irgendeiner Weise mitzuwirken - das kann in verschiedener Weise sein - oder sogar mitzuentcheiden, zu markieren.

Hier habe ich jetzt erst einmal die Mitwirkung identifiziert, die über das Internet gegeben ist (vgl. Seite 16) und die dadurch gegeben ist, dass Menschen an öffentlichen Sitzungen an der Ausgestaltung mit teilnehmen können, dass die Sitzungen also nicht nur öffentlich vor Ort geführt werden, sondern

dass sie im Block so gestaltet sein sollten, dass sowohl die Arbeit der AG - in dem Sinne der Verhandlungsgruppe - dort stattfindet, aber auch breiter Raum für einen Dialog mit denjenigen, die zu den Sitzungen kommen, eingeräumt wird. Von daher ist das nicht nur ein Sich-öffentlich-Präsentieren, sondern auch ein Diskutieren. In diesem Sinne kann man das dann auch als eine Form des Mitwirkens sehen. Außerdem sah das Konzept des AkEnd vor, dass man für eine regelmäßige Medienberichterstattung sorgt.

Ich hatte die Besonderheit des virtuellen Forums schon dargestellt, dass es auch eine Rückkopplung ins Internet gibt, die nur möglich ist, wenn die Eingänge innerhalb der Kommission erörtert werden (vgl. Seite 17). Das ist sicherlich ein sehr spannender Punkt: Wird sich die Kommission, wird sich die Arbeitsgruppe die Zeit nehmen, die Kraft haben können, tatsächlich diese Internet-Diskussion so zu führen, dass eine Rückkopplung nicht „nur“ von einem Redakteur erfolgt, der in dem Sinne nicht autorisiert ist, sondern auch von der Kommission erfolgt? Das ist ein Punkt, den wir sicherlich werden diskutieren müssen.

Das Einrichten der regionalen Foren hatte ich bereits angesprochen. Das Einbeziehen der Jugend ist auch klar. Damit haben Sie dann einen bestimmten Ablauf noch mal in einer anderen grafischen Form (vgl. Seite 19), von der Empfehlung des AkEnd zum BMU zu dem institutionellen Beginn, den man sich vorgestellt hatte, der leider Aufschub erlitten hat. Dann die Diskussion in der Verhandlungsgruppe, einerseits bezogen auf die gesamte Bevölkerung, wo Sie noch einmal sehen, dass eine Internetplattform eingerichtet werden sollte. Die habe ich jetzt noch nicht so hervorgehoben, weil sie ein

bisschen selbstredend ist. Also breite Information der Öffentlichkeit, Diskussionen und Veranstaltungen. Auf der anderen Seite soll die Verhandlungsgruppe an sich Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Interessensgruppen repräsentieren, sodass auch sie in den Prozess einbezogen sind.

Dann würde ich noch kurz auf die Phase III eingehen (vgl. Seite 20). Das wären jetzt für unseren Arbeitsprozess Vorschläge für die Durchführung des Standortauswahlverfahrens. Ich werde noch einmal darauf zurückkommen, dass hier fünf Schritte vorgeschlagen sind, die dann ab einer bestimmten Phase vorsehen, dass es eine regionale Mitwirkung gibt. Ich betone das deshalb, weil ich später zur Diskussion stellen werde - möglicherweise gar nicht in der heutigen Sitzung, heute nur als These -, dass die Ausgestaltung des Auswahlprozesses innerhalb des Standortauswahlgesetzes momentan einer Eröffnung für eine Regionalebene eher entgegensteht, da der Schritt von der bundesweiten Kartierung hin zu der Festlegung von Standorten für die übertägige Erkundung so komprimiert stattfindet, dass es für eine Beteiligung in den Zwischenschritten möglicherweise momentan zu eng ist. Das werden wir dann bei der Evaluierung diskutieren müssen.

Hier sehen Sie die Verfahrensmerkmale, die der AkEnd für die Phase III gesehen hat, die wir ein Stück weit auch für uns vorfinden (vgl. Seite 21): Wie sollte die Phase III des Standortauswahlverfahrens gekennzeichnet sein? Wichtig als Erinnerung für all diejenigen, die sich schon intensiver damit beschäftigt haben, ist auch die Frage der Möglichkeit des Rücksprungs. Das ist eine sehr entscheidende Kategorie. Im AkEnd. Gibt es die Möglichkeit des Rücksprungs? In diesem Kontext ist eher eine Nuance naturwissenschaftlich;

an einer anderen Stelle - darauf komme ich noch unter dem Schlagwort der Beteiligungsbereitschaft zu sprechen - auch ein Rücksprung, um zu versuchen, die Menschen wieder mitzunehmen, respektive neue Perspektiven zu eröffnen, um den Beteiligungsprozess fortsetzen zu können.

Das ist der Vorschlag, den der AkEnd entwickelt hat, um das im Zuge des Standortauswahlverfahrens durchzuführen. Sie sehen, dass es einerseits dem AkEnd relativ wichtig war, Funktionen zu verteilen (vgl. Seite 22). Das hat das Standortauswahlgesetz intensiv auch gespiegelt in der Frage: Wer ist gesellschaftliches Begleitgremium, wer ist der Vorhabenträger, und wer ist in der neuen Terminologie der Regulator? Das ist ein Teil unserer Diskussion. Mindestens genauso wichtig ist jetzt die klare Orientierung auch auf eine regionale Situation, die durch die Elemente gekennzeichnet ist, die ich gleich noch näher vorstellen werde.

Ich hatte schon die Prinzipien und einige Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung benannt. Jetzt habe ich noch schlaglichtartig das Wort der Formen der Beteiligung hervorgehoben. Was sind Formen, die hier identifiziert wurden (vgl. Seite 23)? Das war die Beteiligung durch Information, die Beteiligung an der Kontrolle, die Beteiligung an der Vertretung regionaler Interessen und die Beteiligung an der Entscheidungsfindung. Das würde uns bei der Frage der Zielsetzung der Öffentlichkeitsbeteiligung auch wieder begegnen. Wenn wir bestimmte Ziele identifizieren, brauchen wir bestimmte Formen. Die Formen haben aber keine Funktion, wenn man die entsprechenden Zielsetzungen nicht realisieren kann. Da ist wiederum der „heikelste“ Punkt die Frage: Gibt es Möglichkeiten der Einbeziehung bei Entscheidungen?

Dann habe ich Ihnen die Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung wiederholend unter dem Aspekt „Wer ist Träger?“ vorgestellt (vgl. Seite 24), weil wir im Standortauswahlgesetz kennen lernen werden, dass der Träger eine Teilung zwischen dem Vorhabenträger und dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgung ist. Hier haben wir eine, jetzt noch untechnisch gesprochen, lockere, eher sachbezogene Trägerschaft und nicht eine so stark institutionalisierte Trägerschaft, die sich auf die Hauptakteure in Bezug auf ein förmliches Verfahren konzentriert.

Dann wird der Begriff der Beteiligungsbereitschaft in besonderer Weise von mir hervorgehoben. Wir müssen es einfach so sehen, dass der AkEnd davon ausgegangen war, dass er einen Prozess installiert, institutionalisiert, an dessen Ende in zwei verschiedenen Phasen, nämlich bei der Frage, in welcher Standortregion übertägige Erkundungen stattfinden und an welcher Stelle untertägige Erkunden stattfinden, zweimal davon ausgegangen war, dass es notwendig wird, eine Beteiligungsbereitschaft festzustellen. Dazu sind als Formen beim AkEnd entweder eine Abstimmung oder eine Umfrage vorgesehen, jedenfalls eine Entscheidung in der Kommunkörperschaft, die dem Deutschen Bundestag zugeleitet würde.

Man hat sich - ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt - auch mit der Frage beschäftigt: Was passiert eigentlich, wenn die Beteiligungsbereitschaft nicht entwickelt werden kann, nicht entsteht? Das hat man dann, wenn man so will, als Ultima Ratio dem Bundestag in wenigen Sätzen vorgeschlagen und hat in dem ganzen Prozess die Überlegung der Beteiligungsbereitschaft deutlich vorangestellt. Ich glaube, dass das ein Kernpunkt sein wird - ich habe es ja

auch schon so eingeführt -: Gibt es Möglichkeiten, Mitwirkungen in Form von Mitentscheidungen einzuräumen? Ich zeige Ihnen anhand des Standortauswahlgesetzes einmal, wo wir deutliche Anleihen sehen und wo wir eher Distanzen zu dem, was der AkEnd-Prozess sieht, sehen.

Das Erste ist der Vorschlag, grundsätzlich davon auszugehen, dass es auch hier natürlich eine Phase I gibt, nämlich die Entwicklung hin zu dem Standortauswahlgesetz; wenn man das synonym nimmt. Allerdings müssen wir feststellen, dass wir, was die Öffentlichkeitsbeteiligung angeht, zwischen der Phase AkEnd 2002 bis hin zu den Wahlen in Baden-Württemberg 2011 und dann den intensiveren Aushandlungen, noch mal unter Einbeziehung der politischen Sachlage Niedersachsens, sage ich mal relativ neutral, in 2013, zu einem Standortauswahlgesetz gekommen sind, das von 2002 bis 2013 - - Das beansprucht jetzt keine Vollständigkeit, aber es ist insgesamt ein Diskussionsprozess, der sich stärker im politischen Raum bewegt hat, den Parteienkonsens herbeizuführen und einen Bund-/Länderkonsens herbeizuführen, als sich intensiv mit der Bevölkerung, mit der Öffentlichkeit zu beschäftigen, was sich dann ja teilweise in den aufgetretenen Widerständen deutlich widerspiegelt hat.

Was haben wir als Öffentlichkeitsbeteiligung in der Phase II nach dem Standortauswahlgesetz, wenn ich diese Phaseneinteilung so übernehmen darf? Wir haben auf jeden Fall die Kommission. Ich bin der Auffassung, die Kommission muss ein Selbstverständnis entwickeln, dass sie selbst Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung ist. Die Kommission in ihrer pluralen Zusammensetzung ist Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung (vgl. Seite 31). Ich habe es an anderer Stelle so ausgedrückt, dass sie sich dann auch so verstehen muss,

dass sie Öffentlichkeit repräsentiert, Öffentlichkeit herstellt und in die Öffentlichkeit zurückwirkt. Das soll aber in einer bestimmten Formulierung auch nicht nur den Bundestag von seiner Arbeit und von der Sinnhaftigkeit der Arbeit überzeugen, sondern auch die Öffentlichkeit. Ansonsten funktioniert es nicht. Das heißt, wir brauchen deshalb eine weite Ausstrahlung der Kommissionsarbeit - ich habe auch den Begriff der Vorbildfunktion verwendet - in die Konzeptionierung der Beteiligung, die die Kommission organisiert.

Dann ist es den Juristen jetzt erst mal als Aufgabe gestellt gewesen, ins Standortauswahlgesetz hineinzugucken, ob wir da schon Wesentliches finden. Da können wir zunächst feststellen, dass das Standortauswahlgesetz für die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung, die die Kommission durchzuführen hat, nur auf Grundsätze verweist. Damit könnte ich es dann bewenden lassen. Es ist dann aber doch ganz sinnvoll, noch einmal zu gucken, was denn damit gemeint sein könnte, wenn ich von Grundsätzen spreche. Ich habe das jetzt ein bisschen kritisch als „vage Zielvorstellungen“ formuliert, weil es quasi als Zielsetzung oder als Methode erst einmal drinsteht. Das ist schon wieder spannend: Was ist eigentlich Transparenz. Ist Transparenz ein Ziel oder eine Methode? Eigentlich ist es eher nur eine Methode; man muss ein Ziel damit verfolgen.

Ich würde mich dazu versteigen, zu sagen, man kann aus dem Standortauswahlgesetz für die Kommissionsarbeit aus einer bestimmten Zusammenschau von Vorschriften herauslesen, dass wir gehalten sind, ein Stellungnahmeverfahren durchzuführen. Das müsste sich die Kommission dann auch zu



Eigen machen, gewissermaßen als Minimalaufgabenstellung, die sich aus dem Standortauswahlgesetz ableitet.

Dann haben wir eine Formulierung innerhalb der Bürgerversammlung, welche Zielvorstellung verfolgt wird. Dazu heißt es wörtlich: „In der Niederschrift einer Bürgerversammlung soll festgestellt werden, ob Akzeptanz besteht.“ Das empfand ich auch als spröde Bürokratensprache. Ich stelle mir ein 150-seitiges Wortprotokoll vor, und dann steht am Schluss die Feststellung. Es besteht Akzeptanz, ja/nein. Das kann noch nicht das Ende des Diskutierens sein, wenn man sich vorstellt, dass das Standortauswahlgesetz schon auf mehrere Jahrzehnte Beteiligungsprozesse zurückgreift. Aber es zeigt uns: Wir haben drei Zielvorstellungen im Standortauswahlgesetz, an die wir anknüpfen können: Transparenz, Mitwirkung durch Stellungnahme als dialogorientierter Prozess und Akzeptanzfeststellung.

Verbindliche Vorgaben für die Formen von Öffentlichkeit von Kommissionsarbeit (vgl. Seite 32). Damit haben wir uns schon vielfach beschäftigt und sind dort neben technischen Schwierigkeiten eigentlich schon relativ weit. Was Unterrichtungspflicht heißt, müssen wir noch ausgestalten. Das Stellungnahmeverfahren habe ich bereits angesprochen.

Unklarer ist es, ob und inwieweit wir eine Bezugnahme finden, die Bürgerdialoge/Bürgerbüros auslöst. Juristisch gesprochen wohl nicht, weil die Ausgestaltung innerhalb des Paragraphen so ist, dass es eigentlich einen Regionalbezug erfordert. Aber ich möchte das Juristische hier nicht überstrapazieren, sondern Ihnen nur einen Hinweis darauf geben. Man hat uns durch die Verweisungstechnik

auf bestimmte Überlegungen, die für das spätere Standortauswahlverfahren gelten, geführt, aber man hat uns weder verpflichtet noch uns sehr Konkretes an die Hand gegeben.

Jetzt habe ich einiges von dem, was ich gesagt habe, schon in den laufenden Darstellungen verwendet und würde es aber noch einmal kurz zusammenfassend wiederholen (vgl. Seite 34).

Die Frage, die ich im Vergleich zwischen dem Standortauswahlgesetz und dem AkEnd sehe, ist ohne eine feste Reihenfolge oder Gewichtung - ob die Rückkehr der Trägerschaft zum Vorhabenträger und zur Kontrollbehörde sinnvoll ist. Wie sieht später mal die Einordnung des gesellschaftlichen Begleitgremiums aus? Wie wird der Übergang zwischen der Kommission und dem gesellschaftlichen Begleitgremium im Verhältnis zu der Verhandlungskommission organisiert? Das ist noch sehr unklar.

Dann die Fragestellung: Wie ordnen wir die Bürgerversammlungen ein? Ich habe an dieser Stelle eine Wertung eingeführt und gesagt, es scheint mir eher starke Anleihen beim klassischen Erörterungstermin zu nehmen, wie die Bürgerversammlungen momentan in § 10 organisiert sind. Das beginnt schon bei den Förmlichkeiten der Bekanntmachungen, was erst einmal kein Urteil erlaubt, aber zeigt, dass man sich sehr stark daran orientiert, bis hin dazu, dass in der Niederschrift festgestellt werden soll, ob Akzeptanz erreicht werden konnte, ja oder nein.

Interessant und etwas anders als beim klassischen Erörterungstermin ist die Vorgabe, dass die Bürgerversammlungen von den Beteiligten vor Ort gemeinsam gestaltet werden sollen und dass die Überlegungen, wie der

Rahmen gesteckt werden soll, etwas weiter sind.

Dann stellt sich die Frage: Steckt in dem Ausdruck „dialogorientiert“ bzw. „Weg vom Dialog“ eine Veränderung der Beteiligungsziele? Steckt in dem Wort „Akzeptanz“ etwas anderes als das Wort „Legitimität“? Das ist dann eine Fachdebatte, der ich jetzt nicht vorgreifen möchte.

Ich hatte schon angedeutet, dass ich in der Ausgestaltung der Arbeitsschritte im Standortauswahlverfahren im Vergleich zum AkEnd einen Verlust der Regionalebene sehe.

Das Folgende habe ich jetzt vielleicht noch nicht so deutlich dargestellt, weil es verwoben wird mit der Frage der planerischen Kriterien und dem starken Element der Regionalentwicklung im AkEnd. Es ist keine Beteiligungsform und auch kein Beteiligungsziel, sondern ein wichtiger - neutral formuliert - Beteiligungsbaustein innerhalb des AkEnds davon auszugehen, dass ich die Beteiligungsbereitschaft in den betreffenden Regionen erschließe, indem ich eine Regionalentwicklung ermögliche, die einen Ausgleich für die Belastung bildet, die mit der Standortauswahl, mit der Standortidentität verbunden ist. In diesem Element der Gestaltung der Regionalentwicklung steckt natürlich sehr viel an Mitwirkungsmöglichkeiten, bis hin zur Mitentscheidungsmöglichkeit.

Genauso, wie ich mit der Arbeitsgruppe 3 von unserer Seite aus gerne in die Diskussion eintreten möchte, dass man planungswissenschaftliche Kriterien, wie sie beim AkEnd genannt werden, also Überlegungen, bestimmten Naturschutzelemente, die ihre Verankerung stärker in der regionalen oder

auch in der Flächennutzungsplanung der Gemeinde haben, auch mit in die Diskussion einbeziehen kann. Sie müssen nicht bundesweit abschließend vorgegeben werden, sondern man könnte an Runde Tische zurückkehren und fragen: Wie wichtig ist euch denn beispielsweise Wald im Verhältnis zu anderen Gesichtspunkten? Soll man wirklich mit einem Standort, den man für Jahrtausende sucht, aus dem Wald herausrücken, um einige Bäume zu erhalten? Das ist jetzt die Überlegung, auch hier Mitgestaltungsbis hin zu Mitentscheidungsmöglichkeiten zu erschließen.

Dann haben wir als zentralen Punkt, den wir im Vergleich zum AkEnd für die Phase III diskutieren müssen, den Verzicht auf die Zielstellung Beteiligungsbereitschaft (vgl. Seite 35). Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass wir eine mehrfach gestufte Legalplanung haben. Das heißt, wir haben eine sehr starke Überantwortung des Prozesses an den Bundestag. Wir müssten uns auch mit der Frage des Rechtsschutzes beim Bundesverwaltungsgericht beschäftigen. Das sei an dieser Stelle nur angedeutet. Es gibt Überlegungen, den Rechtsschutz beim Bundesverwaltungsgericht auszubauen. Dafür spricht der Rechtsschutz. Was in unserer weiteren Diskussion aber kritisch angemerkt werden könnte, ist die Frage, wie weit denn ein Beteiligungsprozess derart viele Unterbrechungen erlaubt. Wenn sich ein Beteiligungsprozess immer nur auf einen Zwischenschritt orientiert - erstes Mal Bundestag, zweites Mal Bundestag, drittes Mal Bundesverwaltungsgericht, viertes Mal Bundesverwaltungsgericht, fünftes Mal Bundestag -, kommt da überhaupt Dynamik auf? Kommen wir überhaupt in einen Prozess mit den Menschen - wenngleich ich gerade von 20 Jahren spreche - oder führen nicht allein durch die Wahl solch intensive und markie-

rende Zwischenschritte hinzu, dass es immer nur ein Informieren in einer bestimmten Ebene ist. Das ist noch nicht einmal eine These, sondern nur ein Hinweis. Wir müssen das auf jeden Fall für die spätere Phase diskutieren.

Ich hatte darauf hingewiesen, dass ich denke, dass wir die Kommission davon überzeugen müssen und auch uns selbst davon überzeugen müssen, dass der Zeitablauf nicht ausreicht, um zu sagen, der AkEnd findet sein Ende und ist nicht wieder aufzugreifen. Ich habe Ihnen jetzt die Thesen für Loccum nicht dargestellt, weil ich sie erst gestern fertiggestellt habe. Aber es geht bruchlos ineinander über, weil in Loccum heute ein Teil von uns mit einer anderen Form von Öffentlichkeit darüber diskutieren wird: Wie sieht das aus? Eine der Thesen ist die, dass wir es wohl mit veränderten Rahmenbedingungen zu tun haben. Aber die veränderten Rahmenbedingungen müssen so genau identifiziert werden, dass die Abweichungen von dem, was der AkEnd uns vorschlägt, gerechtfertigt sein können.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ganz herzlichen Dank, Herr Gaßner, für die konzentrierte Einführung in diesen Punkt.

Damit kommen wir direkt zur Aussprache bzw. zu der Frage, in welcher Art und Weise wir das debattieren wollen. Reizvoll ist es, nach der Skizze der Inhalte des AkEnd zu Beteiligungsformen in die Schlusspassagen auf den Seiten 33, 34 und 35 einzugehen, wo Fragestellungen schon konzentriert benannt sind, wie wir uns nicht nur in der Adaption und Fortführung vom AkEnd verhalten, sondern was das für die Definition unseres Öffentlichkeitsauftrages, den wir nach dem StandAG jetzt definieren, bedeuten kann. Ich

glaube, dass die Debatte an dieser Stelle einsetzen sollte. Oder gibt es direkt sachorientiert einzelne Sachfragen vorab? - Das sehe ich nicht.

Dann wollen wir direkt in die letzten Seiten einsteigen. Gibt es dazu Stellungnahmen, Anfragen oder Fragen des Umgangs mit diesem Vorschlag? - Herr Becker.

**Thorben Becker:** Erst einmal vielen Dank für diese umfangreichen Ausarbeitungen, die es jetzt tatsächlich ermöglichen, an den AkEnd anknüpfend, in ein Arbeitsprogramm einzusteigen.

Eine für die Arbeit dieser Arbeitsgruppe und der Kommission insgesamt ist die ganz entscheidende Frage, wenn man erst einmal vom AkEnd ausgeht und nur mit guter Begründung davon abweicht, wie Sie gesagt haben: Wo befinden wir uns im Moment? Was heißt das, wenn man von den Phasen des AkEnd ausgeht? Das ist, glaube ich, eine relativ entscheidende Frage. Sie haben gesagt, am ehesten sind wir jetzt in der Phase II, Verfahrensfestlegung, die nach dem AkEnd ein klares Ziel hatte. Das Ziel - so hat es der AkEnd formuliert - muss ein breiter gesellschaftlicher Konsens sein. So viel kann man schon sagen: Diesen Konsens haben wir noch nicht. Im Moment sind wir auch vom Vorgehen oder von den Instrumenten her nicht unbedingt auf dem Weg in diese Richtung.

Wenn man dieses Ziel aber hat - das ist auch im Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages noch einmal dem Grundsatz nach bekräftigt worden -, dann muss man sagen, was das Verfahren der Standortsuche angeht, sind wir definitiv zu spät dran, wenn man so will. Das ist im Gesetz festgelegt, und es hat

Kommission

Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe

gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog,

Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

diesen Versuch, einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu finden, nicht gegeben. Da könnte die Aufgabe der Kommission sein - das haben wir als BUND in dem Vorschlag, der Ihnen zugegangen ist, auch skizziert -, den Versuch zu unternehmen, dies nachzuholen. In Bezug auf andere Bereiche, was das Lagerkonzept oder die Kriterien angeht, sind wir eigentlich mehr oder weniger in dieser Phase, wie es vom AkEnd vorgegeben wird. Es stellt sich allerdings die Frage, ob wir uns tatsächlich in der Lage sehen, das Ziel, diesen breiten gesellschaftlichen Konsens über das, was festgelegt wird oder was von der Kommission vorgeschlagen wird, zu erreichen und ob wir es uns zutrauen, das als Arbeitsauftrag herzustellen. Das ist, glaube ich, die spannende Frage.

Um es einmal zugespitzt zu sagen, gibt es letztendlich drei Möglichkeiten. Entweder sagt man, wir nehmen dieses Ziel nicht an, das der AkEnd formuliert hat, machen als Kommission Gesetzesänderungsvorschläge, Vorschläge zur Öffentlichkeitsbeteiligung, und dann geht das Verfahren wie im StandAG vorgesehen, weiter. Das wäre aus unserer Sicht sehr unbefriedigend.

Man könnte auch darüber nachdenken, dass es gerade bei den Themenbereichen Kriterien und Lagerkonzept, wenn man sich dabei an den AkEnd hält, einen Entwurf gibt - der käme jetzt aus der Kommission -, und danach würde es dann eine breite gesellschaftliche Debatte mit dem Ziel Konsens geben. Das heißt, es müsste dann eigentlich eine Zwischenphase zwischen Kommission und Umsetzung des Gesetzes geben. Ob das sinnvoll ist, sei einmal dahingestellt.

Aus unserer Sicht wäre es das Beste und Zielführendste, aber natürlich auch Anspruchsvollste für diese Arbeitsgruppe und

für die Kommission, wenn man sagt: Wir nehmen diesen Arbeitsauftrag an und versuchen, genau mit dem, wie wir Öffentlichkeitsbeteiligung organisieren, dieses Ziel zu erreichen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Frau Kotting-Uhl.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich Ihre Fragestellung, Herr Meister, erfülle, weil ich einige Dinge doch noch einmal kommentieren möchte.

Ich würde gerne mit der Akzeptanz beginnen. Ich glaube, dass es im Kern nicht verwerflich ist, immer im Kopf zu haben, dass man darauf schauen muss, ob am Ende eine Akzeptanz besteht oder nicht. Aber dieser Begriff Akzeptanz ist inzwischen schrecklich schlechtgeredet, weil man teilweise versucht hat, Akzeptanz zu erzwingen, Akzeptanz zu erkaufen usw. allerdings finde ich, dass man das trennen muss. Diese falschen Methoden, die es nach gewissen Erfahrungen gab, um zur Akzeptanz zu gelangen, muss man von dem trennen, was Akzeptanz dann letztendlich doch bedeutet. Ich finde, Akzeptanz an sich ist kein schlechter Begriff. Natürlich könnten wir uns bemühen und einen neuen Begriff suchen. Aber eigentlich finde ich diesen Begriff nicht schlecht. Ich meine, wir kommen gar nicht darum herum, den Versuch zu unternehmen, dass man sich im ganzen Verfahren, im Umgang, in allem, was wir hier entwickeln, daran orientiert, ob das in der Gesellschaft Akzeptanz findet.

Deswegen würde ich darum bitten, noch einmal darüber zu sprechen, wie wir damit umgehen wollen, also ob es notwendig ist, dieses Wort aus unserem Gebrauch zu streichen - auch im Sinne des Vertrauensaufbaus, weil das Wort inzwischen einen schlechten Beiklang hat -, oder ob wir uns trauen, es doch

zu benutzen und klarzustellen, dass man das von dem trennen muss, was damit zum Teil gemacht wurde.

Das Zweite ist die Frage: Was ist die Kommission? Herr Gaßner sagte: Sie ist Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung. Es war in diesem Prozess vor und nach der Wahl in Niedersachsen und nach den neuen positiven Bedingungen, die dann für die Beteiligung von Niedersachsen am Standortauswahlgesetz und am weiteren Verfahren gestellt wurden, in der Tat so, dass diese Kommission gewissermaßen auch ein Stück weit der Ersatz war für den nicht erfolgten breiten Dialog, dass man also gesagt hat: Wenn wir das jetzt schon nicht machen, dass wir ein paar Jahre in der Öffentlichkeit diskutieren, sollten wir wenigstens versuchen, die Zivilgesellschaft einzubinden und eine möglichst breit aufgestellte Kommission zu haben, die diesen Dialog dann führt. Insofern sind wir selbstverständlich ein Teil davon.

Dieser breite gesellschaftliche Konsens ist eine Sache, die sicherlich als - ich würde fast sagen - visionäres Ziel im Raum stehen muss. Aber wie soll man das erreichen bzw. wann wäre das erreicht? Was ist „breit“ in der Gesellschaft? Ich habe immer den Eindruck, dass wir uns sehr verkürzen in dem, was Gesellschaft ist, wenn wir über diese ganzen Problematiken reden, weil wir eigentlich nur die meinen, die sich schon immer damit befasst haben, und nicht die, die sich bisher nicht damit befasst haben. Das sind aber eigentlich genau die, die wir auch erreichen müssen. Das ist einer der Punkte, mit denen wir uns zweifellos befassen sollten.

Ich hatte auch einmal darum gebeten, dass wir als ein Lernfeld noch so etwas wie „Inte-

resse wecken“ - das ist jetzt kein guter Ausdruck - hinzufügen, weil ich es für ausgesprochen schwierig halte, Bevölkerungsgruppen, die sich für die Thematik nicht interessieren, die sich bisher nicht betroffen fühlen, dafür zu interessieren. Wie erreichen wir das? Ich glaube, dass am Ende ein breiter gesellschaftlicher Konsens nie wird bestehen können, weil die Gesellschaft viel zu groß ist, als dass wir uns je anmaßen könnten, zu sagen: Die haben wir jetzt alle erreicht und alle sind jetzt mit uns einverstanden. Aber man kann sagen: Gut, wenn nachher von denjenigen, die sich einmischen keiner widerspricht oder keiner sagt, das, was wir machen überhaupt nicht geht, dann kann man vielleicht davon reden.

Was die regionale Mitwirkung betrifft, finde ich, dass wir das, solange wir nicht im eigentlichen Verfahren sind und solange wir nicht durch einen ersten bzw. zweiten Schritt Regionen identifiziert haben, nicht einfordern können und auch nicht praktizieren können. Ich teile die Meinung vielleicht nicht mit allen, aber ich finde, dass wir, wenn wir das mit dem Neuanfang und mit der weißen Landkarte ernst nehmen, die, wie wir alle wissen, einen tiefgrauen Fleck hat, wenn wir also das Prinzip trotzdem im Grundsatz ernst nehmen, dann können wir nicht eine Vorauswahl eventuell analog alter Untersuchungen treffen. Dabei denke ich beispielsweise an BGR, Salzstudie usw., die Gorleben noch nicht einmal enthält. Anhand dieser alten Untersuchungen können wir nicht bestimmen, welche betroffen sein werden; denn an uns wird ja gerade die Anforderung gestellt, dass wir die Kriterien zwar nicht völlig neu erfinden, aber neu definieren, welches die Kriterien sind, dass wir also sehr kritisch von den Wissenschaftlern, die in der Kommission mitarbeiten, und auch von anderen prüfen lassen, ob das, was wir

bisher haben, richtig ist oder ob nachgearbeitet werden muss.

Ich füge hinzu: Die Studien, die uns bisher vorliegen und auf die sich BGR beruft, sind alle nicht gerade neu. Bis auf die Tonstudie sind sie älter als die Arbeit des AkEnd. Sie entsprechen nicht einmal unbedingt den AkEnd-Kriterien. Insofern ist wahrscheinlich eine ganze Menge an Nacharbeit und auch an Evaluierung nötig.

Umso mehr finde ich, dass wir jeden Eindruck vermeiden müssen - abgesehen von Gorleben natürlich; das ist klar, denn das ist der graue Fleck -, wir hätten schon irgendwelche Regionen im Fokus und andere wären sozusagen draußen. Deswegen kann es eine regionale Beteiligung auch so lange nicht geben, bis nicht anhand der Kriterien eine Erstauswahl getroffen wurde. Das macht es vielleicht ein bisschen schwierig. Auch da müssen wir überlegen, wie wir trotzdem Beteiligungen hinbekommen. Ich könnte mir vorstellen, dass man alle Landesministerien, also die Umweltministerien, bittet bzw. auffordert, dass sie doch auch mal Veranstaltungen oder wenigstens eine in ihrem Land durchführen, um solch einen Prozess überhaupt einmal zu initiieren. Darüber hinaus sollten die Vertreter der Kirchen und der Gewerkschaften auffordern, entsprechend ihren Möglichkeiten selbst Veranstaltungen auf die Tagesordnung zu setzen, sodass wir diesen Prozess von ganz vielen verschiedenen Stellen her in Gang setzen.

Ich stimme Herrn Becker und anderen in vollem Umfang zu: Wenn wir das nicht breiter debattieren, als wir es bisher tun, dann wird die Akzeptanz über den engen Kreis, den wir hier bilden, hinaus überhaupt nicht zu erreichen sein.

Dann noch ein Punkt, betreffend die Unterbrechung des Beteiligungsprozesses durch die Beschlüsse im Bundestag, indem ein Auswahlsschritt abgeschlossen wird, wie Herr Gaßner es angesprochen hat. Ich habe nicht nachvollziehen können, warum dann ein Beteiligungsprozess sozusagen gestört sein soll. Der wird vielleicht in den Regionen, die dann aus dem Suchverfahren herausfallen, nicht mehr so intensiv oder vielleicht auch gar nicht mehr stattfinden. Aber warum es jetzt in den Regionen, die weiterhin am Verfahren beteiligt sind, eine Unterbrechung geben soll, das hat sich mir jetzt nicht erschlossen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Zunächst möchte ich zwei Punkte aufgreifen, Frau Kotting-Uhl, die Sie auch angesprochen haben, und zwar zum einen das Thema Akzeptanz. Das scheint mir einer der zentralen Punkte zu sein, den wir uns auch hier in unserer Arbeitsgruppe vornehmen müssen. Herr Gaßner, Sie haben mehrfach erwähnt, wo es bei AkEnd vorgekommen ist. Es wird bei uns auch vorkommen. Wir müssen versuchen, zu definieren, was wir darunter verstehen. Daraus leiten sich viele Dinge ab: Ziele der Kommunikation, Ziele des Dialogs. Es scheint mir notwendig zu sein, das relativ früh zu definieren, denn wir alle verbinden wahrscheinlich unterschiedliche Vorstellungen mit diesem Begriff. Das ist ein ganz zentraler Punkt.

Herr Gaßner, Sie zitieren auf der Folie 12 AkEnd: „Basis für Dialog mit der Öffentlichkeit“, „Ziel ist nicht möglichst große Akzeptanz für eigene Vorschläge, sondern Verbesserung“. Das scheint mir nur scheinbar ein Widerspruch zu sein. Ich denke mal, wenn wir in unserer Arbeit bestimmte Ergebnisse

Arbeitsgruppe 1

erzielt haben - natürlich auch unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, Stichwort Input, den wir organisieren - sollte man durchaus auch dafür werben, erläutern und begründen, aber gleichzeitig offen sein für konstruktive Vorschläge und die Bereitschaft haben, sich zu bewegen, wenn das nachvollziehbar ist. Es scheint mir kein Widerspruch zu sein, sondern sehr wohl eine Grundausrichtung, dass man das eine tut, das andere aber nicht lässt. Ansonsten gewinnt das ein bisschen den Eindruck der Beliebigkeit. Wir generieren Zwischenergebnisse, wir stellen sie zur Disposition, und was dann dabei herauskommt, nehmen wir auf. So war es wahrscheinlich nicht gemeint. So viel zum Thema Akzeptanz.

Damit komme ich zu der regionalen Beteiligung. Frau Kotting-Uhl, ich sehe es genauso: Für die Phase unserer Arbeit in der Kommission halte ich es für sehr schwierig, die regionale Beteiligung zu organisieren; denn die Frage ist: Was sind zu beteiligende Regionen und was nicht? Diese Frage scheint mir nicht lösbar zu sein. Gemäß der Aufgabe, die uns der Gesetzgeber gegeben hat - ich unterstelle einmal, dass sie noch Bestand hat; solange wir nichts anderes haben, ist das für mich die Grundlage -, sollen wir nicht über Regionen sprechen. Wir sollen generisch allgemein geltende Entscheidungskriterien und Verfahren definieren, Öffentlichkeitsarbeit definieren, und das ist regionsunabhängig. Später im Verfahren gibt es dann Gebiete, Standorte, Regionen, sodass das natürlich eine ganz andere Dimension haben wird.

Das heißt, wenn wir in der Phase der Kommissionsarbeit über eine Einbeziehung der Regionen sprechen, wäre das nach meinem Verständnis die Frage: Wie breit und wie tief bezieht man die Bevölkerung sozusagen bun-

desweit ein? Das ist aber keine regionale Differenzierung, sondern eine Wirkung in der Breite, wo man sich dann natürlich auch die Frage stellen muss: Wie kann man interessieren? Wie kann man Leute dafür gewinnen, die sich bis dato nicht in an der Diskussion beteiligt haben und die sich nicht dafür interessiert haben?

Noch einmal, Herr Gaßner, herzlichen Dank dafür, dass Sie das so aufbereitet haben. Das ist sehr hilfreich und bringt uns mit Sicherheit schneller nach vorne.

In Bezug auf die Phasen sehe ich ein gewisses Problem, das in dem Beitrag von Herrn Becker schon ein wenig angeklungen ist. Wenn man versucht, die Phasen AkEnd mit den Phasen, die auf Folie 28 dargestellt sind, miteinander zu vergleichen, dann wird es sehr schwierig. Es stellt sich durchaus die Grundsatzfrage: Woran orientieren wir uns? Wenn ich da einfach mal in Vorleistung gehen darf, was die Position angeht: Ich meine durchaus, dass wir uns die Phasen - wenn wir über Phasen sprechen - nach der Folie 28 vornehmen sollten. Will heißen: Vorlauf und Verabschiedung des StandAG sind gelaufen. Die Arbeit der Kommission ist die Phase II, in der wir uns befinden. Die sollte natürlich möglichst viel von dem AkEnd mit abarbeiten, ohne zu versuchen, wieder in das alte Phasenkonzept verfallen. Das ist aus meiner Sicht nicht vereinbar mit dem Zeitablauf, den uns der Gesetzgeber vorgegeben hat. Das heißt, wir müssten jetzt in der Phase der Kommissionsarbeit versuchen, vieles von dem, was der AkEnd in seiner Phase II vorgesehen hat, für unsere Kommissionsarbeit - sprich, für die konzeptionelle Phase - an Bord zu holen, uns aber ansonsten streng in den Phasen bewegen, die Herr Gaßner auf Seite 28 dargelegt hat.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Kudla und dann Herr Gaßner.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Auch von mir noch einmal herzlichen Dank an Herrn Gaßner für die sehr gute Aufbereitung. Ich würde mir wünschen, dass in der Kommission die Tagesordnungspunkte dann auch so behandelt werden. Dann kommen wir sicher schneller voran.

Zu dem, was Herr Becker und Frau Kotting-Uhl gesagt haben: Es geht noch einmal um die Frage des breiten gesellschaftlichen Konsenses. Auch Herr Lammert hat in seiner Einführungsrede zu Beginn der Kommissionsarbeit zu diesem Punkt Stellung genommen und uns geraten bzw. seine Hoffnung ausgedrückt, dass durch die Arbeit und dadurch, wie wir die Arbeit machen, ein breiter gesellschaftlicher Konsens erreicht wird. Auch in verschiedenen Papieren der Umweltorganisationen wurde das immer wieder eingefordert.

Mir ist nach wie vor unklar, wie der breite gesellschaftliche Konsens gemessen wird. Wer legt fest: Jetzt ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens erreicht? Wenn wir diesen Begriff hier weiter verwenden, dann bin ich der Meinung, dass wir drei Fragen beantworten müssen. Diese Fragen müssen erst einmal konkret beantwortet werden. Sonst sollten wir diesen doch hochtrabenden Begriff nicht mehr verwenden.

Frage 1: Durch welche Maßnahmen wird der breite gesellschaftliche Konsens erreicht?

Frage 2: Wie wird ein breiter gesellschaftlicher Konsens gemessen?

Frage 3: Wer legt fest, wann der breite gesellschaftliche Konsens erreicht ist?

Das ist mir schon die ganzen letzten Jahre und nach wie vor unklar, wenn ich manches Papier mancher Organisation gelesen habe.

Damit hängt auch der Begriff der Akzeptanz zusammen. Da sind letztlich nämlich die gleichen Fragen zu beantworten: Durch welche Maßnahmen wird Akzeptanz erreicht? Wie wird Akzeptanz gemessen? Wer legt fest, wann die Akzeptanz erreicht ist? Auch da sollten wir uns, wenn wir diese Begriffe weiter verwenden, darauf einigen, wie diese Fragen beantwortet werden. Das war Punkt 1.

Punkt 2: Zu den regionalen Bezügen. Auch bin ich der Meinung, es ist nicht die Aufgabe der Kommission, irgendwelche Regionen festzulegen. Insofern schauen wir die weiße Landkarte an und brauchen auch in meinen Augen nicht unbedingt zu manchen betroffenen Regionen hinfahren. Wir haben jetzt Vertreter eingeladen. Wir sollten uns eher überlegen, ob wir fünf oder sechs Veranstaltungen, quer über Deutschland verteilt, machen, und zwar gleichmäßig verteilt, sodass jeder, der daran Interesse hat, maximal 200 km Anfahrtsweg hat. Was wir bei den Veranstaltungen dann machen, will ich jetzt nicht ausführen. Darauf komme ich nachher noch zu sprechen.

Punkt 3, der mich nach dem Vortrag von Herrn Gaßner und auch schon früher bewegt hat: In dem AkEnd-Bericht ist von Beteiligungsbereitschaft die Rede. Das ist dort ganz wichtig. Im Standortauswahlgesetz ist jetzt in der Form von Beteiligungsbereitschaft nicht die Rede. Ich gehe einmal davon aus, dass die Verfasser des Standortauswahlgesetzes den AkEnd-Bericht kannten. Mich würde interessieren, warum die politischen Akteure das aufgegeben haben. Sie müssen ja einen



gewissen Grund gehabt haben, beispielsweise dass sie nicht darauf vertrauten, dass es in Deutschland eine oder zwei Regionen gibt, bei denen Beteiligungsbereitschaft hergestellt werden kann. Mich würde das aber noch einmal von den politischen Akteuren her interessieren, warum man davon einfach abgewichen ist.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Gaßner.

**Hartmut Gaßner:** Ich würde gerne zu einigen Punkten noch einmal fachlich Stellung nehmen und Sie dann fragen, ob und inwieweit wir nicht nur eine ordentliche Vorbereitung haben, sondern in dem Sinne auch zu einer neuen Debattenkultur kommen, dass wir ein Stück weit abschieben. Ich habe durch die relativ umfassende Darstellung jetzt beispielsweise auch schon eine Diskussion bis hin zu der Frage: Stufenfolge von Bundestagsbeschlüssen und Bundesverwaltungsgericht eröffnet. Das würde ich gerne zurückziehen. Wir müssen jetzt erst einmal sehen, ob wir uns darauf verständigen, dass das weitere Einkreisen der Themenfeldzielstellungen uns weiterführt. Ich werbe dafür, weil die Beiträge, die sich auf die Frage gesellschaftlicher Konsens und woran man das misst, deshalb im Zentrum stehen, weil ich, je nachdem was ich in den Fokus nehme, dann daraus wiederum ableite, was ich unternehme.

Ich würde jetzt einmal folgende These verwenden wollen: Wenn die Kommission mit ihrer Arbeit gesellschaftlichen Konsens und Akzeptanz erzielen möchte, was muss die Kommission dann tun? Wenn ich dann als nächste Abstraktionsstufe formuliere: Ich habe die Vorstellung - das ist jetzt aber noch vorsichtig formuliert -, dass ich Konsens und Akzeptanz nur bekomme, wenn ich Mitwirkung habe? Dann würden alle nicken. Aber

brauche ich auch Mitentscheidung? Wenn ich dann diskutiere, ob die Kommission für ihre Arbeiten Mitentscheidung einräumen kann, dann müsste ich fragen: Wie muss ein Prozess organisiert sein, dass ich Mitentscheidung einräume?

Würde ich jetzt sagen - das ist jetzt nicht negativ gemeint -, ich zielen auf Mitwirkung ab, dann wäre dieses von mir Stellungnahmeverfahren genannte Verfahren aus dem Standortauswahlgesetz durchaus ein ganz wichtiges Instrument. Dann würde ich sagen: Ich bleibe auf der nationalen Ebene, und ich versuche, die nationale Ebene so auszuloten, dass ich dann über einen internetorganisierten oder in anderer Weise organisierten Stellungnahmeprozess nach, sagen wir einmal, anderthalb Jahren - ich gehe davon aus, dass unsere Amtszeit ein bisschen verlängert wird - ein Vierteljahr darauf verwende, das, was das Gesetz uns vorgibt, umzusetzen. Die Kommission hat zwei Aufgabenstellungen. Das eine ist die Evaluierung des Standortauswahlgesetzes und das Zweite ist - ich formuliere es jetzt einmal etwas militärisch - überhaupt scharf zu schalten. Ohne die Entscheidungsgrundlagen und ohne die Kriterien kann das Standortauswahlgesetz gar nicht ablaufen. Deshalb zerfällt der Auftrag in zwei Teile.

Jetzt könnte ich mir durchaus Folgendes vorstellen: Ich habe einen Bericht, gegliedert in A und B. In A ist die Evaluierung und in B sind die Kriterien und Entscheidungsgrundlagen. Diesen Bericht stelle ich jetzt zur Diskussion. Dann habe ich das klassische Element der Beteiligung. Ich habe dann vielleicht 90 Angaben, 150 Individuen und 50 Verbände, die sich daran beteiligen, und dann wäre es schon eine Herausforderung, das zu verarbeiten.

Das könnte ich aber - krass gesprochen - auch machen, ohne überhaupt mit der Öffentlichkeit im Weiteren zu reden. Das sind jetzt die nächsten anderthalb Jahre.

Wenn ich jetzt wiederum sage, ich möchte aber Mitentscheidungsmöglichkeiten einräumen, brauche ich natürlich ein Medium, über die Mitentscheidung erfolgt. Ich habe dieses Element noch nicht. Ich weiß nur: Bei allem, was wir gegen die Überlegungen, die Mitwirkung zu intensivieren bzw. die Mitentscheidung zu institutionalisieren, anführen, kann es immer auch passieren, dass es dann im Rahmen des Standortauswahlgesetzes vergleichbare Argumentationen gibt, insbesondere auch Zeitdruck und Aufwand.

Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob und wie weit man auf die Regionen zugeht, keinesfalls die Fragestellung, die weiße Landkarte in Frage zu stellen. Daran war überhaupt nicht gedacht, sondern die Frage ist: Reicht es, wenn wir in Berlin bleiben, oder wie strahlen wir in die Regionen aus? Dazu haben Sie jetzt ein Element genannt, das ich sehr wichtig finde: Das sind Fachveranstaltungen. Der Bundesgesetzgeber hat Mittel dafür zur Verfügung gestellt hat, dass jährlich eine Fachveranstaltung stattfindet.

Wenn wir dazu kämen, dass wir das Element des Mitentscheidens aufgeben -oder entsprechend Ihrer Frage - dann für den nächsten Prozess aufgeben - - Ich will diese Frage nicht vertiefen, weil wir eine Beteiligungsbereitschaft jetzt auf unserer Ebene wirklich nicht ausloben können. Es gibt keine Möglichkeit, eine Beteiligungsbereitschaft auf der Ebene der Kommissionsarbeit zu machen.

Wir haben jetzt eigentlich aus dem von mir etwas subjektiv Gefilterten drei Diskussionsgegenstände. Das eine, wofür ich werbe, ist

die Diskussion um die Ziele mit den Begrifflichkeiten „Information, Mitwirkung, Mitentscheidung“ und dann die Diskussion darüber, wie ich diese Ziele verfolge. Wenn ich auf der Ebene der Mitwirkung bliebe, muss ich überlegen: Welches sind die Mitwirkungsmöglichkeiten, können wir sie in der zur Verfügung stehenden Zeit erschließen? Da ist dann die Auseinandersetzung auch mit dem Vorschlag von Herrn Becker und Herrn Brunsmeier: Können wir so nah an dem AkEnd-Prozess bleiben, auch mit den Regionalforen usw., oder bleiben wir auf der nationalen Ebene? Mitwirkung kann eben ganz unterschiedlich sein. Darum ist es so wichtig, dass wir uns darüber verständigen: Wollen wir eine gute Ausgestaltung von Mitwirkung, oder gibt es sogar eine Richtung der Mitentscheidung? Es ist sehr wichtig, dass wir uns auf einen Prozess verständigen. Wenn wir es nicht finden, dann muss es gut begründet sein, wenn wir es dann plötzlich für den Standortauswahlprozess wiederum aufleben lassen würden. Das ist nicht logisch. Man kann das an der einen Stelle machen, an der anderen sein lassen, aber es muss schon begründet sein.

Auf einer Ebene haben wir auf jeden Fall Konsens und Akzeptanz: Wenn die Kommission einvernehmlich entscheidet, hat das durchaus eine ganz wichtige Ausstrahlung. Aber die Frage ist, ob wir mit unserem Kommissionsbericht auf Konsens und Akzeptanz stoßen. Wenn wir uns Konsens und Akzeptanz zum Ziel machen, dann müssen wir das Ziel so verfolgen, dass unser Bericht Akzeptanz und Konsens findet, und da reicht es wahrscheinlich nicht aus, wenn wir, wie ich es formuliert habe, nur den Bundestag überzeugen, sondern wir müssen irgendwie an die Öffentlichkeit heran, und welche Öffentlichkeit ist das dann?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Becker.

**Thorben Becker:** Ich glaube, das ist genau die Diskussion, die wir führen müssen. Es wird wenig überraschend sein, dass wir vom BUND tatsächlich ein großes Plädoyer dafür einbringen, auf eine echte Mitentscheidung zu setzen.

Ich würde gerne auf zwei Punkte der Debatte eingehen.

Zum einen betrifft es das, was Herr Kudla sagte, letztendlich mit der Tendenz: Wir müssen uns von dem Begriff „breiter gesellschaftlicher Konsens“ lösen. Dieser Begriff kommt nicht von den Umweltverbänden. Er steht im Abschlussbericht des AkEnd, und zwar nicht als Ziel - das ist auch wichtig -, sondern als notwendiges Ergebnis der Phase II. Das heißt, es ist nicht nur das Ziel, sondern es muss am Ende stehen. Jetzt kann man immer noch sagen, ein Ziel muss man nicht unbedingt erreichen. Egal.

Die Schwierigkeiten, die Sie aufzeigen, bestehen in der Tat. Aber die wirklich entscheidende Frage ist: Führt das dazu, dass wir uns von diesem Begriff, von diesem Ziel oder von diesem notwendigen Ergebnis lösen, oder müssen wir an diesen Schwierigkeiten arbeiten?

(Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das ist das Gleiche!)

ENTRIA hat es in seinem Memorandum etwas einfacher gefasst. Darin steht, Ziel muss sein, „die Entwicklung und Festlegung eines für alle Beteiligten als fair zu akzeptierenden Verfahrens“. Vielleicht geht das in eine Richtung, wie es leichter zu fassen ist.

Aber wenn man in solch eine Richtung geht - damit bin ich dann bei dem zweiten Punkt -: Geht man die Regionen? Traut man sich das als Kommission? Ich glaube, wir müssen das unbedingt machen. Ich sehe keine Alternativen dazu. Natürlich darf es keine Einschränkungen auf bestimmte Regionen geben. Wenn ich eine Debatte führe, dann muss das offen für alle sein; das ist völlig klar. Das muss die Zielsetzung sein. Ich darf nicht BGR-Studien aus den 90er-Jahren als einheitliches Ergebnis der Kommission darstellen. Aber ich glaube, das muss man auch nicht. Man muss jedoch in die Regionen gehen, um tatsächlich dieses Ziel zu erreichen, bei allen, die zumindest das Gefühl haben, dass sie potenziell betroffen sein können - potenzielle Beteiligte -, messen können, ob solch ein Verfahren, das wir aufsetzen, als fair zu betrachten ist.

Dabei macht es einen enormen Unterschied, ob ich nach München gehe, wo vielleicht niemand damit rechnet, dass in der Nähe irgendetwas passiert oder ob ich nach Ulm gehe, wo die Bevölkerung natürlich weiß, dass dort eine relativ mächtige Tonschicht vorhanden ist, und die sich auch jetzt mit dem Thema befasst. Natürlich ist die sensibilisiert. Wenn es gelingt, solche Regionen davon zu überzeugen, dass das, was hier passiert, ein faires Verfahren ist und dass sie sich auf ein faires Standortauswahlverfahren einlassen, dann sind wir, glaube ich, einen gewaltigen Schritt weiter.

Ich kann für den BUND zusichern, dass wir solch ein Verfahren, in die Regionen zu gehen, unterstützen und es auch klar kommunikativ von unserer Seite absichern, dass das jetzt nicht bedeutet, dass sind die Regionen, auf die es dann nachher zuläuft, sondern wir brauchen die Regionen, um dieses Verfahren auf eine anderen Stufe zu stellen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Miersch und dann Herr Jäger.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich glaube, wir brauchen die Runde jetzt so ausführlich, denn es geht um die Grundfrage: Wie machen wir eigentlich weiter, und zwar auch in dieser Arbeitsgruppe? Ich stelle mir jetzt diese Frage.

Ich stimme Thorben Becker zu, wenn er sagt, wir müssen in die Regionen. Aber bitte abstrakt und nicht ganz gezielt die üblichen Verdächtigen. Ich sage aber auch: Stefan Wenzel hat im Moment in Niedersachsen einen breiten Dialogprozess angefangen. Was ich von den Beteiligungen höre, ist: Die, dorthin gehen, kennt man. Ich gehe auch davon aus, dass Thorben Becker bestimmt schon einige nennen könnte, die in Ulm hingehen würden.

Ich finde, ein bisschen Realismus gehört auch dazu. Ob wir jetzt dazu beitragen, dass in München plötzlich tausend Leute kommen - diese Illusion habe ich nicht. Nichtsdestotrotz brauchen wir die regionale Vertretung. Ich halte zum Beispiel den Gedanken, dass diese Veranstaltungen in bestimmten Radien erreichbar sein müssen, für ein entscheidendes Kriterium.

Das Entscheidende ist nach meiner Auffassung die erste Frage - insofern stimme ich Herrn Gaßner zu -: Welches Ziel wollen wir als Kommission haben? Aber auch: Welches Ziel soll nach dem Standortauswahlgesetz verfolgt werden? Das ist möglicherweise zu trennen, denn wir werden in der Kommissionsarbeit nichts vorwegnehmen können. Wir werden nicht wissen können: Wie läuft dieses Standortauswahlverfahren im Einzel-

nen? Wir können Eckpunkte empfehlen. Deswegen scheint mir die Zielbestimmung die erste wichtige Frage zu sein.

Die zweite Frage lautet: Was hat das, was Herr Gaßner ausgeführt hat, für die Kommissionsarbeit zur Folge? Da bin ich noch einmal eher bei dem, was er davor schriftlich dargelegt hat. Sie haben einen Instrumentenmix beschrieben. Ich glaube, diesen Instrumentenmix müssen wir in dieser Runde diskutieren und müssen auch fragen: Was heißt das denn zum Beispiel für die Arbeitsgruppe „Evaluierung“? Was schlagen wir der denn vor? Denn wenn es um die Frage Öffentlichkeitsbeteiligung geht, müssen wir meiner Meinung nach allen Kommissionsmitgliedern Überlegungen vorschlagen, wie wir Öffentlichkeitsbeteiligung und Einflussnahme sicherstellen wollen. Das ist etwas, was jetzt am Anfang dieser Arbeitsgruppe stehen muss, denn jetzt können wir noch Einfluss auf die Arbeitsgruppen, die parallel zu uns tagen, nehmen. Deswegen ist das für mich jetzt etwas, wo ich sage: Darauf muss die Arbeitsgruppe einen ganz großen Schwerpunkt noch in diesem Jahr legen, also auf die Formen von Beteiligung, und zwar geht es dabei nicht nur um das Internet, sondern da müssen wir viel breiter rangehen.

Damit komme ich zum zweiten Strang, für den bereits gute Vorarbeit geleistet worden ist. Wir haben, was das Standortauswahlverfahren als solches angeht, also das, was nach meiner Auffassung Gegenstand des Abschlussberichts ist, drei Ebenen oder drei Alternativen. Wir haben einmal den Gedanken von AkEnd, vor allen Dingen Phase III. Wir haben das, was Herr Gaßner als Unterschiede heute aufgezeigt hat - das Standortauswahlgesetz-, und wir haben möglicherweise eine dritte Spalte, die ich mir auch von der Kom-

missionsarbeit erhoffe, wo wir möglicherweise Anregungen bekommen, die noch gar nicht in Standortauswahlgesetz und AkEnd vorgesehen sind. Es wäre für mich die zweite Phase unserer Kommissionsarbeit, sich mit diesen drei Möglichkeiten zu beschäftigen.

Für die weitere Arbeitsgruppenberatung würde ich mir jedenfalls wünschen, dass wir als Erstes noch einmal wirklich in uns gehen und uns fragen: Wie machen wir Öffentlichkeitsbeteiligung, Öffentlichkeitsgestaltung, möglicherweise Mitentscheid? Denn eines können wir nicht sagen - wir müssen uns ja an das Gesetz halten -: Die Kommission entscheidet am Ende über ihre Empfehlungen und kein anderer. Wir können sagen, wir legen der Öffentlichkeit noch einmal etwas vor, und bevor wir den Abschlussbericht machen, können alle im Internet darüber abstimmen oder so ähnlich, aber am Ende steht diese Kommission. Das sagt das Gesetz. Wir können nicht sagen, wir stellen unseren Abschlussbericht zur freien Verfügung für die Bevölkerung. Letztlich ist das Gesetz an dieser Stelle eindeutig.

Das heißt, ich würde in der weiteren Arbeitsgruppenarbeit gerne trennen wollen, was die Kommissionsarbeit als solche angeht und dann die Öffentlichkeitsbeteiligung bzw. Einflussnahmemöglichkeiten im weiteren Verfahren, wenn wir den Abschlussbericht abgegeben haben.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Jäger.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Wir haben uns nicht abgesprochen, Herr Miersch, aber ich kann meinen Dominostein direkt anlegen. Das wäre auch der Kern meiner hoffentlich kurzen Ausführungen.

Ich würde sehr dafür plädieren, wenn wir jetzt in die Gestaltung unserer Arbeit eintreten, dass wir zwischen der Kommissionsarbeit und der Öffentlichkeitsarbeit dort differenzieren, die mit extremem Zeitdruck erledigt werden muss. Sonst hinken wir hinter unserem Anspruch zurück. Der zweite Teil ist das Verfahren mit Input aus AkEnd, mit Input aus internationalen Anhörungen und darüber hinaus natürlich im Gesetz sehr viel Konkretes, was schon vorgelegt ist.

Zum ersten Teil scheint mir sehr wichtig zu sein - an dieser Stelle würde ich gerne noch einmal den Punkt von Herrn Kudla aufgreifen -, dass wir versuchen, Begriffe zu definieren und möglichst auch begreifbar zu machen, wie Entscheidungen gefällt werden. Was heißt Akzeptanz? Was heißt breiter gesellschaftlicher Konsens? Was muss man tun, damit man sozusagen die Grundvoraussetzungen schafft? Man muss wahrscheinlich jedem die Gelegenheit geben, zumindest Informationen zu erhalten. Ansonsten kann man hinterher, wenn er sich nicht regt, nicht von Akzeptanz ausgehen.

Akzeptanz, gesellschaftlicher Konsens müssen wir also definieren. Wir müssen auch versuchen, zu definieren, wie wir das messen, und müssen auch versuchen festzulegen: Wer hält denn fest, dass das Ziel erreicht ist? Wer entscheidet das?

Das gilt insbesondere auch für unsere Arbeit während der Kommissionsarbeit. Wenn wir das definiert haben, leiten sich daraus Schritte für uns ab: Der Internetauftritt und die Diskussion, die wir in der Fläche führen, werden sich daran orientieren müssen, was wir als Ziel „Akzeptanz erreichen“, „breiten gesellschaftlichen Konsens erreichen“ sehen. Daran müssen wir unsere Schritte jetzt in der Kommissionsarbeit schon orientieren.

Ich würde anregen, in diesem Zusammenhang vielleicht den Begriff „Regionen“ einmal zur Disposition zu stellen. Der ist beladen. Region wird immer mit potenziellem Standort verbunden, und dann kommen all diese Diskussionen, die wir haben. Vielleicht fällt uns ein anderer Begriff ein. Wir gehen in die Fläche. Wir haben schon ein sehr gutes Kriterium beispielsweise von Herrn Professor Kudla eben gehört, dass diese scheinbare Analogie zu den potenziellen Standorten wegfällt. Das wäre für die erste Phase wichtig.

Eine letzte Anmerkung zum Thema Mitentscheidung. Herr Miersch, ich sehe es ähnlich wie Sie - ich hoffe, ich habe Sie nicht missverstanden -, dass sich diese Frage im zweiten Arbeitsblock stellt. Die Frage: ob Öffentlichkeit mitentscheiden soll, stellt sich im Verfahren nicht jetzt in der Kommission. Dennoch muss sie gestellt werden, denn wir werden in dem zweiten Teil bei dem Verfahren die Öffentlichkeitsbeteiligung adressieren müssen. Dabei spielt eben ganz entscheidend eine Rolle: Was ist das Ziel dieser mehrfach eingebauten Stufen der Öffentlichkeitsbeteiligung? Ist das Mitentscheiden oder ist es Beteiligung im klassischen Sinne bzw. im erweiterten klassischen Sinne?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Ott.

**Erhard Ott:** Als wir vorhin die Frage der Gäste diskutiert haben, habe ich unter anderem gefragt: Wie erreichen wir einen breiteren gesellschaftlichen Konsens oder eine Beteiligung über die jetzigen Initiativen und Standortregionen hinaus? Das ist genau der Punkt, den wir jetzt auch diskutieren. Nicht, dass der Eindruck erweckt wird, dass damit bestimmte Regionen schon einmal abgesteckt sind, die als potenzielle Standortregionen in der Zukunft in Frage kommen, und danach

werden die Kriterien entwickelt. Das kann es in der Tat, glaube ich, nicht sein.

Deswegen ist für mich wichtig, dass wir - ich nehme einmal den Begriff, den Herr Jäger verwendet hat, auf - in die Fläche gehen mit regionalen Veranstaltungen, wo wir auch gleichzeitig das Interesse an der Diskussion um die Kriterien für die Standortsuche und das Verfahren dazu dann in der Folge wecken.

Einen Begriff müssen wir, glaube ich, aber auch klären. Wir müssen neben dem breiten gesellschaftlichen Konsens auch die Frage beantworten: Was heißt eigentlich Mitentscheidung, und zu welchem Zeitpunkt? In der Arbeit der Kommission geht es doch darum, dass wir einen breiten Dialog organisieren, wo alle möglichen Positionen von Interessierten eingebracht werden. Am Ende wird die Kommission daraus ihren Endbericht formulieren und verabschieden und dann in die weitere politische Diskussion der politischen Entscheidungsträger einbringen.

Die breite Mitentscheidung ist dann doch im nächsten Schritt, wenn es um die konkrete Standortauswahldebatte geht, das Identifizieren von Regionen, die als geeignete Standorte in Frage kommen. Da ist eine breite Mitentscheidung der betroffenen Bevölkerung natürlich einer der Punkte, der zu berücksichtigen ist.

Herr Gaßner, mir war nicht klar, in welcher Phase Sie das Thema Mitentscheidung diskutiert haben wollen, also in der zweiten Phase nach der Arbeit der Kommission oder - unabhängig von der Frage der Beteiligung und der Aufnahme von Vorschlägen und Anregungen - bereits bei der Frage des Berichts dieser Kommission.

**Hartmut Gaßner:** Gestatten Sie mir als Zwischenruf einen Versuch der Strukturierung der Diskussion. Ich versuche momentan ausschließlich, das Beteiligungskonzept für die Kommission zu diskutieren. Es hat eine Ausstrahlung, indem die Beteiligungsbereitschaft beim AkEnd für die Phase III vorhanden ist und im Standortauswahlgesetz nicht vorhanden ist, dass wir zunächst das, was Sie als halbe These jetzt in den Raum gestellt haben - später müssen die mitentscheiden können -, im Standortauswahlgesetz momentan nicht finden.

Der nächste Schritt wäre, wenn wir antizipieren, dass wir in ein paar Sitzungen zu dem Punkt für das Standortauswahlverfahren kommen, schlage ich vor, jetzt schon einmal darüber zu diskutieren, ob das auch für die Kommissionsarbeit gilt, und es gegebenenfalls einzubeziehen oder Abstand davon zu nehmen. Wenn wir es einbeziehen würden und sagen, ein Beteiligungsprozess muss notwendig auf eine Mitentscheidung hinauslaufen, müssten wir größte Anstrengungen unternehmen, um das für uns zu verwirklichen. Aber es könnte natürlich eine Arbeitsthese sein: Es reicht nicht nur ein Einvernehmen in der Kommission, sondern wir brauchen auch eine Rückkopplung. Wie sieht die Rückkopplung aus? Ich würde einmal vorschlagen, Veranstaltungen in Landeshauptstädten, damit wir von diesem Regionenbezug wegkommen. Es meint nämlich keiner, dass wir in Standortregionen gehen. Wir gehen also in Landeshauptstädte, und was machen wir dort? Würden wir dort informieren? Das ist das Alltagsgeschäft; das kann man gut und schlecht machen. Wir würden es gut machen. Würden wir in der Niederschrift dann festhalten, ob wir Akzeptanz erreicht haben? So schreibt es das Standortauswahlgesetz vor. Und in welcher Phase stellen wir was vor? Wie weit sind wir denn im

März, im April, im Juni, im Juli, oder kommen wir überhaupt erst in die Pötte, wenn der Bericht vorliegt?

Ich würde das durchaus diskutieren wollen, aber Sie merken, ich habe noch keine abschließende Antwort. Warum sollte man nicht darauf abzielen und sagen: Wir gestalten jede Landeshauptstadt-Veranstaltung so, dass am Schluss eine Abstimmung stattfindet? Das wäre eine Herausforderung. Das kenne ich von den wenigsten Beteiligungen. Ich weiß auch noch nicht, ob es ein goldener Vorschlag ist. Aber es wäre natürlich dann eine Situation, dass wir sagen können: Wir waren mit unserem Bericht in sechs Landeshauptstädten und haben sechsmal keine Zustimmung erfahren. Wir können es dann eigentlich nicht guten Herzens dem Bundestag vorschlagen, dass sie den Bericht, den wir zur Abstimmung gestellt haben, als überzeugende Arbeit der Kommission annimmt, obwohl wir es nicht geschafft haben, dafür Akzeptanz zu finden.

Wenn wir als Ziel formulieren würden, wir wollen einen Abstimmungserfolg in den Landeshauptstädten, werden wir nicht 14 Monate lang dort nie aufkreuzen, sondern müssten dann eine Struktur an den Tag legen, dass wir wirklich dafür werben. Also würden wir was tun? Wir würden versuchen, Beteiligungsbereitschaft zu schaffen. Dann müsste ich natürlich etwas anderes tun, als hier nur den Fernseher anzuschalten.

Damit bin ich auch bei dem großen Zweifel, was wir schaffen können, schon alleine unter dem Aspekt der ehrenamtlichen Tätigkeit usw. Zu der heutigen Veranstaltung in Locom habe ich auch gesagt, das ist eine Jahrhundertaufgabe. Ob die daran scheitern

kann, ob wir jetzt gerade genügend Zeit haben oder nicht, ist natürlich auch wieder sperrig, wenn ich es so ausspreche und rhetorisch so zuspitze.

Der AkEnd hatte übrigens für seine Phase II nur zwei Jahre vorgesehen. Das sind die gleichen zwei Jahre, die wir auch haben. Vielleicht hat sich der AkEnd da in seiner Gedankenführung auch überhoben, und wir müssen zurückkommen.

Es spricht natürlich einiges dafür, zu sagen: Mitentscheidung, das geht nicht. Dann haben wir es viel einfacher. Dann machen wir ein paar gute Veranstaltungen und einen guten Internetauftritt, und im Übrigen versuchen wir, das Schwierige zu schaffen, nämlich hier Konsens herzustellen. Oder wollen wir mehr? Ich sehe einfach, dass wir die anderen Phasen entlasten, wenn wir für uns erst einmal sagen: Die anderen sollen dann schon, aber wir selber halten uns erst einmal vornehm zurück. Wir können uns für uns nicht vorstellen, dass wir zu einer Mitentscheidungssituation kommen. Ich habe noch nicht gesagt, ob eine Abstimmung das richtige Instrument ist. Ich denke, es wäre einfach in dem Sinne zu verstehen, dass es dazu dient, die Phantasie anzuregen, und noch nicht, abschließende Vorschläge zu machen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Kudla.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Jetzt sind von Ihnen eine ganze Reihe von Punkten angesprochen worden. Ich möchte noch einmal auf Ihren Ausgangspunkt zurückkommen. Sie wollten die Ziele diskutieren, Ziele jetzt im Rahmen der Kommissionsarbeit. Es ging um Mitwirkung und Mitentscheidung. Darauf hatten Herr Miersch und Herr Professor Jäger geantwortet. Ich sehe das ähnlich wie

die beiden. Wir müssen hinsichtlich der Mitwirkung alles tun und alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit die Bevölkerung tatsächlich mitwirken kann. Ich meine, da sind wir jetzt auch schon etwas auf dem Wege dahin; das kann man schon sagen.

Eine Mitentscheidung sehe ich eigentlich auch nicht; denn das Gesetz gibt vor, dass die Kommission bzw. nur die halbe Kommission über den Bericht abstimmen soll, und so ist es. Ich wüsste jetzt auch nicht auf die Schnelle, wie eine Organisation oder eine Person plötzlich zur Mitentscheidung legitimiert werden sollte. Ich weiß es nicht. Für unsere Kommissionsarbeit sehe ich es eigentlich so, dass wir entscheiden müssen, dass wir allerdings die Bevölkerung in jeder möglichen Form einbeziehen sollten.

**Hartmut Gaßner:** Nur ein Zwischenruf. Ich habe es nur verkürzt dargestellt: Die Abstimmungen innerhalb des AkEnd in den Bürgerforen sind dann den Gemeinderäten zur Kenntnis vorgelegt worden, und die Gemeinderäte haben dann wiederum im Lichte dieser Abstimmungen Entscheidungen vorbereitet, die dann dem Bundestag zugeleitet wurden. Ein Mitentscheiden auf der Ebene des AkEnd war also auch kein endgültiges Entscheiden, sondern es waren Abstimmungen bzw. Umfragen, die dann dem Gemeinderat zugeleitet wurden. Der Gemeinderat sollte sie dann wieder verarbeiten. Keiner war wiederum an den Gemeinderatsbeschluss gebunden. Das habe ich vielleicht zu kurz dargestellt. Von daher ist „ein qualifiziertes Meinungsbild herstellen“ eigentlich der bessere Begriff.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Ich bin auch dafür, ein qualifiziertes Meinungsbild in den Regionen herzustellen.



**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Insofern war der Zwischenruf jetzt zielführend, weil ein qualifiziertes Meinungsbild natürlich etwas völlig anderes ist als eine Entscheidung.

Ich hatte bei der Frage der Mitentscheidung für mich auch die beiden großen Fragezeichen: Wer und wann? Trotzdem will ich dazu noch etwas sagen. Ich meine, in dem Verfahrensprozess und vor allem gegen Ende muss eine Form der Mitentscheidung gefunden werden. Ich bin inzwischen auch der Meinung, dass man am Ende nicht ohne ein Vetorecht auskommen wird. Wir sind nicht mehr in Zeiten, in denen man von der Politik per Entscheidung, per Dekret etwas gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchziehen kann. Das wird nicht funktionieren. Deswegen bin ich inzwischen der Meinung, dass wir uns darauf zubewegen müssen und schauen müssen, wie man so etwas macht, natürlich auch, was passiert, wenn die Nein sagen. Wie geht es dann weiter? Das ist alles nicht einfach.

Ich komme noch einmal auf Ihre Frage zurück, denn ich meine, dass ich die jetzt beantworten muss. Sie fragten, warum diejenigen, die an dem Gesetz gearbeitet haben, die Beteiligungsbereitschaft nicht aufgenommen haben. Jetzt weiß ich es nicht für jeden, weil es in der Phase, in der ich mitdebattiert habe, gar nicht mehr zur Debatte stand. Für mich war es aber auch kein Weg.

Ich will einmal zitieren, was der AkEnd dazu sagt. Er sieht in Schritt 3 eine Abfrage der Beteiligungsbereitschaft zur übertägigen und dann in Schritt 4 zur untertägigen Erkundung vor und führt dann aus, dass Standortregionen, bei denen keine mehrheitliche Beteiligungsbereitschaft besteht, im Auswahlverfahren zurückgestellt werden. Das fand ich angesichts der Leitlinie, die wir

dem neuen Verfahren geben wollen - an der Sicherheit orientiert den bestgeeigneten, den im Vergleich sichersten Standort zu finden -, nicht in Ordnung.

Ich bin mir da inzwischen aber, wie gesagt, nicht mehr so sicher. Es ist bei mir jetzt schon ein Ergebnis des bisherigen Prozesses, dass Dinge, die für mich sehr klar feststanden, nicht mehr so klar sind, weil ich einfach sehe, dass es eine andere Sicht der Dinge gibt und dass es diese gesellschaftspolitische Dimension ganz stark gibt, sodass wir nicht damit durchkommen werden, wenn wir es allein an diesen Fakten und Sicherheitskriterien usw. orientieren. Deswegen bin ich inzwischen etwas meinungsloser, als ich es zu Beginn dieses ganzen Prozesses war.

Entscheidung heißt aber auch Verantwortung. Deswegen finde ich, am Ende eventuell: Ja. Da heißt es nämlich auch für die betroffene Bevölkerung, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie Ja sagen. Aber vorher, gerade auch in unserer jetzigen Phase: Wie will Bevölkerung da Verantwortung übernehmen? Die Verantwortung wird bei denen liegen, die das am Schluss entscheiden werden, die dafür haftbar gemacht werden. Die Entscheidung muss immer auch an eine Möglichkeit der Verantwortungsübernahme gekoppelt sein.

Deswegen würde ich mich mehr für den Begriff der Mitwirkung aussprechen. Da stehen wir allerdings erst am Anfang. Das hatten wir auch schon als Thema.

Ich will aber noch einmal darum bitten, folgenden Aspekt zu bedenken: Warum sollen oder müssen wir das denn alles von der Kommission aus leisten? Wir haben einen bestimmten Etat. Wir sind uns sicherlich alle

einig, dass der nicht reichen wird. Jörg Sommer sagt, mindestens 20 Millionen; darunter geht es gar nicht. Wenn ich mich nur wage, mir vorzustellen, mit meinen Haushältern darüber zu reden - das wäre das Ende der Freundschaft. Man muss diesbezüglich einen realistischen Weg finden.

Deswegen: Warum soll das alles aus unseren Mitteln bezahlt werden? Die Kommission hat mehr als 30 Mitglieder. Alle von uns haben ein Hinterland. Warum soll dieses Hinterland nicht durch uns als Multiplikatoren aktiviert werden? Ich finde durchaus, dass das auch eine Funktion ist. Wir werden doch nicht nur geschickt - ich von meiner Fraktion, andere von ihrem Verband -, um hier die Meinung für das Hinterland abzugeben, sondern wir können doch auch in die andere Richtung wirken. Ich mache zum Beispiel bereits über die Grünen-Kreisverbände eine „Endlager-Tour“, wo ich versuche, die gesellschaftliche Debatte in diesem kleinen Zirkel in Gang zu bringen. Die Erfahrungen, die ich bisher mache, sind: Es sind immer 10 Prozent völlig neuer Leute dabei, die zum ersten Mal damit konfrontiert werden und sagen: „Aha, so etwas kommt jetzt also auch auf uns zu.“

Wir alle sollten das nutzen, was wir an Möglichkeiten haben. Deswegen habe ich vorhin noch einmal gesagt: Völlig richtig, das mit den Hauptstädten. Aber die sind hier bereits vertreten. Alle 16 Bundesländer sind angebunden. Lasst uns die doch bitte auffordern, das zu machen, und nicht zu versuchen, uns völlig zu überheben, indem wir das alles aus dieser Kommission heraus veranstalten.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Spörer und dann Herr Becker.

**Fabian Spörer:** Ich bekomme immer ein bisschen Angst, wenn ich die ganze Zeit das Wort Zeitdruck höre, denn ich glaube, das ist eigentlich die falsche Herangehensweise, um dieses Problem zu lösen. Ich glaube, dass man nicht so kurzfristig einen Weg finden wird, die Akzeptanz der Arbeit in der Kommission zu messen. Man kann natürlich Meinungsbilder einholen. Man kann meinetwegen Abstimmungen in Städten veranstalten. Aber ich glaube, wenn man das AkEnd ernst nimmt, dann wird es eine Beteiligung in dem Moment geben, wo Regionen in Frage kommen. Das ist dann, glaube ich, auch der Test für die Arbeit der Kommission, für die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Im AkEnd stand, wenn es keine Bereitschaft geben würde, würde der Prozess zum Bundestag zurückgehen. Ich denke, wenn man konsequent wäre, müsste man sagen: Wenn es keine Beteiligungsbereitschaft gibt in einer Region, die den Anforderungen entspricht, dann sollte man vielleicht einfach in Phase II zurückgehen. Das wäre dann der endgültige Test, ob es Beteiligungsbereitschaft gibt oder ob es Akzeptanz gibt.

Deswegen denke ich, dass es gar nicht so wichtig ist, das jetzt genau zu messen. Es ist klar: Zurzeit gibt zu wenig Beteiligung. Es gibt zu wenig Einflussmöglichkeiten. Es gibt gegenwärtig eher Indifferenz und Ablehnung der Thematik. Ich glaube, es wird langfristig einfach nicht funktionieren, wenn die Kommission nicht jetzt schon die Beteiligung ganz nach vorne stellt. Da muss man dann vielleicht akzeptieren, dass man am Ende nicht genau messen kann, welches der Effekt ist.

So, wie es gerade läuft, sieht es nicht so aus, als wenn das am Ende zu einem großen Konsens und zu einer großen Bereitschaft führen wird.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Becker.

**Thorben Becker:** Erstens finde ich es sehr positiv, dass ich von vielen Leuten ein klares Bekenntnis gehört habe, dass wir in der Phase des Standortauswahlverfahrens eine echte Mitentscheidung brauchen. Das ist eine starke Aussage. Das wäre natürlich auch zumindest mal ein wichtiges Signal Richtung Gesetzesevaluierung und Ähnliches, denn wir sind in der Gesetzesrealität im Moment weit davon entfernt.

Das ist natürlich nicht ganz einfach, weil es auch noch andere Gesichtspunkte gibt, zum Beispiel Rechtsschutz oder Legitimität durch demokratische Entscheidungen. Ich bin davon überzeugt, dass man das hinbekommen kann, aber das ist natürlich extrem schwierig. Im Vergleich dazu sind wir als Kommission eigentlich in einer einfacheren Situation. Rechtsschutz und demokratische Legitimität brauchen wir nicht. Wir können als Kommission definieren, inwieweit wir eine Beteiligung, eine echte Mitentscheidung zulassen. Ich glaube, da ist es tatsächlich besser, von diesen Begrifflichkeiten Mitentscheidung und Mitwirken wegzukommen, sondern tatsächlich zu definieren, inwieweit wir bereit und in der Lage sind, eine Einflussnahme durch Öffentlichkeitsbeteiligung auf das, was wir hier tun und am Ende als Bericht präsentieren, zuzulassen.

Natürlich muss die Kommission am Ende ihren Bericht abstimmen. Aber möglicherweise kann man auch von vornherein zusichern, dass man es dem Bericht auch ansehen wird und dass klargemacht wird, wie das, was in

dem Bericht steht, in öffentlichen Veranstaltungen bzw. in öffentlicher Beteiligung rezipiert wurde.

Ich kann mir auch durchaus vorstellen, dass wir eine Struktur schaffen, die das, was bei öffentlichen Veranstaltungen über Internetbeteiligung eingeht, tatsächlich auch personell unterstützt, damit es Einfluss auf die Arbeit der Kommission nimmt.

Insofern spreche ich mich dafür aus, lieber konkret zu definieren, wie ich Einfluss sichere, und das auch zu garantieren, als dass man sich zwischen zwei Polen bewegt und darüber streitet. Man sollte aber den Versuch unternehmen, wenn man schon eine aufwändige Öffentlichkeitsbeteiligung macht, dass diese Öffentlichkeit möglichst viel Einfluss auf das hat, was hier passiert.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Geßner.

**Michael Geßner:** Ich habe dieser Diskussion jetzt relativ lange ohne eigene Beteiligung gelauscht. Ich finde, hier sind viele sehr gute Aspekte jetzt schon herausgearbeitet worden. Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei Herrn Geßner für den guten Input und für die Zusammenfassung dessen, was den AkEnd ausmacht, was das Standortauswahlgesetz ausmacht und wo da die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede liegen, danken.

Einen Punkt sollten wir aber nicht ganz aus den Augen verlieren. Mir kommt gerade ein wenig zu kurz, dass diese Kommission ganz bewusst sehr pluralistisch zusammengesetzt worden ist. Dass sich daraus auch für uns ganz konkret eine Verantwortung ergibt, uns mit diesem Thema aus allen gesellschaftlichen Blickwinkeln heraus auseinanderzusetzen.

zen, sollte selbstverständlich sein. Dazu gehört natürlich auch eine weitere Beteiligung der Öffentlichkeit über die einzelnen Gruppen, die hier jetzt nicht am Tisch sitzen, hinaus, zum Beispiel über einen Gaststatus, oder indem man sie hier in seiner jeweiligen Funktion vertritt.

Die Vorstellung allerdings, dass wir das in einer regionalen Differenzierung in dann natürlich auch stattfindenden Veranstaltungen deutlich machen. Dann muss das in der Region, die betroffen ist, die schon in die engere Auswahl gekommen ist, die ausdifferenziert ist, diskutiert werden. Da muss man zu den Menschen vor Ort gehen.

Dass wir aber, wenn wir das weiterdenken, am Schluss eine Mitentscheidung dahingehend einfordern, dass die nachher betroffene Gemeinde entscheidet, ob sie denn auch Endlagerstandort sein will - das können wir gerne machen. Aber das kann doch nicht allen Ernstes das Ziel der Arbeit sein, sondern das Ziel muss es doch sein - das würde ich jetzt gerne einmal zur Diskussion in den Raum stellen -, dass wir Akzeptanz und auch sehr viel Beteiligung - bis hin zur Mitentscheidung - zum Suchverfahren einbringen. Wenn in diesem Verfahren nachher zwingend ein Standort herauskommt oder eine Region herauskommt, die besonders gut in Frage kommt, dann muss doch im Vordergrund dieser ganzen Diskussion stehen, dass zu diesem Zeitpunkt zumindest alle so lange an Bord waren, dass das Verfahren akzeptiert worden ist. Natürlich wird die betroffene Gemeinde in dem Moment keinerlei Begeisterung dafür zeigen, dass sie nun ausgewählt worden ist. Das wäre ja auch höchst erstaunlich, wenn das bis zum Schluss so durchgehalten werden könnte.

Ich sehe unsere Aufgabe erst einmal im allerersten Schritt, und im zweiten Schritt darin, eine Akzeptanz und einen vernünftigen Konsens über das Verfahren und über die weiteren Schritte, die wir hier sehen, herzustellen, und nicht darin, dass am Schluss die Gemeinde mit einem Feuerwerk begrüßt, dass sie Endlagerstandort ist.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Auch das kommt auf unserem Globus vor!)

**Vorsitzender Ralf Meister:** Das mit dem Feuerwerk wird ja auch im Protokoll stehen.

Ich will nicht zusammenfassen, aber ich will ein paar Dinge nennen, die in dem Verfolgen der Debatte für mich noch einmal auffällig waren, weil sie von mehreren Personen zugespitzt wurden.

Nach der Einführung von Herrn Gaßner gab es relativ schnell einen Konsens, dass wir zuerst einmal prioritär über eine wie auch immer in den Abgrenzungen definierte zweite Phase diskutieren. Das trifft sich zum Beispiel auch mit dem, was Herr Becker und Herr Brunsmeier vorgelegt haben. Wenn wir mit der Phase I den Abschluss der StandAG als Gesetz erst einmal skizzieren, so ist die prioritäre Debatte, die wir im Moment führen, die: Was heißt Beteiligung und Öffentlichkeit, Dialog, Verfahrensregeln für die Kommissionsarbeit selbst?

Zugleich wissen wir, dass das, wie wir es jetzt in dieser Phase II machen, direkte Auswirkungen darauf haben wird, wie ein Verständnis von Beteiligung in der Öffentlichkeit auch in Phase III eine Rolle spielen wird. Ich glaube, das ist jedenfalls in der Debatte manchmal auch vermischt worden. Wenn es nicht vermischt wurde, wäre es

Arbeitsgruppe 1

eine Gefährdung, wenn wir jetzt schon definitiv die Phase III involvieren, in der Konsequenz dessen, was das an Öffentlichkeit bedeutet.

Mehrfach wurde angemerkt - ich glaube, das ist eine der Aufgaben, die man in der Sitzung vielleicht mit einer Vorlage relativ schnell und konsequent bearbeiten könnte -, dass es eine Begriffsklärung geben muss. Wir haben Begriffe wie Konsens, Akzeptanz, Relevanz, Fairness, alles übrigens nach dem Etymologischen Wörterbuch Modewörter des 20. Jahrhunderts, was nichts anderes heißt, als dass sie jeder so verwendet, wie er gerne möchte. Ich glaube, dass wir an dem Punkt doch relativ schnell einen Fokus bekommen - möglicherweise schon in der nächsten Sitzung -: Wie wollen wir sie beschreiben? Wie machen wir sie entweder messbar, quantifizierbar oder qualifizierbar? Herr Jäger hat entsprechende Vorschläge gemacht: Gilt, gilt nicht, gilt ein wenig, ist mir egal. - Wie wollen wir an der Stelle weiterarbeiten? Das müssten wir uns, glaube ich, relativ schnell vornehmen.

Dann ist eines der großen Themen, die hier auch unter dem Stichwort Regionen, Standortregionen, Hauptstädte aufgeführt wurden, unter der Überschrift eingeführt worden: Es gibt so etwas wie eine diachronistische Asymmetrie in der Beziehung oder in der Korrelation zwischen den Beteiligten auf der einen und der Benennung der Regionen auf der anderen Seite.

Dadurch, dass wir die definitive Festlegung von Regionen, in denen dann Phase III gilt, noch vor uns haben, können wir sie nicht vorab unter bestimmten Gesichtspunkten einspielen, um daran Beteiligungen zu simulieren, sondern wir müssen uns genau überlegen, was es heißt, wenn wir jetzt in Pha-

se II Beteiligung stimulieren, was dann eventuell Anwendungscharakteristika auch für die Phase III haben könnte.

Ich glaube, das ist eigentlich eine natürliche Schwäche in diesem Verfahren, die uns aber für das Handeln etwas auf den Weg gibt, was uns im Augenblick eben nicht möglich ist.

Das Letzte ist für mich der große Themenkomplex, der hier unter den Begriffen von Mitwirkung und Mitentscheidung auftaucht, noch einmal ergänzt und auch erklärt von Herrn Gaßner unter dem Mitentscheidungsbegriff. Ich fand den anderen Begriff, den Sie noch einmal hinzugenommen haben, sehr hilfreich. Wenn man eine besonders qualifizierte Form der Mitwirkung hat, wird es an vielen Stellen auch als eine Form der Mitentscheidungsmöglichkeiten erlebt. Wenn wir uns davon trennen, dass es nur durch Handzeichen und Abstimmung eine Entscheidung gibt, sondern vielmehr akzeptieren, dass eine Entscheidung häufig durch eine qualifizierte Mitwirkung, wenn sie kompetent, fachgerecht, zielorientiert vorgeht, viel deutlicher entscheidungsrelevant sein kann, als am Ende die Hand zu heben oder nicht, dann muss man das, glaube ich, auch noch einmal in das Verhältnis setzen: Was geht jetzt für die Arbeit, die wir vor uns haben? Da geht meines Erachtens prioritär natürlich die Mitwirkung, und zwar eine möglichst qualifizierte Mitwirkung. Man kann sagen, dass eine bestimmte Geste im Selbstverständnis der Kommission, in der Ausweitung dieser Arbeitsgruppe durch Gäste, auch Formen dieser qualifizierten Mitwirkung schon Gestalt bekommen, dass wir aber sehen müssen, wie wir sie anders, offensiver, deutlicher und auch attraktiv in die Regionen transportieren.

Das sind Themenfelder, die ich einfach nur noch einmal wiedergegeben habe, die hier auftauchten, an denen entlang wir uns, glaube ich, wenn wir jetzt in die nächsten Stufen gehen und uns sozusagen Zielen oder Methoden annähern, bewegen müssten.

Gibt es Kritik oder Ergänzungen zu den Punkten, die angesprochen wurden? - Herr Gaßner und Herr Kudla.

**Hartmut Gaßner:** Ich würde es jetzt gerne so stehen lassen, weil Sie aus meiner Sicht jetzt die verschiedenen Bausteine erst einmal herausgearbeitet haben, und würde dann eher vorschlagen, dass wir überlegen, wie wir dies in eine Form bringen.

Ich hatte auch schon angedeutet, dass ich gerade zu diesen Zielen eine neue Vorlage für sehr sinnvoll erachten würde. Ich würde daran mitwirken, und zwar bis zum 12. Dezember 2014. Am 28. November 2014 bin ich nicht verfügbar. Aber wir hatten ja schon verabredet, dass man vielleicht ein anderes Themenfeld in den Vordergrund schiebt.

Ich würde zum Zweiten, weil das nicht viel ist, dazu einladen, dass wir einmal diese Frage qualifiziertes Meinungsbild oder qualifizierte Meinungsmitwirkung weiter diskutieren. Das haben Sie jetzt sehr nett noch einmal verschoben. Mir gefällt das Bild mit dem Werben für einen bestimmten Bericht: Ich gehe in eine Landeshauptstadt und schicke den Minister los, für etwas zu werben. Das ist erst einmal die Selbstdarstellung des Ministers, ohne dass ich jemandem zu nahe treten möchte. Wenn das Ziel jedoch nicht lautet, sich darzustellen, sondern eine bestimmte Überzeugungsarbeit im weitesten Sinne messbar zu machen, wäre das natürlich eine ganz andere Herausforderung. Am

Ende ist das eine viel größere Herausforderung, wohl wissend, wie relativ das ist, was dann im Politjargon heißt: Mobilisieren, wer kommt dahin usw.? Da möchte ich mich mit einem ersten Gedankenbild auch nicht überheben. Aber ich würde es schon gerne im Fokus halten: Was ist qualifizierte Mitwirkung und was ist ein qualifiziertes Meinungsbild?

Was ich auf jeden Fall möchte ich als gemeinsames Verständnis noch einmal unterstreichen: Keiner denkt hier an Standortregionen. Das kann nicht sein. Da würden wir viel zu früh marschieren. Vielmehr geht es nur darum: Wie kommen wir raus aus Berlin an sinnvolle Orte, wo wir für unser Vorhaben werben, nämlich statt einer engen Zukunftswerkstatt oder einer Zufallsgemeinschaft dezentral tätig zu werden. Solch eine Zufallsgemeinschaft gibt es durchaus. Es gibt ja auch diese Formen, in denen ich sage, ich nehme nach einem bestimmten Standardmodell soundso viele Menschen aus soundso vielen Altersgruppen und soundso vielen Berufsfeldern und lasse die darüber diskutieren. Das können wir auch noch einmal ergänzend überlegen, dass man so etwas also dezentral und nicht hauptstadtorientiert macht.

Was das Regionale betrifft, sollten wir uns, glaube ich, nicht wechselseitig versichern. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, wir sollten es dann auch in die Kommissionsarbeit so hineintragen, dass wir mit Dezentralität nicht Standortregionen meinen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Kudla.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Aus Ihrer Rede, Herr Meister, ist bei mir der Begriff „besonders qualifizierte Mitwirkung“ hängen geblieben. Ich glaube, darüber, dass eine besonders qualifizierte Mitwirkung erfolgen

soll und muss, sind wir uns alle einig. Da sollten wir als Nächstes als Teil unserer Arbeit festlegen, wie sie konkret aussieht. Wie schaut das konkret aus? Das können wir in der nächsten Sitzung oder als separaten Tagesordnungspunkt bei der nächsten Sitzung machen. Vielleicht haben Sie Vorschläge dazu. Ich kann auch etwas dazu beisteuern.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Ich will daran gerne anknüpfen, weil Herr Sommer und Herr Brunsmeier umfangreiche Ausführungen gemacht haben. Ich finde, das muss jetzt einmal zusammengeschoben werden. Ich weiß, dass die Geschäftsstelle jetzt Probleme hat. Wir hatten auf Anregung des Kollegen Duin letztes Mal sogar darüber geredet, Externe einzubeziehen, die Erfahrungen mit großen Infrastrukturprojekten und qualifizierten Mitwirkungsmöglichkeiten haben.

Ich finde, wir müssen in der nächsten Arbeitsgruppensitzung eigentlich für die Großkommission etwas entwickeln, wie wir unser qualifiziertes Mitwirkungs- und Beteiligungskonzept sehen. Das können wir ja fortentwickeln. In dem Papier von Herrn Sommer, das ich jetzt nicht in Einzelheiten durcharbeiten konnte, sind viele Beteiligungsmöglichkeiten, niederschwellige Angebote usw. ausdrücklich genannt. Ich finde, wir müssen jetzt irgendwann für diese Kommission sagen: Das sind unsere Instrumente, und die wollen wir uns miteinander vornehmen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Wir haben die Sitzung bis 14 Uhr begrenzt. Das heißt, wir sollten darauf achten, dass wir die Dinge festhalten, die für die nächsten Sitzungen als Arbeitsauftrag laufen sollten.

**Hartmut Gaßner:** Herr Miersch, ich werbe dafür, dass wir eher stufenweise vorgehen,

wie es Herr Meister auch zusammengefasst hat, weil die Überlegungen, die beispielsweise Herr Sommer eingebracht hat, einerseits eine Verarbeitung auf der grundsätzlichen Ebene brauchen. Die haben wir jetzt ein Stück weit angeschoben, indem wir sagen, wir wollen bis zum 12. Dezember 2014 noch einmal gucken, dass wir diese Diskussion vertiefen, die wir heute geführt haben. Die Verarbeitung sollte sich teilweise im Instrumentenmix bewegen. Das würden wir dann natürlich mit aufnehmen, genauso wie wir die Diskussion mit Brunsmeier/Becker führen, weil natürlich die Frage im Raum steht, dass das relativ stark eins zu eins ist und damit eine Herausforderung darstellt. Aber jetzt schon jemanden zu beauftragen, die Papiere zusammenzuschreiben, würde ich, ehrlich gesagt für einen Rückschritt halten, denn das würde nur in die Breite, aber nicht in die Tiefe gehen. Ich würde also um Geduld bitten, wobei ich den gleichen Fokus habe wie Sie. Ich gehe davon aus, dass wir am 3. November 2014 in der Kommission dafür werben müssen, dass die Kommission relativ bald als Punkt auf die Tagesordnung nimmt, dass wir das vorstellen können, was wir entwickeln. Ich glaube, das ist momentan noch gar nicht so auf der Agenda. Wir können es nur vorbereiten, aber wir können es nicht stellvertretend gestalten.

Von daher: Wenn wir sagen würden, wir wollen der Kommission im Februar 2015 einen Bericht vorlegen, ist es auf jeden Fall die Herausforderung, sich kurzfristig zu diversifizieren und ein gesamtes Konzept zu haben.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Miersch noch einmal.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Mir reicht das nicht. Das sage ich ganz deutlich. Ich glaube, wir haben nur noch ein kleines Zeitfenster,

um gegenüber der Öffentlichkeit zu beweisen, dass wir es ernst meinen. Ich weiß nicht, was so schwierig daran ist, darüber zu reden, welche Instrumente wir uns als Erstes vornehmen und welche Türen wir öffnen. Die Vorstellung der Internetplattform - so habe ich vernommen - soll in der nächsten Arbeitsgruppensitzung - jedenfalls gehe ich davon aus - ein Bestandteil sein. Das ist ein Mosaikstein davon.

Viele Einzelpunkte sind hier von Herrn Sommer genannt. Ich meinte jetzt nicht das Zusammenschreiben von Papieren. Aber ich finde, die Verständigung, welche Instrumente wir angehen, ist in diesem Jahr noch vorzunehmen. Ich habe da wirklich die Befürchtung, dass damit teilweise verknüpft ist, dass gemauert wird, wenn bestimmte Punkte oder Arbeitsformen hier nicht endlich Einzug halten. Ich will das hier in aller Deutlichkeit sagen.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich höre das wohl. Wenn wir uns den 28. November 2014 anschauen, dann werden wir doch aller Voraussicht nach drei Personen aus den Regionen haben, die einen regionalen Aspekt je Standortregion eintragen. Mein Verständnis wäre es schon, ihnen Teil dieser Sitzungszeit dafür zur Verfügung zu stellen. Sie müssten einen Fragenkatalog zusammenstellen, anhand dessen sie ihre Beteiligung und Erfahrung einbringen.

Das wäre eine der Möglichkeiten. An diese Überlegungen könnte man eine Präzisierung der Begriffe Akzeptanz, Konsens, Fairness und andere Dinge, die im Augenblick noch ein bisschen vage sind, anheften. Ich glaube, die brauchen wir zwangsläufig bereits im Vorwege in einer eher generellen Art, damit wir sie nachher anwenden können. Wenn

wir sie in der Matrix erst später entwerfen, werden wir die Debatte nur verschieben.

Dann hätten wir die Darstellung des Internet-auftritts als ein drittes Beispiel für Beteiligungsformen, wo es konkreter wird, ohne uns jetzt aber schon festzulegen, dass es das endgültige Papier ist, zusammengeschrieben aus anderen. Das wäre ein möglicher Vorschlag. - Herr Pols.

**Abg. Eckhard Pols:** Ich hatte das vorhin etwas anders verstanden, dass nämlich diese drei Herrschaften, die genannt wurden - Herr Fuder, Frau Donat und Herr Fox - jetzt nicht benannt sind, sondern dass wir in der nächsten Sitzung noch einmal darüber sprechen; denn nach meiner Kenntnis liegen auch noch andere Vorschläge vor. Oder habe das am Anfang falsch verstanden?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Da muss ich jetzt aufmerksam in die Runde schauen. Mein Verständnis war ein anderes als Ihres. Ich glaube, ich habe doch relativ final um Zustimmung gebeten.

**Abg. Eckhard Pols:** Nein, tut mir leid. Ich habe das völlig anders verstanden, denn aus meinem Verständnis heraus kann ich so wieso einer Person nicht zustimmen, die ich überhaupt nicht kenne, nie gesehen habe, mit der ich nicht einmal einen Satz gesprochen habe und von der ich auch keine Arbeitsvorlage gesehen habe. Über solch eine Person - egal, wer das nun auch immer sein sollte - kann ich nicht sprechen. Nach meiner Kenntnis lag zum Beispiel auch noch aus dem Bereich Asse ein anderer Vorschlag einer Frau Wiegel vor. Warum wird uns das heute nicht präsentiert?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Ich habe darauf hingewiesen und hatte dabei um Verständnis



gebeten, dass wir Personalfragen, auch wenn sie hier wörtlich protokolliert werden - auch wenn es kein Livestream ist - hier nicht ausbreiten. Wir haben auch die Kontaktpersonen, die Herr Gaßner und ich, vorab zum Teil vielfältig kontaktiert haben, nicht genannt an diesem Punkt. Ich glaube, das ist auch zum Schutz der Personen richtig.

Deswegen war für mich mit dem Zusatz, ob den Vorsitzenden in dieser Frage vertraut wird, die Anfrage an Sie verbunden, ob Einvernehmen bestünde, dass wir diese drei Personen anfragen, ob sie hinzukommen.

Ich rufe das erneut auf. Das ist für mich tatsächlich ein klassisches Missverständnis. Ich habe es definitiv anders verstanden, Herr Pols.

**Abg. Eckhard Pols:** Sie sagten eben zum Schluss: Anfragen. Anfragen heißt, dass erst einmal eine Anfrage gestellt wird. Ich glaube, mit einer Person haben Sie noch gar nicht gesprochen, und zwar mit Frau Donat. Dann möchte ich doch tatsächlich auf der nächsten Sitzung diese Personen auch einmal von Angesicht zu Angesicht sehen, bevor ich dazu eine Meinung abgebe. Das, was hier jetzt passiert, finde ich ein bisschen intransparent. Entschuldigen Sie, ich habe zwar Vertrauen in Ihre Person, aber trotzdem finde ich diese ganze Geschichte mit den benannten Personen ein wenig intransparent. Wir unterhalten uns nun seit drei, vier Stunden über Transparenz, wo wir auch hinwollen. Deswegen finde ich, dass wir das auf die nächste Sitzung verschieben sollten.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Frau Kotting-Uhl.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Ich gebe Herrn Pols im Kern Recht. Aber diese Intransparenz, die Sie jetzt beklagen, da würde ich sogar weiter

gehen und würde sagen, da finden zwangsläufig undemokratische Entscheidungsprozesse statt. Das ist der Preis, den wir für unsere Transparenz zahlen. Wir können hier nicht vor aller Öffentlichkeit Menschen kommen lassen, um sich sozusagen zu bewerben; wie man das bei Bewerbungsverfahren macht. Das kann man eben nur im geschützten Raum machen. Ich glaube, dass wir diesen Preis zahlen müssen, weil wir uns die Aufgabe gegeben haben, alle Sitzungen, alle Gespräche usw. in völliger Transparenz laufen zu lassen. Das ist ein Preis, der dafür zu zahlen ist.

Ich will noch einmal, obwohl es nicht dazu gehört, daran erinnern: Die großen Vorwürfe, die wir in Bezug auf die Auswahl der Wissenschaftler, die Entstehung des Standortauswahlgesetzes usw. bekommen haben, lauteten, dass wir das nicht transparent gemacht haben. Das wurde aber genau deswegen gemacht, um bestimmten Personen Schutz zu gewähren. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Das haben wir uns zur Grundlage gemacht. Damit waren wir auch alle einverstanden. Dann müssen wir, glaube ich, damit leben, dass diese Entscheidungsprozesse und auch die Entscheidungen - auch, wenn sie uns im Einzelnen vielleicht gar nicht gefallen - in einem viel kleineren Rahmen getroffen werden als in diesem Kreis.

Ich habe die letzte Frage von Herrn Meister, ob das dann so hingenommen wird, stillschweigend hingenommen, weil ich es nicht möglich fand, darüber noch einmal großartig zu diskutieren. Das geht nicht, weil es um Personen geht.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Ott.

**Erhard Ott:** Unabhängig von dem Schutz von Personen - das ist völlig richtig; darin

stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu - habe ich es vorhin so wahrgenommen, dass wir ein Einvernehmen darüber hatten, dass die Personen, die von den Initiativen eingeladen werden, nicht die Akzeptanz jedes einzelnen Mitglieds der Kommission oder der Arbeitsgruppe haben, sondern auch die Akzeptanz der Initiativen, dass sie hier diese Gastfunktion wahrnehmen. Insofern bestand aus meiner Sicht am Ende der Diskussion Einvernehmen, dass wir entsprechend verfahren.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Pols.

**Abg. Eckhard Pols:** Was heißt jetzt „der Initiativen“? Welche Initiativen sind das? Sind das Bürgerinitiativen? Sind das Initiativen aus dem wirtschaftlichen Bereich? Sind das Initiativen aus Bürgerinitiativen heraus?

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich gehe den Weg ja gerne mit, wenn ich eine Person auch einmal gesehen habe. Das ist natürlich ein schwieriges Feld. Wenn wir hier Diskretion für Personen herstellen müssen, dann müssen wir einen anderen Weg finden. Aber einen Vorschlag nach dem Motto „friss oder stirb“ - ich kann mir nicht vorstellen, dass es Ziel unserer Arbeit ist, am Anfang schon so zu verfahren.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Miersch und Herr Gaßner.

**Abg. Dr. Matthias Miersch:** Herr Pols, ich würde darauf verweisen, dass Herr Meister eben gesagt hat, wir verständigen uns darauf, dass bei diesen Personen angefragt wird. Dann ist die Rückkopplung möglich, auch initiativen-intern. Wir sind ja darauf verwiesen worden, dass es auch innerhalb der Initiativen - das wissen wir alle, die wir hier in diesem Raum sitzen - unterschiedliche As-

pekte gibt. Das heißt, es wird keinen Vorschlag geben, der zu 100 Prozent sicherlich alle Initiativenuntergruppierungen abdecken wird. Darüber haben wir im Zusammenhang mit dem Beispiel Gorleben gesprochen.

Ich finde, wir müssen hier in dieser Runde den Vorsitzenden das Vertrauen geben, dass sie aufgrund ihrer Vorgespräche diese drei Personen anfragen. Ich würde darum bitten, dass wir kein Vorstellungsgespräch mit ihnen führen.

(Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Natürlich nicht!)

Wenn wir sie ablehnen, wäre das wirklich fatal. Wir können uns jetzt nicht noch sechs Monate mit der Frage auseinandersetzen: Was ist für uns akzeptabel? Was ist für die Initiativen akzeptabel? Die Anfrage impliziert eine gewisse Offenheit, ob die Menschen es annehmen oder sich damit überfordert fühlen, wenn wir sie anfragen. Aber wenn sie hierher kommen, sind sie hier willkommen und sollen willkommen sein. Dann würde ich sie - sozusagen als Friedensangebot zu meinem vorherigen Vortrag - mit klaren Vorstellungen oder Fragestellungen konfrontieren, sodass sie in der nächsten Sitzung zu bestimmten Themen Stellung nehmen, um uns einen weiteren Input zu geben.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Herr Gaßner.

**Hartmut Gaßner:** Ich wollte es Ihnen noch einmal so darstellen, dass wir die Vorstellung hatten, dass sich die Personen in einer bestimmten Weise aus der Region als Erfahrungsträger darstellen, aber nicht als Repräsentanten. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Sie sind nicht angesprochen worden und werden auch weiterhin nicht angesprochen

und sollten hier auch nicht als Repräsentanten vorgestellt werden - damit würden wir uns völlig überheben -, sondern das Merkmal war das der Qualifikation. Dass die Leute aus der Region Schacht Konrad zunächst einmal zurückgezogen haben, heißt, dass wir den Ball nicht aufnehmen sollten, sondern dann haben wir dort eben noch niemanden gefunden, der solch ein Erfahrungswissen hat.

Zweitens. Wir haben heute dafür plädiert, dass es temporär ist. Damit haben wir die Möglichkeit, gegebenenfalls höflich darauf hinzuweisen, dass uns diese Erfahrungen jetzt nicht mehr weiterbringen. Wir können dann jederzeit auch entscheiden, dass wir andere Personen aus der Region ergänzend hinzunehmen, weil wir nämlich Beteiligungskonzepte diskutieren und nicht Regionalvertretungen.

Wir machen zudem den Vorschlag - den hat Herr Meister jetzt mit untergebracht, ohne dass wir ihn explizit diskutiert haben -, dass wir diese drei Personen bitten, das nächste Mal schon einen bestimmten Input zu bringen. Sollten wir anhand dieser inhaltlichen Vorstellungen zu dem Ergebnis kommen, dass diese Personen mehreren von uns nicht als hinreichend qualifiziert erscheinen, dann werden wir eine vornehme Form finden, das Temporäre etwas kürzer zu machen.

Ansonsten würde ich Herrn Pols bitten, dass das, was wir vorhin besprochen haben, vielleicht doch als einvernehmlich stehen bleibt. Eine Vorstellungsrunde würde ich auch nicht gutheißen. Das kann man den Personen nicht zumuten.

**Prof. Dr. Gerd Jäger:** Ich könnte dem sehr gut folgen, wenn in der Tat zwei Dinge gewährleistet sind: Erstens eine möglichst prä-

zise Ansprache, was wir von den Einzuladenden erwarten. Zum Zweiten, dass sich das in ein Arbeitsprogramm einbettet. Das wäre die Bitte, ob man für die nächsten zwei, drei Sitzungen nicht skizzieren könnte, was wir behandeln wollen.

Wenn ich mir den nächsten Termin anschau: Am 28. November 2014. werden wir mit Schwerpunkt den Öffentlichkeitsauftritt, den Internetauftritt behandeln. Das wird sehr viel Raum einnehmen. Sehr viele Fragen sind eben angesprochen worden, die wir weiterentwickeln müssen. Daran muss sich ja orientieren, was wir insbesondere in dem nächsten Termin von den Gästen erwarten, die wir einladen. Wir haben ja viele offene Fragen. Warum sollen wir nicht genau diese offenen Fragen dort unterbringen, damit dazu ein entsprechender Input für uns generiert wird.

Aber mir wäre sehr daran gelegen, wenn wir spätestens bis Januar/Februar nächsten Jahres zumindest in Stichworten einmal eine grobe Vorstellung gemeinsam davon entwickeln könnten, wo die Geschäftsstelle vielleicht in Vorlage geht: Was wären die Themenschwerpunkte der nächsten Sitzungen? Wir hatten diese zwei Phasen in unserer Arbeit. Wir haben bestimmte Definitionen, die wir in Angriff nehmen. Wir haben heute viele Bausteine auf den Tisch gelegt, in Kombination mit den Gästen, die geladen und die je nach Weiterentwicklung der Arbeit länger bleiben, kürzer bleiben; andere kommen hinzu. Das war auch ein klares Verständnis des Vorschlages, dass wir in jeder Sitzung je nach Arbeitsfortschritt darüber befinden, ob die bisher schon vorgeschlagenen oder weitere Gäste eingeladen werden.

Noch einmal zusammengefasst: Ein grober Rahmen mit Stichworten für die nächsten drei, vier Sitzungen wäre sehr hilfreich.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Können wir das, was Herr Jäger unter Punkt 1 und 2 gesagt hat, direkt jetzt bezogen auf die temporären Gäste, so akzeptieren? - Vielen Dank.

Das Dritte wäre auch die Zustimmung, dass es bis zur nächsten Sitzung vorab schon einen Rahmen gibt, welche Themen wann behandelt werden sollen. Wenn wir jetzt den 28. November 2014 betrachten, so haben wir schon deutlich gemacht, dass die Vereinbarung auf konkrete Ziele dieser Arbeitsgruppe eine der zentralen Fragestellungen in der Sitzung am 12. Dezember 2014 sein wird, damit wir dann in der Januarsitzung vermutlich schon Umsetzungsfragen werden erörtern können. Aber das sollte bis ungefähr Januar/Februar und auch bis zur nächsten Sitzung differenziert dargelegt werden.

Gibt es weitere Punkte zu den zusammengefassten Tagesordnungspunkten 5 und 6? - Dann noch einmal ganz herzlichen Dank für die ausführliche Debatte mit einem doch guten Ertrag.

### **Tagesordnungspunkt 8 Verschiedenes.**

Ich rufe auch noch mal die Fragen auf, die unter dem Bericht bzw. im Zusammenhang mit den Vorschlägen für die weitere Diskussion in der Arbeitsgruppe von Herrn Gaßner vorgelegt worden sind, weil das tatsächlich eine Empfehlung ist, also Fragen an den AkEnd-Prozess, der in der Debatte am 5. und 6. Dezember 2014 in der Kommission stattfindet. Es gibt ein Tableau von neuen Fragen, das in der Diskussion gewissermaßen als untere Leitlinie mitlaufen kann. Es liegt Ihnen

vor. Das ist die sechste und damit letzte Seite der Kommissionsdrucksache AG 1-5.

Gibt es Zustimmung zu diesen Punkten? - Dann würde das so weitergehen. Wir werden sicherlich am 5. Dezember 2014 auch die Erträge unserer Diskussionen vielfältig einbringen. - Herr Kudla.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Könnten Sie den Punkt 7 einmal erläutern?

**Hartmut Gaßner:** Ich glaube, wir haben heute zum Teil schon angesprochen, dass es einen Konzeptwechsel gibt, der weniger auf die Beteiligungsbereitschaft fokussiert als vielmehr darauf ausgerichtet ist, dass der Bundestag entscheidet. Ich hatte die Passage aus dem AkEnd-Bericht zitiert, in der zum Ausdruck gebracht wurde, dass man für den Fall, dass es zu keiner Beteiligungsbereitschaft kommt, darüber nachdenken sollte, ob es der Bundestag dann richten sollte.

In der letzten Kommissionssitzung ist verabredet worden, dass Herr Thomauske die Vorbereitung macht und dass er sie auch im Lichte unserer Arbeit macht. Ich habe jetzt nur ein wenig vorgegriffen und habe einige wichtige Fragen aus meiner Sicht so herausdestilliert, dass wir sie Herrn Thomauske an die Hand geben können. Was Herr Thomauske damit macht, werden wir sehen.

Sicherlich wird es für uns von Interesse sein, in die Kommission den Gedanken hineinzutragen: Schaut einmal her: AkEnd-Beteiligungsbereitschaft, Standortauswahlgesetz, viermal Bundestag. Was sind dabei für Erfahrungen verarbeitet? Das sollte der Aufhänger sein, um diese doch wichtige Diskussion dort einmal einzubringen.

**Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla:** Gut.

**Vorsitzender Ralf Meister:** Frau Kotting-Uhl.

**Abg. Sylvia Kotting-Uhl:** Zum einen sprechen Sie jetzt immer von Herrn Thomauske. Ich hatte es immer so verstanden, dass es die Herren Thomauske, Appel und Sailer sind, die uns das vorstellen. Dazu hätte ich gerne eine Aufklärung, wie das jetzt vom Prozedere her gedacht ist.

Die Überschrift lautet „Fragen an den AkEnd-Prozess“ und nicht „Fragen an die AkEnd-Beteiligten“. Allerdings sind die Fragen 1 bis 6 eigentlich Fragen an diejenigen, die am AkEnd mitgewirkt haben. Ich finde, die Fragen 7, 8 und 9 sind eher Fragen an uns als Kommission. Es gibt ja auch noch den Vorschlag, dass man zu den Herren Thomauske, Appel und Sailer noch zwei weitere Experten von außen hinzunimmt. Ich würde gerne noch einmal zur Debatte stellen, inwieweit dies als notwendig erachtet wird. Ich finde, „die von außen“ sind wir eigentlich selbst. Wir haben diesen AkEnd-Bericht auch gelesen und müssen ihn auch selbst bewerten. Ist es denn notwendig, dass wir uns noch einmal eine Sicht von irgendjemand holen, der das von außen sieht und vielleicht unsere eigene Bewertung darstellt, oder ist das nicht eigentlich originär unsere Aufgabe?

**Vorsitzender Ralf Meister:** Mein Verständnis wäre, dass das auch vorrangig unsere Aufgabe ist. Ich habe diesen Fragenkatalog tatsächlich als einen allgemeinen Fragenkatalog gesehen, der an diejenigen geht, die den AkEnd-Prozess darstellen, aber zugleich an alle Kommissionsmitglieder und damit auch als eine Folie, die sich auf die Debatte bezieht, also auch für uns. So habe ich ihn gelesen. Ich glaube, Herr Gaßner, so war er auch gemeint.

(Hartmut Gaßner nickt)

Insofern geht er in dieser Form an alle Kommissionsmitglieder als Vorbereitung für die Sitzung am 05. Dezember 2014.

Wir haben festzustellen, dass die Debatte über den Beginn unserer Sitzung dazu geführt hat, dass wir auch in Zukunft bei 9.30 Uhr bleiben. Damit haben wir gerechnet.

Wir haben ferner festzustellen, dass die Zuspätkommen, die uns erreichen, immer vorgelegt werden sollen und dass die Kommission gebeten werden soll, diese einzustellen.

Gibt es weitere Punkte unter Verschiedenes?  
- Das sehe ich nicht. Dann beende ich diese Sitzung mit herzlichem Dank und guten Wünschen für den Nachmittag und das Wochenende.

(Sitzungsende 14.00 Uhr)

Der Vorsitzenden der Arbeitsgruppen

Ralf Meister

Hartmut Gaßner